Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (10.02.2014)

Sand im Getriebe 108

1914 - Aufrüstung, Rüstungsexport, neue Kriege - 2014 ?

Die Kriegstreiber sind unter uns!

Aus dem Aufruf zu den Protesten gegen die Münchener „Sicherheits"-Konferenz:

„Deutschland ist in Europa die militärische Drehscheibe für die Aggressionskriege der USA und der NATO.



Und unter Bruch der Verfassung ist Deutschland bei jedem dieser Kriege offen oder verdeckt dabei, um eigene wirtschafts- und machtpolitische Interessen durchzusetzen. Hier werden die tödlichen Waffen produziert und an Regimes geliefert, die sie gegen die eigene Bevölkerung einsetzen. Den selbsternannten Weltherrschern, die sich im Bayerischen Hof versammeln, erklären wir:

Ihr** **seid in München und überall auf der Welt unerwünscht…

Wir** **sind Teil einer weltweiten Bewegung:

Für eine Zukunft ohne Rüstung und Krieg, ohne Ausbeutung von Menschen und Natur."

Kein Frieden mit der NATO
Aktiv werden gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz"
50 mal SIKO 50 mal zuviel
NO JUSTICE NO PEACE!
DEMO 01.02. München 2014
13 Uhr Marienplatz
Schlusskundgebung mit Sabine Leidig und Tobias Pflüger sowie Kulturprogramm ca. 15[00] Marienplatz
www.sicherheitskonferenz.de
AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

***PDF-Version:** http://www.attac.de/bildungsangebot/sig* ***Online Fassung:** http://sandimgetriebe.attac.at* ***Mail:** sig@attac.de*

Jürgen Todenhöfer hat anläßlich der Rede des Bundespräsidenten Deutschlands Joachim **Gauck** auf der Münchner Sicherheitskonferenz einen beachtenswerten Brief geschrieben. *„Sie fordern, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Auch militärisch. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? Ich bezweifle es und habe daher vier Vorschläge.“* Kriege werden vorbereitet und geführt, über Kriege wird wieder ungeniert diskutiert. 100 Jahre nach seinem Beginn wird in einigen Ländern der 1. Weltkrieg immer noch als „großer“ Krieg bezeichnet, in Frankreich als „**Grande Guerre**“ und in Great Britain heißt er „**Great War**“. Dort werden von der Regierung Cameron £55,000,000 ausgegeben mit dem erklärten Ziel ‚“*to stress our, national spirit*‘. Eine Initiative aus linken Intellektuellen und Politikern wehrt sich mit der Homepage „**NO GLORY**“ gegen diese Verharmlosung des Weltkrieges.

Kann sich **1914** wiederholen? Das Thema füllt die Bestseller-Listen, Historiker debattieren wieder über diesen Krieg und setzen sich mit **Lenins** Einschätzung auseinander, dass es sich hier um einen von <u>allen</u> Seiten ungerechten, inner-imperialistischen Krieg handelte. **Luciano Canfora** fragt: *„1914: Krieg wegen eines Attentates?“*.

Auch um den Gefahren einer Wiederholung von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten entgegen zu treten, fordert **Samir Amin** eine **ausgehandelte, polyzentrische Globalisierung**, die in den Ländern des globalen Südens den Aufbau eines **„souveränen Projekts“** ermöglicht und die Märkte unter die Kontrolle politischer Regulierungen stellt.

Der Vizepräsident Boliviens, **Alvaro García Linera** fordert die Wiederbelebung eines „*Europas der Aufklärung, der Revolten, der Revolutionen*“.

<u>Aufklärung</u>: *„Es ist höchste Zeit, gemeinsame alternative Projekte - und Strategien zu ihrer Umsetzung - zu entwickeln, um geeint zu gewinnen, statt getrennt unterzugehen“* heißt es im **ISW-Report. Toni Negri** warnt vor einem massiven Vormarsch rechtspopulistischer Strömungen und betont die Wichtigkeit der Wahlen zum Europaparlament. Aus der Wahlkampagne wird *„ein Moment europäischer Debatte, in der die unterschiedlichen Kräfte gezwungen sind, den Entwurf eines europäischen politischen Programmes zu definieren und zumindest darzulegen.“*

Esther Vivas aus Spanien meint *„Es lohnt sich zu <u>kämpfen</u>“*. Netzwerke und Organisationen aus ganz Europa bereitet sich auf **gemeinsame Aktionstage im Mai** gegen die Politik der Troika vor (15.05 – 25.05, vor allem vom 15.05 bis 17.05). Der Europäische Gewerkschaftsbund **(EGB)**, der in zunehmenden Widerspruch zur EU-Politik gerät (s. seine Ablehnung von Fiskalpakt), organisiert eine Demonstration gegen die Austeritätspolitik in Brüssel am **4. April.**

Wir brauchen einen „ *europäischen Frühling des Widerstandes – vergleichbar dem arabischen Frühling –, um die Verhältnisse zu verändern. Wenn Syriza gewinnt, dann wird Europa nicht mehr so sein, wie es zuvor war.",* hofft der Spitzenkandidat der Europäischen Linken **Alexis Tsipras**. „*Empörung ist wichtig, aber sie erzeugt keinen Willen zur Macht. Die Klage ist kein Wille zur Macht.“* mahnt **Linera.**

Gegen die Umbrüche der Weltwirtschaft will sich nun der Westen mit neuen Initiativen wappnen. Eine **Wirtschafts-NATO**, wie das angestrebte **TTIP**-Freihandelsabkommen USA/EU auch genannt wird, soll für ein stärkeres ökonomisches Zusammenwachsen sorgen bei gleichzeitiger Eindämmung des Aufstiegs der Lokomotiven des Südens. **Sven Hilbig** untersucht die möglichen Folgen des TTIP auf Entwicklungs- und Schwellenländer. Sein Fazit: *„Der Versuch von EU und USA dem Rest der Welt mittels TTIP ihre **Handelsregeln aufzuzwingen** steht in einer sehr langen, im Falle der Europäer, sogar in einer fünfhundert Jahre alten Tradition… TTIP ist eine (vielleicht letzte) Kraftanstrengung der Europäer und US-Amerikaner, ihre dominante weltpolitische Rolle gegenüber einer immer stärker werdenden multipolaren Welt zu erhalten, in dem China und zahlreiche führende Regionalmächte verstärkt globale Mitsprache einfordern.“* Ob ihnen das gelingen wird, ist mehr als zweifelhaft, denn es wächst eine breite, teils schon erfolgreiche Bewegung gegen diesen unverschämten Angriff auf soziale und ökologische Standards.
So fordert **Verdi**: „*Soziale und ökologische Ziele müssen gleichrangig mit den wirtschaftlichen Zielen verfolgt werden. Das heißt: Anpassung von Umweltvorschriften und Standards **jeweils auf dem höchsten Niveau**, vollständige Ratifizierung aller **ILO-Sozialstandards** in der EU wie in den USA, Sicherung von Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechten in transatlantischen Unternehmen auf **höchsten** Standard…“*
In diesem Zusammenhang kommt ans Tageslicht, wie viele der ILO-Normen zum Arbeitsrecht von den USA mit ihrer Praxis von „Hire and fire“ nicht ratifiziert wurden – und in Europa auch öfter nicht eingehalten werden.
Ein weites Feld für gemeinsame Mobilisierung auf beiden Seiten des Atlantik.



Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.
Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! ***<u>Coorditrad braucht noch Unterstützung!</u>*** **<u>www.coorditrad.attac.org</u>**
Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***<u>Bestellung</u>*** *<u>in Deutschland</u> per Mail an <u>sig-abo@gmx.de</u>. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***<u>(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften)</u>*** ***<u>Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.</u>***

<u>Redaktion:</u> Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Elke Michauk, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

100 Jahre Erster Weltkrieg – Nie wieder

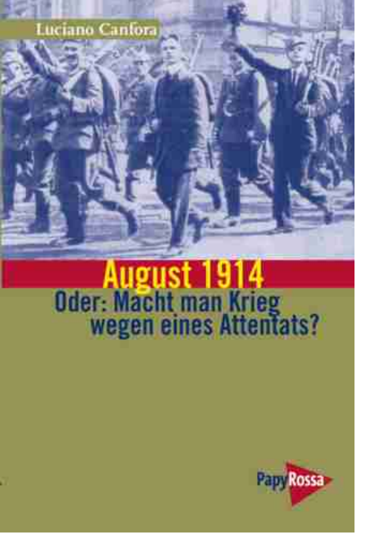
100 Jahre nach dem Beginn des 1. Weltkrieges sind eine Fülle von Büchern erschienen, die die Ursachen dieser „Urkatastrophe des 20.Jahrhunderts“ erklären wollen. Schon ein Titel wie „Die Schlafwandler“ zeigt die Hilflosigkeit bürgerlicher Historiker.
Ganz anders der italienische Historiker ***Luciano Canfora****. Er legt dar, dass Kriege nicht mit einem Einzelereignis zu erklären sind, und sei es ein noch so spektakuläres Attentat. Deshalb schildert er, um die Ursachen des Ersten Weltkriegs sichtbar zu machen, „wie sich die Interessengegensätze zwischen den rivalisierenden Großmächten zum gordischen Knoten geschürzt hatten. Obwohl er die abenteuerliche Politik des Deutschen Kaiserreichs hervorhebt, bezeichnet Canfora die These von dessen Alleinschuld am Krieg als Alibi für alle anderen: Auch sie können nicht freigesprochen werden. Die sozialistischen Parteien – allen voran die deutsche Sozialdemokratie – ebneten den Weg in den Abgrund, indem sie sich vor den Karren ihrer Regierungen spannen ließen. Am Beispiel des Ex-Sozialisten Mussolini einerseits, der »Deutschen Vaterlandspartei « als Vorläuferin der NSDAP andererseits zeigt Canfora, dass der Erste Weltkrieg bereits die Wiege des Faschismus war. Dagegen standen jene Kräfte, die – zunächst als isolierte Minderheit – von Anfang an gegen den Krieg opponierten und in Lenin ihren bekanntesten Vertreter hatten.“ (Klappentext papyrossa)*

100 Jahre später sind es wieder rivalisierende, zur Krisenbewältigung aufrüstende Mächte, deren rüstungs-industrieller Komplex für massive Aufrüstung und aggressiven Rüstungsexport wirbt. Der deutsche Bundespräsident schüttet Öl in dieses gefährliche Feuer und will mit seinem Appell für mehr deutsche Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder (siehe den Brief von Jürgen Todenhöfer an ihn) die kriegs-kritische deutsche Öffentlichkeit verändern.
Ursachenforschung und die Unterstützung der Friedensbewegung sind daher wichtiger denn jeh.(SiG-Redaktion)

Luciano Canfora

1914: Krieg wegen eines Attentates?

Wie vorhersehbar haben sich im jetzt zu Ende gehenden Jahr 2013 die Untersuchungen und Erinnerungen zum Jahr 1913, dem Vorabend des »Entscheidungsjahrs« 1914, vervielfacht. Oft sind es sehr spezielle oder auf, gewiß interessante, Äußerlichkeiten konzentrierte Arbeiten. Die Autoren lassen die große Masse der nach dem Krieg und als Begleiterscheinung der Friedenskonferenz von Versailles (1919) veröffentlichten Dokumente – die die diplomatischen Geschehnisse, offene wie geheime, von 1913 erhellen (als ein Krieg noch in weiter Ferne zu liegen schien) – oft unberücksichtigt.
Im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz begnügte sich die dokumentarische Forschung zur Vorgeschichte des soeben beendeten Krieges nicht mit der bloßen historischen Materialsammlung. Sie wollte vielmehr, mit entgegengesetzten Intentionen seitens der ehemals kriegführenden Länder, die hauptsächliche Verantwortung für den Kriegsausbruch feststellen. Den Siegern ging es darum zu zeigen, daß die Hauptverantwortung bei den beiden mitteleuropäischen Reichen Österreich und Deutschland gelegen habe, und sie hatten vor, vor allem gegen Deutschland mit besonders harter Hand vorzugehen. So wurden im Ergebnis dieser Untersuchung Deutschland die härtesten Friedensbedingungen auferlegt, die in der Neuzeit je über ein besiegtes Land verhängt worden sind.



Betrachten wir einige der jüngsten Werke, beispielsweise **Christopher Clarks »Die Schlafwandler«** mit dem Untertitel *»Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog«*. Clark erinnert an eine sehr symptomatische Episode: Im März 1913 veröffentlichte ein bekannter französischer Akademiker im Figaro eine Reportage über seinen Besuch in Lazaretten Griechenlands und Serbiens. Er schrieb über die verheerenden Wirkungen der *»von Frankreich an die Balkanstaaten verkauften Kanonen«* (Gewebeverletzungen, eingedrückte Brustkörbe, zertrümmerte Schädel): Kanonen, die größtenteils in den endlosen Balkankriegen eingesetzt wurden, die dem Attentat von Sarajevo und dem Ausbruch des Weltkrieges vorangingen.
Nach dieser Reportage schlug ein Experte für Militärchirurgie, der Belgier Antoine Depage, angesichts der zerstörerischen und inhumanen Wirkung dieser Art von Waffen deren internationale Ächtung vor. Die Antwort war einhellig negativ. Ebenfalls im Figaro erschien ein Leitartikel, in dem zu lesen war: »Wir haben zwar Verständnis für die Großherzigkeit dieses Vorschlags, doch sollten wir eines Tages auf dem Schlachtfeld zahlenmäßig unterlegen sein, ist es gut, wenn unsere Feinde wissen, daß wir über solch schreckliche Waffen verfügen, um uns zu verteidigen.« Auch Stimmen dieser Art blieben übrigens isoliert angesichts der allgemeinen Überzeugung, daß der Krieg eine ferne Hypothese sei. Clark hat durchaus recht, metaphorisch von Schlafwandlern zu sprechen, doch seine Definition trifft eher auf die öffentliche Meinung zu, nicht auf die Regierungen.

Braudels Überraschtheit

Wer eine eindrucksvolle, doch gewiß oberflächliche Beschreibung der Befindlichkeiten in den wichtigsten europäischen Hauptstädten im letzten Vorkriegsjahr entdecken möchte, findet

dafür breite und außergewöhnliche Belege in **Florian Illies**' *»1913: Der Sommer des Jahrhunderts«* .
Ein großer französischer Historiker, **Fernand Braudel**, hat in seinem berühmten Überblicksessay »Le monde actuel« (Paris 1963) die Überraschung eindrucksvoll beschrieben, die Mitte 1914 der rasende Lauf in den Krieg bei ungeheuer vielen ausgelöst hat. Er meint: »Wenn man die Stärke der Zweiten Internationale seit 1901 berücksichtigt, kann man durchaus behaupten, daß der Westen sich 1914, wenn schon am Rande des Krieges, sich **auch am Rande des Sozialismus befand**. Dieser stand kurz davor, die Macht zu ergreifen und ein Europa zu erbauen, das ebenso modern, und wahrscheinlich moderner als das heutige, gewesen wäre. In wenigen Tagen, in wenigen Stunden ließ der Krieg alle Hoffnung zusammenbrechen.« Und Braudel fährt fort: »Der europäische Sozialismus dieser Epoche tat ungeheuer Unrecht daran, es nicht verstanden zu haben, diesen Krieg zu verhindern. Auch Historiker, die sehr für den Sozialismus sind, betonen dies, wenn sie der Frage nach der Verantwortung für einen derartigen Frontwechsel in der Politik der Arbeiterbewegung nachgehen.« Die Diagnose Braudels legt den Akzent auf eine gravierende und sicher dramatische Erscheinung, nämlich das **Versagen der Zweiten Internationale** angesichts des Heranreifens und des Ausbruchs des Konflikts. Man bewegt sich aber auf dünnem Eis, solange man sich nicht fragt, warum dieser Krieg nicht zu verhindern war, auch nicht durch mächtige politische und Gewerkschaftsorganisationen, die alles Interesse hatten, ihn abzubiegen. Es ist ja in der Tat kein Geheimnis, daß das historische Versagen der Zweiten Internationale im Kriegsfall der Grund war für die weltweite Entstehung einer radikaleren politischen Bewegung, der Kommunistischen Internationale. Sie hatte ihren Ursprung in der Minderheit der sozialistischen Kriegsgegner und erlebte einen unverhofften Erfolg in der Machterkämpfung der Bolschewiki in Sankt Petersburg im November 1917 und im darauf folgenden Ausscheren Rußlands aus dem Krieg.

Lenins Analyse

Eine wesentlich realistischere Analyse der Ursachen, die den Konflikt zwischen den gegensätzlichen Mächten (England, Frankreich, Deutschland, Österreich und Rußland) unvermeidlich machten, wurde mit bemerkenswerter Klarheit von Lenin in seiner Schrift »Sozialismus und Krieg« geliefert. In diesem historisch politischen Werk plazierte er eine Tabelle »Aufteilung der Welt unter die **›großen‹ Sklavenhaltermächte«.** Zu diesen zählte er auch Japan sowie die USA. Und er belegte mit Zahlen, welche Teile der Welt jedes dieser Länder sich schon am Vorabend des Krieges als eigenes Herrschaftsgebiet gesichert hatte, und daß die bei der Aufteilung der Welt (der Verteilung von »Sklaven« nach dem von Lenin verwendeten wirklichkeitsnahen Ausdruck) am meisten benachteiligten Kräfte Deutschland und Japan waren.

Er sah deshalb im Konflikt zwischen den Mächten um eine **andere Aufteilung der Welt** die wahre Ursache des Krieges. Eine Diagnose, die die falsche Problemstellung der sogenannten »überwiegenden Verantwortlichkeit« überwand. Eine Bestätigung der substantiellen Begründetheit dieser Analyse läßt sich in der wichtigen Untersuchung finden von **Luigi Albertini**, bis zur Mussolini-Diktatur Direktor des Corriere della Sera: »Le origini della guerra del 1914. Le relazioni europee dal congresso di Berlino all'attentato di Sarajevo« (Mailand 1942; Die Ursachen des Krieges von 1914. Die europäischen Beziehungen vom Berliner Kongreß bis zum Attentat von Sarajevo). Am Schluß dieses ersten Bandes seines stattlichen Werks hat Albertini den vollständigen Wortlaut des Vertrags des Dreibunds (1882, 1887, 1891) zwischen dem Königreich Italien, dem deutschen Kaiserreich und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie veröffentlicht. Was an diesem Vertrag besonders auffällt, ist der Platz, der der kolonialen Frage und den Garantien für den Schutz der Kolonien der jeweiligen vertragsschließenden Partei eingeräumt wird. Albertini macht darauf aufmerksam, daß es am 5. Dezember 1912 notwendig wurde, mit einem Zusatzprotokoll einen neuen Artikel hinzuzufügen, durch den in dem Vertrag Italien die Herrschaftüber die nordafrikanische Küste und insbesondere über Tripolitanien und die Cyrenaika garantiert wurde; parallel dazu sicherte man Österreich-Ungarn die Kontrolle über Albanien und vor allem den Sandschak zu. Die koloniale Frage stand also im Mittelpunkt der Interessen der drei Mächte.

Paul Hopkirk: Imperiales Spiel

In der Zwischenzeit geschah auf der Weltbühne aber etwas, das von den Mittelmächten ebenso wenig wie vom italienischen Königreich vorausgesehen worden war: die Annäherung zwischen dem russischen Zarenreich und dem britischen Empire, trotz ihrer traditionellen Gegnerschaft in den wiederholten Afghanistan-Kriegen, von denen jüngst in einem hervorragenden Buch des englischen Essayisten Paul Hopkirk (»The Great Game«) die Rede ist.
Wieso diese Annäherung? Nach dem russisch-japanischen Krieg 1904, der mit einem Desaster für das russische Heer endete, verschob sich die politische Achse im Denken des Zaren erneut vom fernen Orient zu den Dardanellen: eine Reprise des alten Gegensatzes mit dem Osmanischen Reich, der Mitte des 19. Jahrhunderts im Krimkrieg gipfelte.

Das Osmanische Reich hatte weder die Kraft noch das internationale Prestige, um sich dem Streben des Zaren nach Zugang zum Mittelmeer zu widersetzen. Doch es hatte seinen traditionellen Verteidiger in England. Das britische Kalkül war daher, der russischen Regierung im Austausch für eine gegen Deutschland gerichtete Annäherung an England die Möglichkeit des Erfolgs ihrer Mittelmeerbestrebungen in Aussicht zu stellen. Dieses Kalkül läßt sich nur unter dem Gesichtspunkt eines mehr oder weniger drohenden Krieges gegen Deutschland erklären. Wie sehr auch Wilhelm II. die internationale Position des Deutschen Reichs verschlechtert haben mag, indem er die Politik Otto **Bismarcks** (sich Frankreich und Rußland nicht gleichzeitig zum Feind zu machen) aufgab, so ist doch zuzugeben, daß der britische Schritt, Interesse für die russischen Ausdehnungsbestrebungen in Richtung Mittelmeer zu heucheln, nicht vorhersehbar war.

Rußland seinerseits – das bei Kriegsausbruch der Verbündete der Entente im Osten wird – war seit langem bemüht, die öffentliche Meinung im Westen und besonders in Frankreich zugunsten seiner Vorhaben zu beeinflussen. Die Leser der Tageszeitungen der damaligen Zeit, vor allem von 1913 und den ersten Monaten von 1914, konnten wahrscheinlich eine merkwürdige Veränderung im Ton der großen, vor allem französischen Presse gegenüber dem russischen Reich wahrnehmen. Nach dem Krieg und nach dem Ende der Zarenherrschaft wurden die Archive der Schlüsselministerien geöffnet. Es kamen Dokumente zum Vorschein, aus denen hervorging, daß die russische Regierung über geeignete Mittelsleute die wichtigsten französischen Zeitungen und deren namhafteste Journalisten systematisch geschmiert hatte. All dieses ziemlich bestürzende Material wurde in den frühen 1920er Jahren, herausgegeben von der Tageszeitung L'Humanité, in einem Band unter dem Titel »L'abominable vénalité de la presse« (Die abscheuliche Käuflichkeit der Presse) veröffentlicht.
Warum hatte die russische Regierung zu diesem Mittel gegriffen? Um sich für den Kriegsfall im Westen des Deutschen Reichs einen Partner zu sichern, um die **Einkreisung** zustande zu bringen, die Bismarck so klug zu vermeiden versucht hatte. Auch die russische Regierung agierte also in der Überzeugung, daß ein Krieg unmittelbar bevorstehe. Am Ende dieser kurzen Auflistung diplomatischer Ränke am

Vorabend des Konflikts wird deshalb sehr deutlich, daß Braudels Überraschung angesichts des Ausbruchs des Krieges »in wenigen Tagen, wenigen Stunden« keinen Hintergrund hatte.

Die »Fischer-Kontroverse«

Da ich über diese Fragen in einer deutschen Zeitung schreibe, die sich an bewußte Leser wendet, komme ich nicht umhin, auf den sogenannten »Fischer-Kontroverse« einzugehen, der durch Fritz Fischers bedeutendes Werk **»Griff nach der Weltmacht«** (1961) ausgelöst wurde. Fischers unumstrittenes Verdienst war, den der gemäßigten deutschen Geschichtsschreibung so teuren Mythos von der wesentlichen Korrektheit der diplomatischen und militärischen Entscheidungen des Kanzlers Theobald von **Bethmann Hollweg** zu entzaubern.
Gerhard Ritter und andere wollten darin ja eine Antithese zu der annexionistischen Orientierung der beiden militärischen und zu Kriegsende auch politischen Führer des Reichs, Paul Hindenburg und Erich Ludendorff, sehen. Die archivalischen und publizistischen Ausgrabungen Fischers führten zu bedeutsamen Ergebnissen, die von seinen Verleumdern nicht widerlegt werden konnten. Insbesondere hob Fischer das ständige Streben der tongebenden politischen Kreise des Reichs hervor, **eine große von Deutschland kontrollierte geopolitische Zone zu schaffen**, die mit dem vagen und suggestiven Begriff »**Mitteleuropa**« bezeichnet wurde.
Man mußte gar nicht auf das Erscheinen von Friedrich Naumanns berühmtem Essay »Mitteleuropa« im Jahre 1916 warten, um Kenntnis von diesem Schlüsselwort der **deutschen imperialen Ambitionen** zu haben. Schon die von der Regierung und der deutschen Großindustrie gewollte Bahnlinie, die Deutschland mit Bagdad verbinden sollte, die Bagdadbahn, war ein ganz offenkundiges Zeichen für die geographische Ausdehnung des Gebiets, das mit der Mitteleuropakonzeption, und zwar schon lange vor dem Krieg, gemeint war (Noch am Vorabend der US-amerikanischen Aggression gegen den Irak war die bedeutendste kulturelle Einrichtung in Bagdad das Deutsche Archäologische Institut. Über Jahrzehnte und stürmische Ereignisse hinweg war es also bei dieser Ausdehnung des deutschen Einflusses in Richtung Mesopotamien geblieben.)

Der Schwachpunkt von Fischers Position, im Verlauf des äußerst heftigen, durch sein Buch ausgelösten Disputs noch verschärft, war die in Wirklichkeit unbegründete und parteiische These von der »überwiegenden deutschen Verantwortung«. Jahre später haben neue italienische Studien, die vor allem Gian Enrico Rusconi zu verdanken sind und durch die Öffnung der diplomatischen Archive der Italienischen Republik ermöglicht wurden, den Zynismus ans Licht gebracht, mit dem die Regierung des Königs von Italien verhandelte. Sie tat dies, kaum daß der Dreibund am 5. Dezember 1912 erneuert war, gleichzeitig mit der Entente einerseits sowie Deutschland und Österreich-Ungarn andrerseits. Ziel war es, das Maximum an territorialen Gewinnen bei einem Kriegseintritt auf der einen oder der anderen Seite rauszuholen.

Angesichts dessen darf man die kernigen Phrasen, mit denen nationale Geschichtsschreibungen die »guten Gründe« bemänteln, mit denen die jeweiligen Rivalen sich an dem tödlichen Konflikt beteiligten, definitiv vergessen.

Luciano Canfora, Prof. Dr. phil., *1942. Altphilologe und Historiker, lehrt an der Universität Bari. Sein Buch »Eine kurze Geschichte der Demokratie« hat in der Bundesrepublik für Furore gesorgt.

Übersetzung aus dem Italienischen von Hermann Kopp
http://www.jungewelt.de/2013/12-31/012.php?print=1



Extraausgabe. Sonnabend, den 9. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten.

Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Open Letter: How should we remember the first world war?

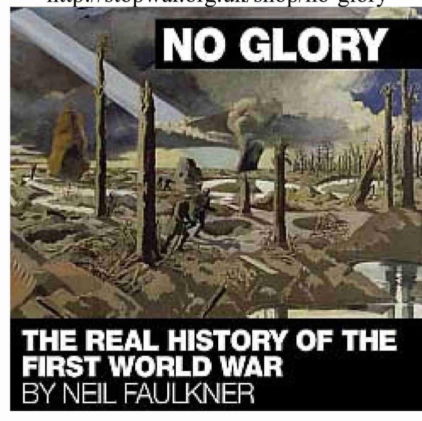


2014 marks the hundredth anniversary of the beginning of the First World War. Far from being a "war to end all wars" or a "victory for democracy", this was a military disaster and a human catastrophe.
We are disturbed, therefore, to hear that David Cameron plans to spend £55,000,000 on "truly national commemorations" to mark this anniversary. Mr. Cameron has quite inappropriately compared these to the "Diamond Jubilee celebrations" and stated that their aim will be to stress our "national spirit".
That they will be run at least in part by former generals and ex-defence secretaries reveals just how misconceived these plans are.
Instead we believe it is important to remember that this was a war that was driven by big powers' competition for influence around the globe, and caused a degree of suffering all too clear in the statistical record of 16 million people dead and 20 million wounded.

In 2014, we and others across the world will be organising cultural, political and educational activities to mark the courage of many involved in the war but also to remember the almost unimaginable devastation caused.
In a time of international tension we call on everyone - including writers, actors, musicians, teachers and campaigners - to join with us to ensure that this anniversary is used to promote peace and international co-operation.

SIGNED BY: Jude Law, Carol Ann Duffy, Alan Rickman, Roger Lloyd Pack, Vivienne Westwood, Paul Flynn MP, Brian Eno, Ken Loach, Vanessa Redgrave, Tony Benn, Simon Callow, many more
http://noglory.org/index.php/open-letter#.UvffLOMkVKw

http://stopwar.org.uk/shop/no-glory



Lenin
Was sind die Ursachen des Ersten Weltkrieges?

Mitte 1915 veröffentlichte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands auf russisch und deutsch in der Schweiz eine von Lenin verfaßte Stellungnahme zum imperialistischen Krieg. Was ist seine Analyse der Ursachen, weswegen dieser Krieg geführt wurde? „In Wirklichkeit führen sie ihn, um die von ihnen massenhaft zusammengeraubten Kolonien behalten zu können.“ Im Einzelnen führt er 3 Gründe für diesen Krieg auf.

Fast alle erkennen an, daß der heutige Krieg ein imperialistischer Krieg ist, aber zumeist verfälscht man diesen Begriff oder wendet ihn jeweils nur auf eine Seite an oder unterstellt schließlich trotzdem die Möglichkeit, daß dieser Krieg die Bedeutung eines bürgerlich-fortschrittlichen, eines nationalen Befreiungskrieges haben könne.

Der Imperialismus stellt die erst im 20. Jahrhundert erreichte höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus dar. Dem Kapitalismus ist es zu eng geworden in den alten Nationalstaaten, ohne deren Bildung er den Feudalismus nicht stürzen konnte. Der Kapitalismus hat die **Konzentration** bis zu einem solchen Grade entwickelt, daß ganze Industriezweige von Syndikaten, Trusts, Verbänden kapitalistischer Milliardäre in Besitz genommen sind und daß **nahezu der ganze Erdball unter diese »Kapitalgewaltigen« aufgeteilt ist,** sei es in der Form von Kolonien, sei es durch die Umstrickung fremder Länder mit den tausendfachen Fäden finanzieller Ausbeutung.

Der Freihandel und die freie Konkurrenz sind ersetzt durch das Streben nach Monopolen, nach Eroberung von Gebieten für Kapitalanlagen, als Rohstoffquellen usw. Aus einem Befreier der Nationen, der er in der Zeit des Ringens mit dem Feudalismus war, ist der Kapitalismus in der imperialistischen Epoche zum größten Unterdrücker der Nationen geworden. Früher fortschrittlich, ist der Kapitalismus jetzt **reaktionär** geworden, er hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der Groß«mächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht. (…)

Von 1876 bis 1914 haben die sechs »Groß«mächte 25 Millionen Quadratkilometer an sich gerissen, d.h. Ein Gebiet, das zweieinhalbmal so groß ist wie ganz Europa! Sechs Mächte halten mehr als eine halbe Milliarde (523 Millionen) Bewohner der Kolonien unter ihrem Joch. Auf je vier Einwohner der »Groß«mächte kommen fünf in »ihren« Kolonien.

Und jeder weiß, daß die **Kolonien** mit Feuer und Schwert erobert worden sind, daß die Kolonialbevölkerung wie Vieh behandelt wird, daß sie mit tausenderlei Methoden ausgebeutet wird (mittels Kapitalexport, Konzessionen usw., durch Betrug beim Verkauf der Waren, Unterwerfung unter die Machtorgane der »herrschenden« Nation und so weiter und so fort).

Die englische und die französische Bourgeoisie **betrügen** das Volk, wenn sie behaupten, sie führten den Krieg für die Freiheit der Völker und Belgiens: In Wirklichkeit führen sie ihn, um die von ihnen massenhaft zusammengeraubten Kolonien behalten zu können.

Die deutschen Imperialisten würden Belgien usw. sofort freigeben, wenn die Engländer und Franzosen ihre Kolonien »brüderlich« mit ihnen teilen wollten.

Das Eigenartige der Lage besteht darin, daß in diesem Krieg die Geschicke der Kolonien durch den Krieg auf dem Kontinent entschieden werden.

Vom Standpunkt der bürgerlichen Gerechtigkeit und nationalen Freiheit (oder des Existenzrechts der Nationen) wäre Deutschland unbedingt im Recht gegen England und Frankreich, denn es ist bei der Teilung der Kolonien »übervorteilt« worden, seine Feinde halten unvergleichlich mehr Nationen unter ihrer Botmäßigkeit als es selbst, und im Reiche seines Verbündeten, in Österreich, genießen die unterdrückten Slawen zweifellos größere Freiheit als im zaristischen Rußland, diesem wahren »Völkergefängnis«.

Aber Deutschland selbst kämpft nicht für die Befreiung, sondern für die Unterdrückung der Nationen. Es ist nicht Sache der Sozialisten, **dem jüngeren und kräftigeren Räuber (Deutschland)** zu helfen, die älteren, sattgefressenen Räuber auszuplündern. Die Sozialisten haben den Kampf zwischen den Räubern auszunutzen, um sie allesamt zu beseitigen.

Zu diesem Zweck müssen die Sozialisten vor allem dem Volk die **Wahrheit** sagen, nämlich, daß dieser Krieg in dreifachem Sinne ein **Krieg der Sklavenhalter für die Verstärkung der Sklaverei** ist. Er wird geführt

1. zur Festigung der **Kolonialherrschaft** durch »gerechtere« Aufteilung und weitere, mehr »solidarische« Ausbeutung der Kolonien;
2. zur verstärkten **Unterdrückung** der **fremden Nationen** in den Ländern der »Groß«mächte selbst, denn sowohl Österreich wie auch Rußland (Rußland in viel stärkerem und höherem Grade als Österreich) halten sich nur mittels dieser Unterdrückung, die sie durch den Krieg noch verschärfen;
3. zur Festigung und Verlängerung der **Lohnsklaverei**, denn das Proletariat wird durch ihn **gespalten** und niedergehalten, während die Kapitalisten davon profitieren, da sie sich am Krieg bereichern, die nationalen Vorurteile schüren und die Reaktion stärken, die in allen, selbst in den freiesten und republikanischen Ländern ihr Haupt erhoben hat.

Wladimir Iljitsch Lenin: Sozialismus und Krieg. Verlag des Sozial-Demokrat, Genf 1915. Hier zitiert nach: W. I. Lenin: Werke Band 21. Dietz Verlag, Berlin 1968, Seiten 301–304

Friedenskooperative: Strategiekonferenz:
100 Jahre Krieg, 100 Jahre Pazifismus und Friedensbewegung
am 21./22.2.2014 in der Jugendherberge Köln-Riehl

Freitag, 19:30 Uhr: einleitender Vortrag von Prof. Dr. Peter von den Dungen: "Krieg und Frieden 1914 - 2014".
ReferentInnen am Samstag: u.a. **Andreas Buro**, **Wolfgang Schreiber** (AKUF), **Prof. Dr. Christoph Butterwegge**, **Jürgen Grässlin** (DFG-VK), **Jutta Sundermann** (attac/Bewegungsstiftung) und **Christiane Lammers** (Plattform ZKB)
http://www.koop-frieden.de , s. auch: FriedensForum 1/2014 mit dem Schwerpunkt "1914-2014: Krieg und Friedensbewegung".
http://www.friedenskooperative.de/ff/ff14/1-00.htm

Florence Hervé
Gegen nationalistische Großmachtphantasien im Ersten Weltkrieg
Frauenstimmen in Deutschland und Frankreich

Millionen Tote, Verwundete, Gefangene, Vertriebene. Zerstörte Existenzen und verwüstete Landschaften. Zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs wird das ganze kommende Jahr über daran erinnert. Bereits in der zweiten Hälfte 2013 ist die Marketingmaschine angelaufen, jede Menge Bücher zum Thema sind schon erschienen, weitere werden folgen. Wissenschaftler erklären den Krieg, Tourismusunternehmen veranstalten Reisen zu den Schlachtfeldern.

Der mutigen und klugen Frauen, die sich während des Krieges grenzübergreifend gegen das mordspatriotische Geschrei stemmten, wird dagegen wohl kaum gedacht werden – vielleicht mit Ausnahme von **Bertha von Suttner**. Die Friedensnobelpreisträgerin stellte schon lange vor dem Krieg fest: *»Begeisterung für Kriegstaaten und Kriegshelden findet man bei Frauen so gut wie bei Männern, Begeisterung für die Friedensbewegung wird von Frauen ebenso intensiv an den Tag gelegt wie von Männern.«*

In der Kriegsfrage gab es Spaltungen innerhalb der proletarischen und bürgerlichen Frauenbewegungen. Die Mehrheit unterstützte den Waffengang. In Deutschland und Frankreich ordnete die Frauenbewegung ihre Ziele den »nationalen Prioritäten« unter. Auch die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratinnen schwieg. Artikel über Friedensaktionen erschienen auch in der SPD-Zeitschrift *Die Gleichheit* nur noch zensiert, deren langjähriger Redakteurin Clara Zetkin wurde 1917 gekündigt. Die wenigen Kämpferinnen gegen Militarismus und Krieg waren radikale Feministinnen und Sozialistinnen.
Auf den **internationalen Sozialistischen Frauenkonferenzen** in Stuttgart 1907 und in Kopenhagen 1910 sowie auf einer Friedenskundgebung in Basel 1912 mobilisierte **Clara Zetkin** als Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale gegen den Krieg der Herrschenden und Besitzenden. Im März 1915 initiierte sie die Berner Konferenz, die 25 Sozialistinnen der kriegführenden Länder zum Protest gegen den Krieg versammelte, darunter sieben aus Deutschland und eine aus Frankreich. *»Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck dieses Krieges«*, hieß es im Berner Appell an die Frauen der Welt, der in allen kriegführenden Ländern heimlich verbreitet wurde, weil solche Aktionen verboten waren – etwa 200000 Exemplare allein in **Deutschland**. Eine große Antikriegsdemonstration fand Ende Mai 1915 vor dem Berliner Reichstag statt, unter den 1500 Teilnehmenden mehr als die Hälfte Frauen. Zahlreiche wurden inhaftiert – auch Clara Zetkin unter der Anklage des »versuchten Hochverrats«.

In **Frankreich** wurden die Kriegsgegnerinnen ebenfalls verfolgt. Nach dem Druck des Berner Aufrufs wurde die Sozialistin und Gewerkschafterin **Louise Saumoneau** 1915 vor ein Kriegsgericht gestellt und zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie war Gründerin eines Komitees sozialistischer Frauen *»Für den Frieden, gegen den Chauvinismus«*. Die Lehrerin und Gewerkschafterin **Hélène Brion** erklärte 1915, warum sie Pazifistin sei: *»Ich bin gegen den Krieg, weil ich Feministin bin: Der Krieg ist der Sieg der brutalen Gewalt, und der Feminismus kann nur durch die moralische Kraft und durch geistige Werte siegen. Es gibt einen absoluten Gegensatz zwischen beiden.«* Nach vier Monaten Gefängnis wurde sie im März 1918 vor dem Pariser Kriegsgericht wegen »Defätismus« zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Doch dies waren einsame Stimmen auch unter den Sozialistinnen, bei den Bürgerlichen sah es nicht viel anders aus. Aber es gab sie. **Marguerite Durand**, Grande Dame des französischen Feminismus und Kriegsgegnerin, mußte 1914 die Herausgabe ihrer Zeitung La Fronde einstellen. **Marcelle Capy**, Journalistin, Pazifistin und Feministin, prangerte Greuel und Absurdität des Krieges an. Ihr Buch *»Eine Frauenstimme im Getümmel«* (1916) wurde zensiert. Sie gründete 1918 die antimilitaristische *Wochenzeitung La Vague* und wollte »der Bestialität« widerstehen, »die im Fleisch so vieler Europäer, die sich zivilisiert glaubten, brüllend erwacht ist«. Sie mokierte sich über die Frauen, *»die den Gerüchten glauben, daß die Deutschen kleine Franzosenkinder töten, um sie zu verspeisen«*.

Die Französinnen waren auf dem unter anderem von Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann initiierten **Internationalen Frauenfriedenskongreß in Den Haag 1915** nicht vertreten. Dort protestierten 1000 Teilnehmerinnen aus zwölf Ländern gegen den Krieg. Es entstand ein **Internationales Frauenkomitee für »dauernden Frieden«, die spätere Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF.** Danach gründete die Feministin und Sozialistin **Gabrielle Duchêne** ein französisches Komitee, 1919 wurde sie Vizepräsidentin der IFFF. Die deutsche und die französische Sektion waren unter den politischsten in der Liga und zählten zu den ersten, die auf die deutsch-französische Versöhnung hinarbeiteten.

Versöhnungsbund: Unsere Geschichte

Der Versöhnungsbund wurde auf einer internationalen Konferenz 1914 in Konstanz gegründet. Christen aus verschiedenen Ländern versuchten, den drohenden Krieg abzuwenden, weil sie Kriege grundsätzlich für unvereinbar mit dem Geist Christi hielten. Der Kriegsausbruch führte zum Abbruch der damaligen Konferenz. Die Teilnehmer jedoch gründeten anschließend den Versöhnungsbund als pazifistischen Verband in England und den USA, nach dem Krieg ebenfalls in Deutschland.
1919 schlossen sich Zweige aus zehn Ländern im Internationalen Versöhnungsbund zusammen. Der bestehende Militarismus - dies war das Hauptziel der Gründer - sollte überwunden und die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung durchgesetzt werden.
Im 2. Weltkrieg wurden viele Mitglieder des deutschen Versöhnungsbundes inhaftiert, weil sie den Dienst mit der Waffe verweigerten; zwei von ihnen - der katholische Priester Max Josef Metzger und der evangelische Publizist Hermann Stöhr wurden wegen dieser Entscheidung umgebracht.
Nach dem Krieg sah man sich vor neue Aufgaben gestellt: die Versöhnungsarbeit zwischen West und Ost, die Solidarität im Einsatz für Befreiung in Ländern der 2/3 Welt, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.
Die Arbeit des Verbandes trug auch in Deutschland zur Gründung vieler wichtiger Initiativen in der Friedensarbeit bei, darunter Aktion Sühnezeichen, Ohne Rüstung Leben, Bund für Soziale Verteidigung, Kampagne gegen Rüstungsexport, Forum ZFD, Plattform zivile Konfliktbearbeitung.

Mehr zur Geschichte des VB und der deutschen Friedensbewegung in einem beim deutsch-französischen Treffen in Verdun, 29.09./01.10.06 gehaltenen Vortrag des Präsidenten Ullrich Hahn
https://www.versoehnungsbund.de/2006-uh-vb-geschichte
https://www.versoehnungsbund.de/geschichte/

Jürgen Todenhöfer an den Präsidenten Gauck

LIEBER HERR BUNDESPRÄSIDENT,

Sie fordern, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Auch militärisch. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? Ich bezweifle es und habe daher vier Vorschläge:

***1**. Ein Besuch im syrischen Aleppo oder in Homs. Damit Sie einmal persönlich erleben, was Krieg bedeutet.*

***2**.Vier Wochen Patrouillenfahrt mit unseren Soldaten in afghanischen Kampfgebieten. Sie dürfen auch Ihre Kinder oder Enkel schicken.*

***3.** Ein Besuch eines Krankenhauses in Pakistan, Somalia oder im Yemen - bei unschuldigen Opfern amerikanischer Drohnenangriffe.*

***4**. Ein Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes El Alamein in Ägypten. Dort liegen seit 70 Jahren 4.800 deutsche Soldaten begraben. Manche waren erst 17. Kein Bundespräsident hat sie je besucht.*

Nach unserem Grundgesetz haben Sie "dem Frieden zu dienen". Angriffskriege sind nach Artikel 26 verfassungswidrig und strafbar. Krieg ist grundsätzlich nur zur Verteidigung zulässig. Sagen Sie jetzt nicht, unsere Sicherheit werde auch in Afrika verteidigt. So etwas ähnliches hatten wir schon mal. 100.000 Afghanen haben diesen Unsinn mit dem Leben bezahlt.

Wie kommt es, dass ausgerechnet Sie als Bundespräsident nach all den Kriegstragödien unseres Landes schon wieder deutsche Militäreinsätze fordern? Es stimmt, wir müssen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber doch nicht für Kriege, sondern für den Frieden! Als ehrlicher Makler. Das sollte unsere Rolle sein. Und auch Ihre.

Ihr Jürgen Todenhöfer

PS: Mir ist ein Präsident lieber, der sich auf dem Oktoberfest von Freunden einladen läßt, als einer der schon wieder deutsche Soldaten ins Feuer schicken will. Von seinem sicheren Büro aus. Fast bekomme ich Sehnsucht nach Wulff. Der wollte Menschen integrieren, nicht erschlagen.

Paul Schreyer: Wir sind die Guten

Zur Debatte um die deutsche Verantwortung in der Welt

Bereits im Oktober vergangenen Jahres legte die **regierungsnahe Denkfabrik Stiftung Wissenschaft und Politik** gemeinsam mit dem **German Marshall Fund of the United States** eine Studie vor, in der sich viele der Formulierungen Gaucks, Steinmeiers und von der Leyens beinahe wortwörtlich wiederfinden. Ihr Titel: **"Neue Macht - neue Verantwortung"**.

Die transatlantische Studiengruppe, die das Papier erarbeitete, auf dem Gaucks Rede inhaltlich basiert, war mit etwa 50 Teilnehmern sehr breit aufgestellt. Die Autoren kommen, laut einem zur Studie gehörenden Anhang, unter anderem vom Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt, dem Verteidigungsministerium, dem Wirtschaftsministerium, der Daimler AG, der Bertelsmann Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, sowie dem Bundesverband der Deutschen Industrie.

Auch Politiker des "linken" Parteienspektrums, wie Niels Annen, Omid Nouripour und Stefan Liebich waren beteiligt. Zwei ausgewählte Pressevertreter rundeten das Teilnehmerfeld ab: Jochen Bittner von der ZEIT und Nikolas Busse von der FAZ. "Embedded journalism" at its best.

Die so entstandene Studie gibt Einblick in ein komplexes und dann doch wieder verblüffend simplifizierendes Weltbild. Neben **Klartext** (*"Deutschland braucht die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen"*) findet sich darin auch eine ernstgemeinte **Einteilung** von Staaten in ein Raster aus "*Mitstreitern*", "*Herausforderern*" und - man liest richtig - "*Störern*". Wir erfahren, dass die USA, die EU, Japan, Kanada, Israel, die Türkei und Südkorea (in dieser Reihenfolge) *"prioritäre Mitstreiter"* sind, Mexiko und Australien hingegen nur *"sekundäre Mitstreiter"*. China, Russland, Indien und Brasilien sind - wenig überraschend - *"prioritäre Herausforderer"*, wie übrigens auch Pakistan. Bei den *"Störern"* begegnet dem Leser George W. Bushs vertraute *"Achse des Bösen"* aus Iran und Nordkorea wieder. Der Irak ist offenkundig komplett aus dem Raster gefallen, ein Land, das sich wohl nicht mehr zuordnen lässt - nun ersetzt durch Syrien bei den *"prioritären Störern"*.

Die in der Studie präsentierte **Weltanschauung,** die nun von Gauck, Steinmeier, von der Leyen und anderen zur offiziellen deutschen Politik erklärt wird, hat zudem etwas gespenstisch Hermetisches, fast schon sektenhaft Totalitäres. Allein die Beschreibung des gegenwärtig dominierenden Weltsystems, das de facto sich stetig verschärfende Krisen, Kriege und soziale Konflikte erzeugt, als einer *"freien, friedlichen und offenen Ordnung"* ist ein Realitätsverlust erster Güte.

Afghanistan, der Irak und Libyen sind durch Krieg zerstörte Staaten, die dieser "*Ordnung*", aus welchen Gründen auch immer, als "*Störer*" galten. Wer stört, wird zerstört?

"Hoffnung auf bessere Ordnungen"

Ein anderer Bundespräsident fand vor langer Zeit ganz andere, bescheidene und vielleicht umso treffendere Worte. Zu seinem Amtsantritt am 1. Juli 1969 sprach Gustav Heinemann auch über nationale Verantwortung. Seine Rede hat dabei an Aktualität wenig verloren: *(Gekürzt)*

„Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr. (…) Ich appelliere an die Verantwortung in den Blöcken und an die Mächte, ihre Zuversicht auf Sicherheit nicht im Wettlauf der Rüstungen, sondern in der Begegnung zu gemeinsamer Abrüstung und Rüstungsbegrenzung zu suchen. [Beifall] Abrüstung erfordert Vertrauen. Vertrauen kann nicht befohlen werden; und doch ist auch richtig, daß Vertrauen nur der erwirbt, der Vertrauen zu schenken bereit ist. Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben unserer Politik, Vertrauen aufzuschließen. Dieser Aufgabe sind alle Machtmittel unterzuordnen - die zivilen und die militärischen. (…)

Wir werden erkennen müssen, daß die Freiheit des einzelnen nicht nur vor der Gewalt des Staates, sondern ebensosehr vor ökonomischer und gesellschaftlicher Macht geschützt werden muß. Der Einfluß der Verbände und ihrer Lobbyisten steht oft genug im Gegensatz zu unserer Ordnung, in der Privilegien von Rechts wegen abgeschafft sind, aber in der sozialen Wirklichkeit noch weiter bestehen. (…)“

http://www.heise.de/tp/artikel/40/40913/1.html

Sabine Leidig

Da gibt es nur eins: sagt NEIN! Frontex muss abgeschafft werden!

(Auszüge) Es geht ja mitnichten um ein gerechtes System, wie es der Bundespräsident vorgaukelt – im Gegenteil: Der so genannte Freihandel, den Gauck so lobt, beschert den transnationalen Konzernen satte Profite; aber viele Millionen Kleinbauern, Familienunternehmen und Selbstversorger werden ruiniert.
Die Freiheit der Finanzindustrie hat ganze Volkswirtschaften ins Verderben gestürzt. Für die rund zwei Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern, die den größten Teil ihrer Einkünfte für die Ernährung verwenden müssen, bringt der freie Handel mit „Agrofuels" gravierende Einschränkungen und vielen Krankheit und Tod. Aber Investoren aller Art profitieren vom Anstieg der Rohstoffpreise.
....da gibt es nur eins: sagt NEIN! Wir sagen Nein zu einer Wirtschaftsordnung, in der die Armen verheizt werden, damit das Konsum Karussell befeuert wird.
Und es gehört zu der hässlichsten Fratze dieser ungerechten Ordnung, dass diejenigen, die versuchen den unerträglichen Lebensbedingungen zu entkommen, verächtlich gemacht und ausgesperrt und verjagt werden. Ich habe größten Respekt vor den Flüchtlingen, die seit Monaten in Zelten mitten in Berlin auf diese Misere aufmerksam machen, die sich nicht verstecken, sondern für ihr Menschenrechte auf Bewegungsfreiheit demonstrieren. Sie haben wesentlich beigetragen, dass diese Frage zum öffentlichen Thema wurde.
Wir fordern: Frontex muss abgeschafft werden! Flüchtlinge brauchen Hilfe, nicht Abschreckung und das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit ist unteilbar.
Das gilt auch für die Europäer*innen, die aus Ländern wie Rumänien zu uns kommen. Die selben Schreihälse, die - wie der CSU-Chef – die Armen rausschmeißen wollen, weil sie angeblich betrügen, bleiben stumm, wenn die Armen betrogen werden, um die Gewinne zu erhöhen. Das passiert aber täglich – in niedersächsischen Schlachthöfen oder auf Pfälzer Gemüsefeldern. Viele osteuropäische Arbeitskräfte werden dort um ihren gerechten Lohn betrogen und ihrer Arbeitnehmerrechte beraubt. Das ist der Betrug, den es zu bekämpfen gilt!
Angesichts des Ansinnens das Herr Gauck und Frau von der Leyen vortragen, die Bundeswehr offensiver für „Deutsche Interessen" einzusetzen, braucht es einen neuen Aufschwung der Friedensbewegung. Und diese Demonstration hier ist ein wichtiger Beitrag dazu.
http://sicherheitskonferenz.de/de/Sabine-Leidig-Redebeitrag-Siko-2014

Video über die Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz: http://sicherheitskonferenz.de/de/Video-SIKO-Demonstration-2014
Dossier zur Sicherheitskonferenz: http://ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz1/Welcome.html
Europäische Sicherheitsstrategie: http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf.

Attac Deutschland kritisiert Pläne für Kriegsmacht EU

Zum EU-Gipfel am 19.-20. Dezember in Brüssel

20.12.2013
Der aktuelle EU-Gipfel entpuppt sich zunehmend als Militärgipfel. Mit dem vorgeschobenen Argument, durch Synergieeffekte Kosten einzusparen, wird einer Supermacht EU das Wort geredet – mit dem Ziel gemeinsamer Kriegseinsätze in der ganzen Welt. Dafür gefordert werden zentrale EU-Rüstungsprogramme, insbesondere auf dem Gebiet der militärischen Drohnentechnologie, des Cyberkrieges und der Luftbetankung.
Attac Deutschland lehnt die Bestrebungen der beim EU-Gipfel in Brüssel versammelten Staats- und Regierungschefs entschieden ab, die EU weiter zur gemeinsamen Kriegsmacht hochzurüsten.
Krieg und Kriegsvorbereitungen spielen eine zunehmende Rolle in der EU-Politik, und gerade die deutsche Regierung vertritt diese Position immer entschiedener. Wie Bundeskanzlerin Angela Merkel gestern die EU-Rüstungsexporte in Krisenländer quasi als Hilfe zur Selbsthilfe pries ist dabei mehr als zynisch.
Bereits im Vorfeld des EU-Gipfels hatte die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton, gefordert, die EU müsse *"zu direkten Interventionen in ihrer Nachbarschaft in der Lage sein, in Allianzen oder wenn nötig alleine"*. Notwendig seien *"Schlüsselfähigkeiten für militärische Einsätze auch in entfernten und kargen Umgebungen"*.
Attac wendet sich entschieden gegen eine Militarisierung der EU und eine Politik der Kriegseinsätze und beteiligt sich an einer internationalen Kampagne zur Ächtung von Drohnen.
Mehrere tausend Menschen blockierten gestern friedlich das Europaviertel in Brüssel und demonstrierten gegen die Militarisierung und autoritäre Krisenpolitik der EU sowie den Freihandel. Dazu aufgerufen hatte die Allianz D19-20. Dem Bündnis gehören mittlerweile 75 Organisationen an, darunter Gewerkschaften, Landwirte, soziale Bewegungen und Friedensgruppen wie Agir pour la Paix.
Attac Deutschland protestiert gegen die Verhaftung von 80 Aktivistinnen und Aktivisten bei den gestrigen Aktionen.
Zusammen mit anderen Organisationen ruft Attac zu Protesten gegen die so genann-te Sicherheitskonferenz vom 31. Januar bis 2. Februar in München auf. Attac beteiligt sich an der parallel stattfindenden Internationalen Münchner Friedenskonferenz sowie der Großdemonstration "Kein Frieden mit der NATO" am 1. Februar in München.

Diskussionsveranstaltung in Linz (Österreich): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU im Licht des Dezembergipfels
Do, 27. Februar 2014, 19 Uhr
mit *Thomas Roithner* (Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung) und *Gerald Oberansmayr* (Solidarwerkstatt)
Ort: Pfarrsaal der Dompfarre Linz, Herrenstraße 26 (Eingang: Baumbachstraße)
Veranstalter: Pax Christi OÖ, Solidarwerkstatt Österreich, Friedensinitiative der Stadt Linz, DIDF

BRÜSSEL: Blockade des europäischen Viertels am 19. Dezember 2013: Eine ganze Reihe von belgischen Organisationen haben – in einem Bündnis mit Bauernverbänden **(d19-20)** - eine Aktion zur Blockade des europäischen Viertels am ersten Tag des Dezembergipfels organisiert. Mehrere Tausend Personen haben 7 Stunden lang die Kreuzungen blockiert, die Zugang zum europäischen Viertel verleihen, um gegen die Austeritätspolitik, die geheimen Verhandlungen zwischen den USA und der EU (TTIP) und die EU-Militärpolitik zu protestieren. AmVortag fand eine **Versammlung** statt, mit Susan George und mehreren Menschen aus Netzwerken: http://www.d19-20.be/fr/meeting-europese-interventies/
Reportagen und Analysen auf Fr: http://www.d19-20.be/wp-content/uploads/2013/11/CDP_D1920_23_12_2013.pdf
Reportagen und Analysen auf Eng: http://corporateeurope.org/eu-crisis/2014/01/d19-20-alliance-day-action-looking-back-smoke-clears
Kampagne CTRL+ALT+EU: http://www.imi-online.de/2014/02/07/gegen-eu-militarisierung-und-ruestungslobbyismus-vorstellung-der-kampagne-ctrl-alt-eu/

Solidarwerkstatt in Österreich

"Wer gegen Faschismus kämpfen will, darf vom EU-Konkurrenzregime nicht schweigen!"

1. Das EU-Konkurrenzregime - Brutstätte des Rechtsextremismus

Heute ebnet neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihrer **Verherrlichung des Rechts des Stärkeren** dem Sozialdarwinismus Tür und Tor. Den Konzernen ist es gelungen, diese neoliberale Wirtschaftspolitik in den Beton des faktisch unumkehrbaren EU-Verfassungsrechts zu gießen, das alle EU-Staaten zu einer *„offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet“* sowie Freihandel und freie Kapitalmobilität nach innen und außen festschreibt. Auf der Grundlage von Binnenmarkt und Währungsunion wurde ein regelrechter Wirtschaftskrieg zwischen den EU-Staaten entfesselt. Der finnische Europaminister Alexander Stubb hat das offen beim Namen genannt: *„Der Euro ist im Grunde eine darwinistische Währung geworden. Es gilt das Prinzip vom Überleben des Stärkeren.“* Der EZB-Chef Mario Draghi jubelt, dass in der EU *„der Sozialstaat zum Auslaufmodell“* (Wallstreet-Journal, 22.3.2012) geworden ist. **Zusammen mit dem Sozialstaat drohen auch die demokratischen Errungenschaften zum „Auslaufmodell“ zu werden,** da die Mächtigen wissen, dass die Demontage des Sozialstaates auf demokratischem Weg kaum möglich ist. Die EU-Technokratie, die eng mit den Kapitallobbys verbunden ist, erhält über diverse Verordnungen und Verträge immer mehr Macht, die gewählten Parlamente zu entmündigen und eine rigide Austeritätspolitik zu oktroyieren.

Dieses EU-Konkurrenzregime **spaltet den Kontinent sozial und hierarchisiert ihn politisch** – unter Führung der deutschen Eliten, die sich dank Niedriglohnpolitik besonders „erfolgreich“ im europäischen Wirtschaftskrieg durchsetzen konnten. Die deutsche Regierungspresse kommentiert euphorisch: *„Jetzt regiert Angela Merkels harte Hand in Europa. Klar ist: Wenn die gemeinsame Währung weiter bestehen sollte ... wird Europa deutscher werden. Mehr Kontrolle, mehr Disziplin und härtere Strafen.“* (Die Welt, 28.11.2011). Diejenigen Staaten, die im EU-Konkurrenzkampf unterliegen, kommen völlig unter die Räder: *„Das griechische Volk kann wählen, was es will – wirklich ändern kann es nichts“*, charakterisiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung (30.6.2011) die postdemokratischen Verhältnisse in EU-Europa.

Die **Folgen** dieser neoliberalen EU-Regimes – Massenarbeitslosigkeit, soziale Existenzunsicherheit, demokratiepolitische Ohnmacht – fördern den Aufstieg rechtsextremer und rassistischer Kräfte. EU-Establishment und rechtsextreme Organisationen mögen sich manchmal vor den Kulissen zanken, dahinter spornen sie sich gegenseitig an, sind zwei Seiten desselben Konkurrenzregimes. Denn die Rechtsextremen kanalisieren den sozialen Protest in rassistische Bahnen, spalten und lähmen damit den Widerstand der von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit Betroffenen.

Zugleich leiten sie Wasser auf die **gefährlichsten Ambitionen des EU-Establishments**: die wachsende Militarisierung nach innen und außen. Diese manifestiert sich in einem ausufernden Überwachungsstaat nach innen, einem unmenschlichen Grenzregime gegenüber Flüchtlingen und dem zügigen Aufbau von militärischen Kapazitäten für die globale Kriegsführung im Interesse der großen Industrie- und Finanzkonzerne. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde sogar die Verpflichtung zur ständigen militärischen Aufrüstung für jeden EU-Staat in Verfassungsrang erhoben. James Rogers, geostrategischer Berater des Europäischen Rates, hat den machtpolitischen Kern von EU-Europa prägnant zusammengefasst: *„Die Europäische Union muss ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wiederum in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden.“* (Group on Grand Strategy, 2011). (…)

Länder, die sich den neokolonialen Ambitionen und Freihandelsdiktaten der EU nicht bereitwillig unterordnen, werden – wie z.B. Jugoslawien, Libyen – mit Bomben niedergemacht. In Ländern wie der Ukraine kollaborieren die EU-Eliten offen mit neofaschistischen Kräften. Menschen, die sich in den EU-Staaten diesem Konkurrenzregime entgegen stellen, wird offen mit **Gewalt** gedroht. So stellte EU-Kommissionspräsident Barroso den Gewerkschaften in südeuropäischen Staaten die Rute ins Fenster: *„Schaut, wenn sie nicht diese Sparpakete ausführen, könnten diese Länder tatsächlich in der Art, wie wir sie als Demokratien kennen, verschwinden. Sie haben keine Wahl, so ist es.“* (EU-Observer, 14.06.2010)

Wo es keine Wahl gibt, gibt es freilich auch keine Demokratie.(..)

2. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Neutralitätsgesetz und Staatsvertrag zählen zu den „Geburtsurkunden“ der 2. Republik. In ihnen manifestieren sich die zentralen Lehren Österreichs aus den Erfahrungen mit zwei verheerenden Weltkriegen und den unseligen Verstrickungen in deutsche Weltmachtsambitionen: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Deshalb verpflichtet sich Österreich mit der Neutralität zur Nichtteilnahme an Kriegen und mit dem Staatsvertrag zum Anschlussverbot an Deutschland. Neutralitätsgesetz und Staatsvertrag waren daher der deutschnationalen extremen Rechten von Anfang an zutiefst verhasst. Aus diesem Grund hat die FPÖ schon früh den EG-Anschluss angestrebt, um durch die „europäische Hintertür“ die 2. Republik los zu werden.

Mit der Orientierung auf den EU-Beitritt haben die Spitzen von SPÖ und ÖVP klammheimlich diese Agenda der extremen Rechten übernommen. Bereits Anfang der 90er Jahre erklärte die Regierung Vranitzky jene Passagen des Staatsvertrages für „obsolet“, die die militärische Kooperation mit Deutschland und den Ausverkauf verstaatlichten Eigentums an deutsches Kapital untersagten. Seither wird Schritt für Schritt die österreichische Neutralität demontiert, da diese dem Mitmarschieren bei EU-Militäreinsätzen im Weg steht. Deutsche und österreichische Soldaten trainieren für gemeinsame EU-Battlegroupseinsätze im Kaukasus.

(…) FPÖ-Chefideologe Andreas Mölzer spricht das offen an: *„Mit dem EU-Beitritt muss der biedere Angehörige der ‚österreichischen Nation' zur Kenntnis nehmen, dass die Neutralität auf dem Misthaufen der Geschichte landen dürfte. ... Der Staatsvertrag, zentral das Anschlussverbot an Deutschland, ist durch den Beitritt zur Europäischen Union von der Geschichte schlichtweg überholt. Grenzenlos deutsch ist somit die alte und wieder neue europäische Mitte geworden.“* (Mölzer 2004/05) Wie die Regierungsparteien fordert auch die FPÖ *„eine starke europäische Armee mit internationalen Eingreiftruppen“* (O-Ton Mölzer). Es ist daher kein Zufall, dass die Rechtsextremen gemeinsam mit SPÖ und ÖVP im Sommer 2013 die neue österreichische Sicherheitsstrategie beschlossen haben, die die Teilnahme des Bundesheeres an der EU-Militärpolitik *„in allen ihren Dimensionen“* vorsieht, einschließlich Militärmissionen *„von Nordafrika bis zum Kaukasus“*.

Die Solidarwerkstatt fordert:

Internationalismus statt Euro-Chauvinismus und Deutschnationalismus! Raus aus den EU-Battlegroups und der EU-Rüstungsagentur! Volle Wiederherstellung des Staatsvertrags! Neutrale Außen- und Sicherheitspolitik, die sich für internationale Abrüstung, die Auflösung von Militärblöcken und die friedliche Beilegung von Konflikten einsetzt!

10-seitige Informationsfalter zum Thema Antifaschismus. Bestellung an: office@solidarwerkstatt.at

Peter Strutynski (Hrsg.): Die Rückkehr des Krieges in die Politik. Außen-, Sicherheits- und Rüstungspolitik zwischen Völkerrecht, Menschenrechten und Machtinteressen

Mit Beiträgen von:

*Ercan Ayboga * Matin Baraki * Christine Buchholz * Sevim Dagdelen * Eugen Drewermann * Alexander Flor * Bernd Hahnfeld * Lühr Henken * Felix Klickermann * Andrea Kolling * Karin Leukefeld * Matthias Leupold * Norman Paech * Hermannus Pfeiffer * Werner Ruf * Lena Sachs * Ulrich Sander * Conrad Schuhler * Michael Schulze von Glaßer * Ingar Solty * Peter Strutynski * Rolf Verleger * Achim Wahl*



http://ag-friedensforschung.de/rat/2012/buch.html

Europa ist nicht genug !?

Die deutsch geführte EU geht in die weltpolitische Offensive. Sie begibt sich damit in wachsende Konkurrenz zu den USA, Von Jörg Kronauer , http://ag-friedensforschung.de/themen/Europa1/kronauer.html

Jürgen Wagner: Der Große Koalitionsvertrag: Paradigmenwechsel zur offensiven Verantwortungsrhetorik, http://www.imi-online.de/2013/12/20/der-grosse-koalitionsvertrag-paradigmenwechsel-zur-offensiven-verantwortungsrhetorik/;

Rohstoffimperialismus: Deutsche und europäische Entwicklungspolitik im Dienste von Wirtschaft und Machtpolitik von Lukas Renz. Die ganze **Studie** (28 Seiten) als PDF findet sich hier http://www.imi-online.de/download/2014_01_renz_web.pdf

http://www.imi-online.de/2014/01/15/rohstoffimperialismus/;

Krieg und Kitas: Der Attraktivitäts- folgt die Afrika-Offensive, http://www.imi-online.de/2014/01/22/krieg-und-kitas/

AFRICOM go home, http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Afrika/50-jahre-grila.html)

Den Wahnsinn beenden! Atomwaffen aus Büchel abziehen

Beendigung der völkerrechtswidrigen "nuklearen Teilhabe"
Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Kassel, 17. Januar 2014 - Zum Absturz einer Tornados-Maschine der Bundeswehr in der Nähe von Büchel erklärte der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag:

Die Tornado-Piloten des Jagdbombergeschwaders 33 auf dem Fliegerhorst Büchel lernen, wie man Atombomben abwirft. Die in Büchel lagernden US-Atomwaffen ermöglichen es der Bundesrepublik, sich an der "nuklearen Teilhabe" der NATO zu beteiligen. Das heißt, im Kriegsfall können Tornado-Piloten aus Büchel Nuklearwaffen einsetzen, wenn der US-Präsident diese freigegeben hat. *"Das will gelernt und geübt sein"*, schrieb Otfried Nassauer in tagesschau.de (10. Juli 2008). *"Deshalb lernen Bundeswehrtechniker, wie man zusammen mit US-Personal Nuklearwaffen an den Tornadoflugzeugen montiert und Bundeswehrpiloten, wie man mit solchen Waffen fliegt und wie man sie abwirft. Regelmäßig überprüfen die US-Streitkräfte mit Nuklearen Sicherheitsinspektionen, ob in Büchel alle relevanten Vorschriften eingehalten werden."*

Warum, so wäre als erstes zu fragen, überprüft niemand, ob die Piloten der Bundeswehr dazu überhaupt berechtigt sind? Die Rechtslage ist sogar eindeutig: **Es ist deutschen Soldaten verboten Massenvernichtungswaffen einzusetzen.** So heißt es in einer Neufassung der "Druckschrift Einsatz Nr. 03 - Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten" - einer Taschenkarte für Soldaten der Bundeswehr aus dem Juni 2008 - auf Seite fünf klipp und klar: *"Insbesondere der Einsatz folgender Kampfmittel ist deutschen Soldaten bzw. Soldatinnen in bewaffneten Konflikten verboten: Antipersonenminen, atomare Waffen, biologische Waffen und chemische Waffen".*

Diese Anweisung entspricht auch den von Deutschland ratifizierten völkerrechtlichen Verträgen. Entgegen dieser unmissverständlichen Rechtslage übt die deutsche Luftwaffe für den Atomkrieg. Es ist höchste Zeit, diesen permanenten Völkerrechtsbruch zu beenden und aus der "nuklearen Teilhabe" auszusteigen.

Noch eine andere Frage stellt sich: Führen die Tornado-Kampfjets übungshalber manchmal nicht auch Atomwaffen mit sich? Wie gefährlich lebt es sich im Radius der Übungsflüge? Es wäre nicht das erste Mal, dass Unfälle mit Atomwaffen passieren. Ein paar Beispiele:

Laarbruch, 1974: Eine Atombombe vom Typ WE 177 fiel beim Verladen in ein Flugzeug herunter.

Unbekannter Ort, 1977: Motorbrand eines mit Atomwaffen bestückten Hubschraubers vom Typ CH-47 führte zum Absturz. Eingestuft als ein "dumpfes Schwert"-Unfall.

Bruggen, 1984: Eine Atombombe vom Typ WE 177 fiel beim Verladen in ein Flugzeug herunter. Dies verursachte eine zeitweilige Schließung des Stützpunktes.

Aus dem Tornado-Absturz vom 16. Januar 2014 sind aus Sicht der Friedensbewegung somit drei Schlussfolgerungen zu ziehen:

Deutschland muss endlich die nukleare Teilhabe innerhalb des NATO-Bündnisses aufkündigen und erklären, sich unter keinen Umständen an einem atomaren Einsatz zu beteiligen.

Das Jagdbombergeschwaders 33 in Büchel muss unverzüglich aufgelöst werden.

Die in Büchel lagernden US-Atomwaffen müssen abgezogen werden. Deutschland muss atomwaffenfrei werden.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski

http://ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen1/tornado.html

4.-7. März: Internationale Tagung (Fachkonsultation) der IPPNW zu den Folgen von Atomkatastrophen für Natur und Mensch in Schmitten/Arnoldshain: http://www.ippnw.de/aktiv-werden/termine/tagung-arnoldshain.html

BDS-Gruppe in Berlin

Nein zu Rüstungs- und Militärforschung:

Gegen Wissenschaftskooperationen zwischen der TU Berlin und dem Technion - Israel Institute of Technology

Der Israel-Tag am 6. Februar 2014 an der Technischen Universität Berlin kündigt mögliche deutsch-israelische Wissenschaftskooperationen an, darunter auch mit dem **Technion** – Israel Institute of Technology.

Wir fordern:

1. Die Einhaltung und Umsetzung des Beschlusses des Akademischen Senats der TU Berlin von 1991, **dass an der TU Berlin keine Rüstungsfors**chung durchgeführt werden soll. [1]

2. Keine Wissenschaftskooperationen zwischen der TU Berlin und dem Technion – Israel Institute of Technology.

Das Technion betreibt seit seiner Gründung intensiv die Erforschung neuer Militärtechnologien und bewirbt stolz seine Partnerschaften mit der Rüstungsindustrie. [2] Heute ist das Technion Israel's führende universitäre Einrichtung für militärische Forschung und fördert insbesondere Studierende, die Militärdienst geleistet haben. [3]
Erforscht und entwickelt werden u.a. Panzerungen für Kampfpanzer, Drohnen, militärisch aufgerüstete Baumaschinen, und andere modernste Waffen- sowie Überwachungssysteme in enger Zusammenarbeit mit Israels größten Rüstungsunternehmen, wie Rafael Advanced Defense Systems und Elbit Systems:

1. Die Drohnen Technologie
Israel - weltgrößter Drohnenexporteur [4] - nutzt Drohnen als Waffe sowie als Überwachungsinstrument. Als Teil des „Technion Autonomous Systems Program" (TASP) [5] entwickelten Studierende am Technion die „Stealth-Drohne", die eine Reichweite von 1.850 Meilen besitzt und sogenannte „intelligente Bomben" transportieren kann. [6]

2. Der sogenannte „Israeli Armored CAT D9," (D9R), die neueste Generation der Planierraupen.
Der ferngesteuerte Caterpillar D9 - eine Entwicklung des Technion [7] in Zusammenarbeit mit der israelischen Armee, wird maßgeblich zur Zerstörung von palästinensischer Lebensgrundlagen eingesetzt. [8]

3. Das Technion pflegt enge Partnerschaften zu NICE Systems, Check Point und Comverse.
Bei den drei genannten Unternehmen handelt es sich um die drei größten israelischen Hightech-Unternehmen, die maßgeblich an der Überwachung der palästinensischen Bevölkerung beteiligt sind.

4. Rafael Advanced Defense Systems
Bei dem Unternehmen handelt es sich um ein von der Regierung finanziertes Unternehmen, das für seine „hoch entwickelten gepanzerten Schutzsysteme" bekannt ist, die zum Beispiel auf dem Kampfpanzer „Merkava Mk4" der israelischen Armee genutzt werden. Für Rafael unterhält das Technion ein spezielles MBA-Programm, an dem ausschließlich ManagerInnen des Unternehmens teilnehmen dürfen. [9]

5. Elbit Systems
Bei dem Unternehmen handelt es sich um das größte private Waffenforschungsinstitut Israels. Das Unternehmen stellt Überwachungsausrüstung für die völkerrechtswidrige Mauer her [10] wie beispielsweise die LORROS- Überwachungskameras sowie unbemannte Bodenfahrzeuge und die TORCH-Überwachungssysteme. Mit Elbit verbindet das Technion eine lange Partnerschaft, die sowohl in Form eines gemeinsamen Forschungszentrums, [11] als auch in der Technion-Ehrendoktorwürde für den Präsidenten zum Ausdruck kommt. [12]

Die in enger Kooperation mit der israelischen Armee entwickelten Waffen- und Überwachungssysteme werden gegen die palästinensische Bevölkerung eingesetzt. Damit muss dem Technion der Vorwurf gemacht werden, dass es technologische und strategische Unterstützung leistet, die israelische Besatzungspolitik aufrecht zu erhalten und zu erweitern und sich somit zum Komplizen israelischer Menschen- und Völkerrechtsverletzungen macht. Durch eine Zusammenarbeit mit dem Technion billigt die TU Berlin wissentlich diese Politik und handelt gegen den Beschluss des Akademischen Senats der TU Berlin von 1991, in dem es heisst: *„Der Akademische Senat (AS) begrüßt die Diskussion innerhalb der Universität, die darauf abzielt, rüstungsrelevante Forschung auch nach Wegfall der alliierten Bestimmungen an der TU Berlin zu verhindern. Die Mitglieder des AS sind sich darüber einig, dass an der TU Berlin keine Rüstungsforschung durchgeführt werden soll. (...)"* [13]

BDS Berlin, kontakt@bdsberlin.org

Verweise:

[1] http://www.zivilklausel.de/index.php/bestehende-zivilklauseln
[2] http://www.i24news.tv/en/news/israel/society/130901-bloomberg-names-technion-one-of-top-high-tech-hubs; http://www.youtube.com/watch?v=uTHdoO3o0yQ;
[3] http://ug.technion.ac.il/News/miluim/21-1-09.pdf (hebräisch)
[4] http://www.salon.com/2012/05/15/israels_drone_dominance/singleton/ http://www.sipri.org/databases/armstransfers
[5] http://tasp.technion.ac.il/index.php/en/
[6] http://www.ats.org/site/News2?page=NewsArticle&id=6455&security=1&news_iv_ctrl=1522
[7] http://www.theguardian.com/science/blog/2012/sep/12/boycott-israeli-academics-justified
[8] http://icahd.org/node/518
[9]http://blog.thecornellreview.com/2012/02/21/technions-ties-to-arms-innovation-and-beyond/ http://nyact.net/links/about-the-technion/ , siehe auch http://www.globes.co.il/en/article-1000811154
[10]http://www.icj-cij.org/docket/index.php?p1=3&p2=4&case=131&code=mwp&p3=5 http://ir.elbitsystems.com/phoenix.zhtml?c=61849&p=irol-newsArticle_print&ID=1376090&highlight
[12] http://www.mynet.co.il/articles/0,7340,L-3726384,00.html (Hebräisch)
[13] http://www.zivilklausel.de/index.php/bestehende-zivilklauseln

Weitere Informationen: www.bds-kampagne.de

Phyllis Bennis: Sharon ist tot – der Sharonismus lebt weiter
Artikel in Tlaxcala veröffentlicht:
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=11100

Klaus Meschkat
Der Fall Kissinger an der Bonner Universität

Nach Ansicht seiner Kritiker müsste sich **Henry Kissinger** eigentlich vor einem internationalen Tribunal verantworten – für seine Beteiligung bei der Anzettelung, Verlängerung und Ausweitung verbrecherischer Kriege, für seine Komplizenschaft bei der Entstabilisierung einer demokratischen Regierung und für seine Unterstützung mörderischer Militärdiktaturen.

Doch eine deutsche Universität – bezeichnenderweise jene der ehemaligen Bundeshauptstadt – sieht dies offenbar völlig anders: Sie hat sich bereit gefunden, durch die Namensgebung einer hauptsächlich aus Mitteln des Verteidigungsministeriums eingerichteten Professur den einstigen US-Außenminister zu ehren. In einer Pressemitteilung der Universität Bonn vom Mai 2013 heißt es: *„An der Universität Bonn soll eine „Henry-Kissinger-Professur“ eingerichtet werden. Dies haben Verteidigungsminister de Maizière und Außenminister Westerwelle zu Ehren des früheren US-Außenministers und Nobelpreisträgers Henry Kissinger beschlossen. Rektor Prof. Dr. Jürgen Fohrmann und Kanzler Dr. Reinhardt Lutz begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung. Die „Henry-Kissinger-Professur“ für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung unter besonderer Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ist auf 5 Jahre angelegt und soll von Verteidigungsministerium und Auswärtigem Amt gemeinsam finanziert werden.“*

Die schweren Vorwürfe gegen Henry Kissinger werden seit Jahren von Zeithistorikern und Politikwissenschaftlern erhoben, die sich gründlich mit den US-amerikanischen Aktivitäten in Asien und Lateinamerika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigt haben. Den Bonner Honoratioren ist das offensichtlich gleichgültig. Doch Hochschulautoritäten, die solche auf quellengestützten Forschungen basierenden Erkenntnisse schlicht ignorieren oder selbstherrlich beiseite schieben, stellen damit universitär betriebene Wissenschaft in Frage – und damit im Grunde ihre eigene Existenzberechtigung.

Wenn zudem bundesdeutsche Minister bei der Bewertung von Henry Kissinger andere Maßstäbe anlegen, die entweder unentschuldbarer Ignoranz oder politischem Opportunismus entsprechen, sollten sie wenigstens davon absehen, auch noch als Förderer völkerrechtsverpflichteter Forschung und Lehre aufzutreten.

In der Abwehr solcher Kritik sucht ein Sprecher der Universität zu Argumenten Zuflucht, deren Implikationen besonders bemerkenswert sind. Kissinger als Person möge ambivalent zu bewerten sein – *„ausschlaggebend für die Professur ist jedoch vor allem sein positives Wirken für Deutschland und insbesondere die deutsch-amerikanischen Beziehungen“.*
Einmal ungeprüft unterstellt, Kissinger habe *„für Deutschland“* positiv gewirkt – kann dies die Unzahl getöteter und verstümmelter *„Nichtdeutscher“* aufwiegen, die der von Kissinger zu verantwortenden Politik in **Asien** und **Südamerika** zum Opfer gefallen sind? Und sogar bei einer eigentlich unvertretbaren Hinnahme der menschenverachtenden Blickverengung auf „Deutschland“: War denn Elisabeth Käsemann, Tochter eines Tübinger Theologen, keine Deutsche, als sie von den Schergen der argentinischen Militärjunta 1977 bestialisch gefoltert und ohne Gerichtsverfahren hingerichtet wurde? Dies und die Ermordung des Deutschen Klaus Zieschank geschah, nachdem US-Außenminister Kissinger in einem Gespräch mit seinem Junta-Kollegen Guzetti sein Verständnis für die repressiven Maßnahmen des Militärregimes bekundet und seinen gegen dessen Exzesse protestierenden Botschafter desavouiert hatte – all dies ist belegt durch Dokumente, die seit einem Jahrzehnt öffentlich zugänglich sind.

Die Herren, die die Ehrung von Henry Kissinger durch die Universität Bonn zu verantworten haben, könnten und müssten all dies wissen – genau wie das zuständige Ministerium in Nordrhein-Westfalen, auf dessen uneingeschränkte Zustimmung sich der Referent des Rektors beruft.

Die Tatsache, dass Henry Kissinger 1938 mit seiner jüdischen Familie aus Nazideutschland fliehen musste, lässt seine spätere Komplizenschaft mit rechtsextremen Gewaltregimes erstaunlich erscheinen, ist aber kaum geeignet, ihn zu entschuldigen. Kissingers Biographie wie auch seine möglichen Verdienste um Maßnahmen entspannungsfördernder Außenpolitik (etwa im Verhältnis USA-China) könnten bei einem möglichen internationalen Prozess gegen ihn vielleicht als mildernde Umstände gewürdigt werden, seine Verstrickung in Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen wird dadurch nicht aufgehoben.

Zu schlechter Letzt: Die Universität Bonn möchte einen Mann ehren, der durch seine nachweisbare Beteiligung an der Vorbereitung des Sturzes von Salvador Allende auch mitschuldig wurde an der Zerstörung des akademischen Lebens in **Chile** während der Pinochet-Diktatur – wie an Verfolgung, Tod und Exil vieler chilenischer Wissenschaftler. Kissingers Ehrung just zum 40. Jahrestag des Pinochet-Putsches ist eine Verhöhnung seiner Opfer und ein Schlag ins Gesicht derer, die den Putsch überlebt haben.

Doch ein Skandal ist nicht nur das Verhalten der Universität Bonn, sondern auch die weitgehende Gleichgültigkeit der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Einer Öffentlichkeit, die trotz der begrüßenswerten Aktivitäten eines vorwiegend studentischen Bonner Protestbündnisses den „Fall Kissinger“ bisher kaum zur Kenntnis genommen hat.

SiG-Redaktion:

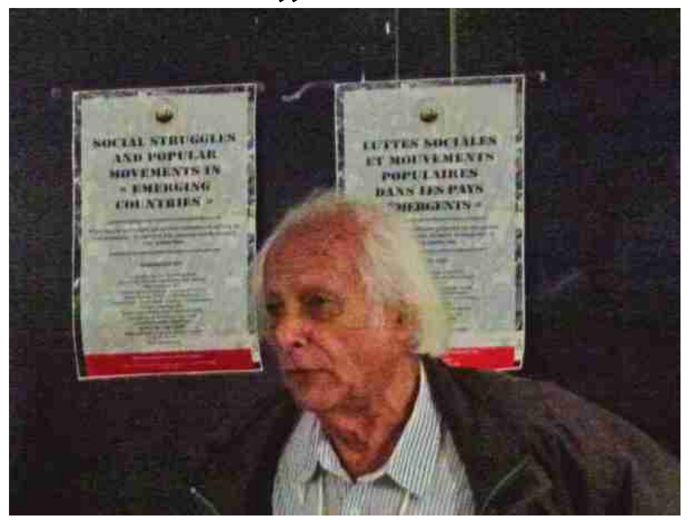
aus der Akte „Kriegsverbrecher Kissinger“

http://sicherheitskonferenz.de/de/Kriegsverbrecher-Kissinger
http://www.sopos.org/aufsaetze/3d8b6867e8751/1.phtml
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Osttimor/okkupation.html
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Vietnam/hynes.html

Samir Amin

Für eine ausgehandelte, polyzentrische Globalisierung

Der Aufbau eines „souveränen Projekts“



Samir Amin auf dem Weltsozialforum in Tunis im März 2013

Das in **Algier** vom 25. bis 30. September 2013 organisierte Kolloquium schuf Raum für reichhaltige Debatten, die sich um eine zentrale Achse drehten: **Die Frage des „souveränen Projekts“**, verstanden als die Notwendigkeit für die Völker und Staaten der Welt, ihre politischen Entscheidungen in einer Weise zu reorganisieren, die es ihnen gestattet, **sich von der durch die Monopole in den historischen imperialistischen Zentren einseitig aufgezwungenen Globalisierung zu distanzieren**. Das soll es ihnen erlauben, sich in den Rang aktiv Handelnder bei der Gestaltung der Welt zu erheben und **neue Formen von Entwicklung** zu initiieren, die gerecht und nachhaltig sind.
Das Kolloquium gestattete es, einen Überblick über die zahlreichen Facetten dieser Herausforderung zu geben, die der Aufbau eines „souveränen Projekts“ darstellt:
- die Festlegung der wirtschaftspolitischen Mittel, die dem Prozess der Enteignung und Verarmung - der Logik des Kapitalismus entsprechend - ein Ende setzen und als Kontrapunkt eine für die Volksmassen günstige Teilhabe am Nutzen der Entwicklung garantieren;
- zudem die Festlegung der Mittel zur Ausübung der politischen Macht, die den Weg für die tatsächliche und fortschrittliche Demokratisierung der Gesellschaften öffnet;
- schließlich die Bestimmung der Mittel, die die Wahrung der Souveränität der Völker und Staaten garantieren und den Weg zu einer polyzentrischen Globalisierung öffnen, die ausgehandelt wird anstatt von den Mächtigsten für ihren alleinigen Profit einseitig aufgezwungen zu werden.

Die Debatten erlaubten die Feststellung, dass die „souveränen Projekte“ der so genannten „aufstrebenden“ Länder des Südens - bei aller Verschiedenheit ihrer Zielsetzungen, ihrer Umsetzungsmethoden und ihrer Resultate - allesamt nicht den Anforderungen einer sozialen Entwicklung entsprechen, die über die grundlegende Logik des Kapitalismus hinausweist. Besteht diese Logik doch darin, dass zerstörerische Formen der Entwicklung der Produktivkräfte auf Mensch und Natur einwirken.

Neue Etappe der Expansion des Kapitalismus?

Ein rascher Blick auf die unmittelbare Realität lässt den Gedanken aufkommen, dass wir in eine neue Etappe der kapitalistischen Expansion auf Weltebene eintreten: Wir beobachten besonders in den Schwellenländern gestiegene Wachstumsraten, im Kontrast zu sehr geringen Waschstumsraten in den historischen Zentren (Vereinigte Staaten, Europa und Japan). Diese Expansion des Kapitalismus konkretisiert sich durch eine allmähliche **Verlagerung seines Schwerpunktes** vom alten Europa und den Vereinigten Staaten hin nach Asien und Südamerika. Die Historiker werden finden, dass es sich dabei um die Rückkehr zur Normalität handelt: Im Jahre 1800, am Vorabend der industriellen Revolution, hatten China und Indien einen Anteil am Bruttosozialprodukt der Weltproduktion, der annähernd ihrer Bevölkerung entsprach. Die vorderen Plätze, die diese Länder auf der internationalen Bühne einnahmen, wurden ihnen erst in einer sehr jungen Epoche, im Laufe des 19. Jahrhunderts, genommen. Die Kluft zwischen Nord und Süd ist jung, aber sie ist ungemein groß geworden.

Die These von der Expansion des Kapitalismus ist in einem grundlegenden Punkt richtig: Tatsächlich bewirken die von allen eingeschlagenen Mittel und Wege bis jetzt allenfalls eine Reproduktion der Methoden des Produktionssystems des historischen Kapitalismus, der es auf Gedeih und Verderb den entwickelten Ländern erlaubt hat, das zu sein, was sie heute sind. Bewirkt wird eine vollständige Reproduktion des Systems, egal in welchem politischen Rahmen auch immer, sei er nun demokratisch oder nicht, und egal in welchem sozialen Rahmen, sei es, dass auch die abscheulichsten Auswirkungen der Verarmung akzeptiert werden oder dass sie durch eine soziale Politik gemildert werden. Es handelt sich also um eine Expansion, die die Produktivkräfte entwickelt und zugleich die Zerstörung der Natur bewirkt. Die Bürger werden auf den Status von Fernsehzuschauern und Verbrauchern reduziert und so jeden authentischen Ausdrucks individueller Freiheit beraubt.

Allerdings wird dieses **zerstörerische Entwicklungsmodell** nirgends in Frage gestellt, weder im Zentrum, noch in der Peripherie. Und im 20.Jahrhundert war es in den Peripherien nicht anders, die sich im in verschiedenem Maße vom Joch des Imperialismus und sogar des Kapitalismus befreit haben, auch nicht in den historischen sozialistischen Systemen der Sowjetunion, Chinas und anderer Länder.

Nichtsdestoweniger gibt es im Rahmen dieser strengen allgemeinen Beurteilung **Varianten**, deren Tragweite wir nicht ignorieren können. Wir können nicht sagen, dass die erzielten Ergebnisse **Chinas** oder **Ecuadors** sich nicht von denen Kolumbiens oder Pakistans unterscheiden! Es gibt also

Varianten … je nachdem, ob diese Versuche und Fortschritte von dem Willen inspiriert sind, **ein souveränes Projekt aufzubauen,** oder ob sie - im Gegensatz dazu - auf eine Unterwerfung unter die herrschenden globalen Anforderungen hinauslaufen, die eine Anpassung an das Modell des **kapitalistischen Zulieferbetriebs** aufzwingen (was ich als **„Lumpen-Entwicklung“** bezeichnet habe).

Zwischen dem idealen souveränen Projekt, das nicht existiert, und dem eindeutigen Zulieferbetrieb, den wir jetzt in der Mehrzahl der Länder des afrikanischen Kontinents und in der arabischen Welt vorfinden, gibt es innerhalb des imperialistischen Rahmens häufig eine Kombination von Elementen souveräner Projekte mit Strategien einer Politik der Anpassung an das Zuliefersystem. **Wir können diese geringen Unterschiede nicht außer Acht lassen**. Die Herausforderung für diejenigen Völker, die Opfer der wildwüchsigen „Lumpenentwicklung“ sind, und für die anderen Völker, die von der Entwicklung ihrer Gesellschaft profitieren, ist nicht dieselbe. Es handelt sich dabei um bedeutende Unterschiede, die mehr Legitimität und Stabilität garantieren, in anderen aber viel weniger oder gar nicht.

Das zur Rechtfertigung der vorherrschenden Entscheidungen im Fall zusammenhängender souveräner Projekte vorgetragene Argument besteht darin, dass es keine anderen Mittel zur Entwicklung der Produktivkräfte gibt. Man könne nur aufholen, indem man nachahmt. Das ist bis zu einem gewissen Punkt der einfache und vielleicht historisch notwendige Weg. Dieses Argument ist richtig und falsch zugleich: Um aufzuholen, müssen wir bis zu einem gewissen Punkt nachahmen, selbst wenn wir wissen - was übrigens nicht immer der Fall ist - dass diese Option negative Aspekte beinhaltet.

In der russischen und danach in der chinesischen Revolution gab es viel mehr als bei uns mit dem Nasserismus oder dem Algerien Boumediennes zumindest einen Ansatz von Klarheit, der die revolutionären Parteien auf den Gedanken brachte, dass man **aufholen und zugleich etwas anderes machen** müsse, das heißt **sozialistische Produktionsverhältnisse** aufzubauen. Allmählich aber drängte sich das ausschließliche Ziel des Nachholens auf, und **„etwas anderes machen“ wurde langsam vergessen**. Das ist schlimm, und ich glaube, wenn die Begriffe „Sozialismus“ und „Kommunismus“ in den Augen der Volksklassen in der ganzen Welt die Anziehungskraft verloren haben, die sie noch vor 50 Jahren hatten, liegt das genau daran, dass die Umstände dazu zwangen, der nachholenden Entwicklung die oberste Priorität zu geben.

Was ist nun unser Projekt?

Das Projekt, zu dem wir beitragen möchten, ist das einer **schöpferischen Utopie**. Es ist gut, genau zu wissen, was man will, selbst wenn die historischen Erfahrungen beweisen, dass die Zukunft nie genau das ist, was man sich im Vorhinein vorgestellt hat. Die aufeinander folgenden Generationen werden Neues hervorbringen, das früher nicht erkennbar war. Wenn wir wollen, können wir dieser Zukunft, dieser Perspektive einen Namen geben: value-based development („**Wertbasierte Entwicklung**“), oder auch eine Entwicklung, die sich auf eine Anzahl moralischer, ethischer, sozialer Werte gründet, die Demokratie, Freiheit und Gleichheit, Solidarität etc. integrieren. Ich nenne das „**Kommunismus**“, so wie Marx ihn sich vorgestellt hatte.

Das kann vieles bedeuten, unter anderem, dass der **„Sozialismus ökologisch sein wird oder er wird nicht sein“**, wie Elmar Altvater geschrieben hat. Wir müssen also in die Kritik der Organisationsweisen der Produktion und der Konsumptionsziele dieser Produktion sämtliche Erfordernisse zur Beachtung der Ökologie integrieren.

Auf die gleiche Weise wird **der Sozialismus demokratisch sein oder er wird nicht sein**. Er muss über die historischen Erfahrungen mit dem Staatssozialismus hinausgehen. Der **Staatssozialismus** oder Nationalpopulismus des Staates hat in den Augen der Volksklassen allmählich einen guten Teil seiner Legitimität verloren. Er hatte sie nicht verloren, solange er fähig war, Ergebnisse zur Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Völker zu liefern. Aber als er seine historischen Grenzen erreichte, ging ihm der Atem aus und er verlor sie am Ende. Das trifft auf das nasseristische Ägypten, das Algerien Boumediennes, das Mali Modibos, das Tanzania Nyereres, das Ghana Nkrumahs zu. Aber ebenso auf den sowjetischen Staatssozialismus oder auf die maoistische Periode in China.

Der Staatssozialismus wurde dann **zugunsten der Einrichtung eines privaten Kapitalismus brutal gestürzt**: Das war das strategische Ziel der Schocktherapien und der Strukturanpassung. Die von Jelzin und Gorbatschow ins Werk gesetzte Schocktherapie in Russland ist von vielen Intellektuellen als bemerkenswerte Dummheit angeprangert worden. In Wirklichkeit handelte es sich um eine intelligente Strategie, um dem privaten Kapitalismus den Weg frei zu machen.

In anderen Ländern, in Asien, Afrika und der arabischen Welt haben sich die gleichen herrschenden Klassen, die bei aller Beschränkung die Erbauer reeller souveräner Projekte waren, um des Machterhalts willen dem Privatkapitalismus zugewandt. In anderen Fällen hat sich der Staatssozialismus in einen **Staatskapitalismus** verwandelt. Ich nehme hier auf Länder Bezug, die die vollständige Unterwerfung unter die Rezepte des Neoliberalismus, die Privatisierung etc. verweigert haben: China, Vietnam, Kuba. In allen Fällen sind wir mit der gleichen Herausforderung konfrontiert: Die Vision und die Praxis der Entwicklung der Produktivkräfte im Staatssozialismus/ Staatskapitalismus unterscheiden sich nicht grundlegend von denen des Privatkapitalismus.

Allerdings ist die Herausforderung in politischer und sozialer Hinsicht unterschiedlich. Denn das strategische Ziel des Imperialismus besteht darin, jedes Streben der Initiativen der Völker und Staaten nach Autonomie zu zerstören.

Was sollen wir heute und im Augenblick tun?

Nehmen wir sogar einmal an, wir würden uns alle auf dieses weit entfernte Ziel einer wertbasierten Entwicklung in einem souveränen Projektes einigen. Was ist im Augenblick notwendig, um diesen Weg einzuschlagen?

Die herrschenden Klassen der westlichen Länder haben verstanden, dass sie ihre Herrschaft, die der Ursprung für die immensen Profite und Monopolrenten des Kapitals ist, nicht anders aufrecht erhalten konnten als durch die **militärische Kontrolle des Planeten.**

Für unsere **Region, den großen mittleren Osten**, beinhaltet dieses Ziel die Zerstörung unserer Gesellschaften und die **Vernichtung der Fähigkeit der Staaten, sich der Unterwerfung unter den „Neoliberalismus“ zu verweigern.** Der **reaktionäre politische Islam** der Muslimbrüder und der Salafisten ist ein bevorzugter Bündnispartner für die Protagonisten des neuen imperialistischen Projekts. Geistig engstirnig und opportunistisch in seinem Verhalten, ist der reaktionäre politische Islam der Garant der Zerstörung unserer Gesellschaften. Wenn die FIS die Macht ergriffen hätte, gäbe es kein **Algerien** mehr. Wenn die Macht der Muslimbrüder zehn Jahre gedauert hätte, gäbe es kein **Ägypten** mehr. Die Zerstörung des **Irak** und **Libyens** gehört auch in diese Reihe. Diese Gefahr betrifft nicht bloß die arabische Welt. **Mali** ist auf die gleiche Weise bedroht, so wie es mit **Somalia** und **Zentralafrika** war. **Jedes weitere Vorankommen erfordert, dass das Projekt der militärischen Kontrolle Washingtons und seiner Verbündeten zum Scheitern gebracht wird.**

Eine andere Entwicklung startet mit der Einrichtung des bestmöglichen (oder des am wenigsten schlechten) souveränen Projekts in einer ersten Etappe, indem die **Begrenztheit** jedes möglichen revolutionären Fortkommens **akzeptiert** wird. Meine ganze Sympathie gilt allen revolutionären, in **Lateinamerika** verwirklichten Fortschritten, obwohl ich die Gefahr von Rückschritten kenne, die dramatisch sein können. Wir müssen vorsichtig vorangehen, einen Schritt nach vorn nicht schon gleich unter dem Vorwand verurteilen, dass er den „Kommunismus des Jahres 3000" nicht verwirklicht hat. Wir dürfen uns nicht erlauben, seine Urheber als Verräter abzuqualifizieren – und folglich dadurch dem Imperialismus in die Hände zu arbeiten.

Es handelt sich demnach darum, ein **reales souveränes Projekt** auszudenken, das sich in das historische Erbe einordnet. Bevor wir etwas rechtfertigen oder verurteilen, müssen wir versuchen, es zu verstehen. Und es ist nicht möglich, China oder irgendein anderes Land zu begreifen, wenn wir seine Geschichte und die Herausforderungen, mit denen es in den verschiedenen Etappen seiner Geschichte konfrontiert war, außer Acht lassen.

Zu Beginn eines souveränen Projekts müssen **bestimmte Entscheidungen** getroffen und **präzise wirtschaftliche Programme** formuliert werden. Das ist allerdings kein Schlüssel, der alle Türen öffnet, keine „Blaupause" wie die Verschreibungen der Weltbank, die den „Liberalismus" als universales Heilmittel vorschlägt, das in Wirklichkeit eine Medikation ist, die die ganze Welt krank macht!

Aussteigen aus dem Neoliberalismus mittels einer Wirtschaftspolitik, die mehr soziale Gerechtigkeit erlaubt, tatsächlich die Arbeitsbedingungen verbessert und mehr Bildung sowie Gesundheit anbietet: Das kann nicht mit dem neoliberalen Rezept getan werden, nirgensdwo, auch nicht in den sehr reichen Ländern, trotz der verfügbaren sozialen Abfederungen. Wie kann dies dann in irgendeinem Land des Südens der Fall sein?

Ein souveränes Projekt, das diesen Namen verdient, schafft und stärkt sich eine breite Basis in der Bevölkerung, deren Unterstützung eine Bedingung seines Erfolgs ist.

Ein Regime, das keine feste Grundlage in der Bevölkerung hat, bleibt verwundbar. Im gegebenen Fall auch gegenüber militärischen Angriffen. Das war die Lage, in der sich der Irak nach Jahrzehnten der Diktatur Saddam Husseins befand. Und wir können diese Legitimität nicht ausschließlich durch die Magie einer nationalistischen (bzw. halbreligiösen - wie der Widerstand der Muslime gegen die westliche und christliche imperialistische Aggression) Rhetorik erwerben. Wir können dies nur **auf der Basis eines authentischen Entwicklungsprojekts** tun: **Demokratisierung ist untrennbar von sozialem Fortschritt.**

Bandung hatte das Signal zur Wiedergewinnung unserer Unabhängigkeit gegeben. **Erneut steht die Eroberung unserer Unabhängigkeit unter den heutigen Bedingungen auf der Tagesordnung.**

Das souveräne Projekt, das mit dem neoliberalen Denken und den Diktaten der finanziellen Globalisierung bricht, ermöglicht den Impuls für soziale Verbesserungen und den Aufbau einer verhandelten polyzentrischen Welt, die die **nationale Souveränität** respektiert. So können die günstigsten Bedingungen geschaffen werden, **um eine neue Zivilisation zu erfinden, die die Natur und den Menschen respektiert.**

Originaltext:
http://www.forumdesalternatives.org/fr/le-sud-quelles-alternatives
Englisch:
http://pambazuka.org/en/category/features/89729
Übersetzung aus dem Französischen:
Hans-Jürgen Kleine, Köln ;Lektorat SiG

CELAC = Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten



Celac-Gipfel beschließt "Zone des Friedens" und einen Aktionsplan. Bekämpfung von Armut, Hunger und Ungleichheit im Mittelpunkt
http://amerika21.de/2014/01/96882/celac-gipfel-beendet

Text der Aktionsplans (auf Französisch)
http://www.pambazuka.org/fr/category/features/90518

SiG-Bibliothek Nr 7 (Erschein Ende Februar):
Samir Amin: Der Süden trotzt der Globalisierung
(Mit einer Analyse der Entwicklung von China, Indien,Brasilien und Südafrika)

Hamburg - Für sein Buch **"Aus den Ruinen des Empires. Die Revolte gegen den Westen und der Wiederaufstieg Asiens"** erhält der indische Historiker **Pankaj Mishra** den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung 2014.
In der Begründung heißt es, Mishra erzähle faktenreich und farbig die Geschichte von Asiens Auflehnung gegen den westlichen Imperialismus und stelle zudem die Vorgeschichte des Aufstiegs von China und Indien zu Großmächten dar, und den Erfolg des politischen Islam:
"Es ist der nicht-europäische Blick auf den Westen, der Pankaj Mishras aufklärendes Werk für die Selbstverständigung Europas über die eigene Rolle in der heutigen Welt unentbehrlich macht."
(http://www.spiegel.de/kultur/literatur/buchpreis-zur-europaeischen-verstaendigung-2014-a-943696.html).



In Sand im Getriebe Nr 107 hatten wir das Vorwort (Auszüge) veröffentlicht,
http://sandimgetriebe.attac.at/10751.html

International Trade Union Confederation (ITUC), Attac Frankreich, Attac Quebec, Attac Spanien, Greenpeace, Weed, TNI, Powershift u. v. m.

Stoppt CETA, Lasst nicht die Konzerne die Regeln bestimmen

Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada: Mehr als 100 Organisationen opponieren gegen das gefährliche Kapitel über die „Rechte" von Investoren.

*Als europäische und kanadische Handelsdelegationen sich erneut in Brüssel trafen, um die Verhandlungen über ein Investitionsschutzkapitel im umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen **(CETA)** fortzusetzen, verlangten Gruppen der Zivilgesellschaft beiderseits des Atlantiks, dass dieses Kapitel komplett gestrichen wird, weil es einen Anschlag auf die Demokratie, einen Angriff gegen die unabhängige Justiz und eine Bedrohung für das Klima und unsere gemeinsame Umwelt darstellt.(...) Eine Transatlantische Erklärung wurde von Organisationen in der EU, Kanada und Quebec, einschließlich Corporate Europe Observatory, unterschrieben.*

*Die Erklärung zeigt den wachsenden Widerstand in Europa gegen den Plan der Europäischen Kommission, in den Abkommen mit Kanada (CETA), den Vereinigten Staaten (TTIP) und Singapur ein Kapitel über die „Rechte" von Investoren unterzubringen, auf. Sie spiegelt die globalen Erfahrungen mit der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten wider. Das gilt auch für Kanada, wo jüngst Investoren im Rahmen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens (**NAFTA**) gegen ein Moratorium für Schiefergasförderung und zwei Gerichtsentscheidungen über die Nutzung pharmazeutischer Patente geklagt haben. In EU-Mitgliedsstaaten kennt man die mit Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten verknüpften Fallstricke, zum Beispiel aus der Klage des schwedischen Konzerns **Vattenfall** gegen Deutschands Entscheidung für den Atomausstieg.*

Weitere Organisationen in Europa, Kanada, Quebec und den USA werden zur Unterstützung der Erklärung aufgefordert.

Die Erklärung gegen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten ist umso wichtiger angesichts des Vorhabens der EU-Kommission, schnell eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den Vereinigten Staaten abzuschließen.

Schluss mit den Geschenken für Konzerne! Eine transatlantische Mahnung zur Vernunft in den Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Kanada

25. November 2013

Am **18. Oktober 2013** gaben der Präsident der Europäischen Kommission **José Manuel Barroso** und der **kanadische Premierminister Steven Harper** den Abschluss der Verhandlungen über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada bekannt. Dieses Freihandelsabkommen „der neuen Generation" wird ein umstrittenes und unnötiges **Investitionsschutzkapitel** und Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten (ISDS) beinhalten, das eine wachsende Anzahl von Ländern aus guten Gründen ablehnt. Die massiven Schutzmaßnahmen für Konzerne, die in tausenden von Investitionsverträgen und Freihandelsabkommen vorgesehen sind, dienen keinem sozialen oder wirtschaftlichen Zweck, sondern der Unterminierung unserer demokratischen Rechte, über die Politik und öffentliche Angelegenheiten zu entscheiden. Trotz der Einigung zwischen Harper und Barroso vom 18. Oktober 2013 werden die Verhandlungen über Investitionsschutz und ISDS fortgesetzt. Wir appellieren an die Regierungsstellen Europas und Kanadas auf allen Ebenen (z. B. Mitgliedsstaaten, Provinzen, Kommunen, Landesparlamente, Europaparlament), gegen die Aufnahme dieser extremen „Rechte" von Investoren in das Abkommen aus den nachfolgend aufgeführen Gründen zu protestieren.

1. Der gegenwärtige gesellschaftliche Zustand wird zementiert

Mit CETA werden existierende für Investitionen geltende Regeln auf Dauer eingefroren und in der Folge **staatliche Regulierungen** in den Bereichen Dienstleistungen, Investitionen, natürliche Ressourcen, Umweltschutz und öffentliche Sicherheit im Sinne der Konzerne **eng begrenzt**. All diese Bereiche sowie die dazugehörige aktuelle Politik sind betroffen, sofern sie nicht im Voraus vom Abkommen ausgeschlossen wurden, das erschwert es den Ländern, in Zukunft neue Dienstleistungen oder Regulierungen einzuführen, die, wie geringfügig auch immer, die Investitionsmöglichkeiten ausländischer Konzerne und Investoren beeinträchtigen.

2. „Rechte" von Investoren sind nicht im Zaum zu halten

Es liegt kein Trost in der Behauptung der Kommission oder der kanadischen Regierung, dass „unseriöse" Forderungen oder Einschränkungen des Umweltschutzes ausgeschlossen sind. Trotz der Bemühungen, im nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zu begrenzen, welche Regierungsentscheidungen die Mindeststandards für die Behandlung von Anlegern oder andere Investitionsschutzbestimmungen verletzen könnten, ist Kanada weiterhin mit Klagen gegen Umweltmaßnahmen, die in- und ausländische Investoren berühren, konfrontiert (siehe z. B. ein Teilmoratorium für die Schiefergasgewinnung in Quebec). Darüber hinaus sind wir nicht überzeugt von den Bemühungen zur Begrenzung der Bedeutung von „indirekter Enteignung", mit der legitime öffentliche Wohlfahrtsanliegen vor den Forderungen von Investoren geschützt sein sollen. **Die endgültige Entscheidung wird immer von privaten Investitionsgerichten getroffen,** und diesen nicht rechenschaftspflichtigen Gerichten haftet eine Vorliebe für die Interessen multinationaler Konzerne an.

3. Die bloße Existenz des ISDS legt der Umweltpolitik Zügel an

CETA wird einen Überwachungsmechanismus für die Finanzpolitik beinhalten, weil beide Seiten wissen, dass Anlegerklagen die Regierungen vor der Einführung neuer Finanzregulierungen zurückschrecken lassen. Aber es gibt **keinen Überwachungsmechanismus für Vorkehrungen in den Bereichen Umwelt, öffentliche Gesundheitsvorsorge oder Ressourcenschonung**. Zum Beispiel könnte eine beliebige Regulierung zur Begrenzung der Nutzung von Teersanden oder Schiefergas von europäischen oder kanadischen Konzernen angefochten werden, die begierig darauf sind, diese „schmutzigen" Brennstoffe zu nutzen. Ist das so, weil Kanada und die EU eine wirksame Klimapolitik abwürgen

wollen? Es gibt keine andere Interpretation. Nicht alle Rechtsfälle, die Umweltschutzmaßnamen betreffen, werden von Investoren gewonnen, aber auf Investitionsstreitigkeiten spezialisierte Anwälte feixen angesichts des Nutzens solcher Abkommen für die Androhung von Investorklagen gegen Staaten mit dem Ziel, Regierungen von der Einführung neuer Umweltschutzmaßnahmen abzuhalten.

4. Jede Klage eines Investors gegen Regierungsentscheidungen kann von kanadischen und europäischen Gerichten behandelt werden

Es gibt keinen Grund, einen zusätzlichen Schutz für ausländische Investoren zu schaffen, ob oberhalb oder außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der nationalen Gerichte. Das wurde auch in einer Entschließung des Europäischen Parlaments im Jahr 2011 festgestellt, in der für CETA lediglich ein Schlichtungsverfahren für Streitigkeiten zwischen Staaten befürwortet wurde. Europäische und kanadische Gerichte sind verpflichtet, Unternehmensinteressen gegen das öffentliche Interesse abzuwägen. Diese Abwägung ist in Investitionsabkommen oder im ISDS-Verfahren nicht vorgesehen.

5. Es gibt keine schlüssigen Beweise, dass „Rechte" von Anlegern neue Investitionen bewirken

Die von der kanadischen Regierung veranlasste Überprüfung neuerer Investitionsabkommen auf ihre Umweltverträglichkeit ergab, dass es nicht möglich ist, zwischen Investitionsentscheidungen und der Existenz von ISDS einen Zusammenhang herzustellen. Wegen dieser Unsicherheit und der Anzeichen dafür, dass Investitionsabkommen unnötige Risiken für die Umweltpolitik und andere Politikbereiche schaffen, wurde der Europäischen Kommission nach einer Nachhaltigkeitsprüfung in Bezug auf CETA aufgefordert, ISDS nicht in die Vereinbarung aufzunehmen.

6. CETA ist ein Sprungbrett für das bedeutendere Abkommen zwischen der EU und den USA (TTIP)

Was auch immer mit CETA, einschließlich des Investitionsschutzes, auf die EU zukommt, wird eine neue Basis schaffen, auf der multinationale Unternehmen noch mehr Schutzvorkehrungen in das TTIP einbauen werden. Es ist dringend notwendig, die Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten in beiden Vertragswerken zu tilgen. US-Firmen sind die eifrigsten Nutzer von Investitionsabkommen, und die US-Regierung arbeitet bereits gezielt gegen strengere europäische Gefahrstoffverordnungen und die im Entstehen begriffene Kraftstoffqualitätsverordung als zu beseitigende Investitionshemmnisse.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die CETA-Bestimmungen über Investitionen nicht annähernd die Rechte souveräner Staaten, eine im Interesse der Allgemeinheit liegende Politik zu verfolgen, und die Verpflichtung, ausländische Investoren angemessen zu behandeln, ausgleichen können, ja dieses Ziel in weite Ferne rücken.

Wenn das Abkommen mit unverändertem ISDS-Kapitel unterzeichnet und ratifiziert wird, wird die **Demokratie** in Kanada und Europa **Schaden** nehmen, während Konzerne neue Instrumente dafür erhalten, jede politische Entscheidung anzufechten, die zum Schutz von Umwelt, öffentlicher Gesundheit, öffentlichen Dienstleistungen und Ressourcen getroffen wird und, ganz entscheidend, darauf abzielt, unsere Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltiger und gerechter zu machen.

Alle politischen Vertreter auf allen Ebenen der Regierung in der EU und Kanada müssen eine Unterbrechung der Verhandlungen über die Investitionsbestimmungen im CETA-Abkommen fordern und die Unterstützung des Abkommens verweigern, bis die maßlosen Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten herausgenommen werden.

Quelle:
http://corporateeurope.org/trade/2013/11/eu-canada-trade-agreement-more-100-organizations-oppose-dangerous-investor-rights

Unterzeichnet von:
Networks:
Europe: Friends of the Earth Europe
Seattle to Brussels Network
Canada: Alternatives North
Trade Justice Network
Organisations:

Europe
11.11.11 / Africa Contact
Africa Europe Faith and Justice Network (AEFJN) / Aitec-Ipam
Amigos de la Tierra (FoE Spain)
Amis de la Terre France / Aquattac
ATTAC Spain / Attac-France
Bits of Freedom / Both ENDS
Bürgerinitiative Fracking freies Hessen
Bürgerinitiative für ein lebenswertes Korbach / Center for Encounter and active Non-Violence / CNCD (Centre national de coopération au développement)
Colibri - Beiträge für eine menschenwürdigere Welt e.V.
Corporate Europe Observatory
Deuda en la Globalizacion (ODG -Debtwatch)/ Eco Ruralis
Ecologistas en Acción
Environment and Development
European Federation of Public Service Unions (EPSU)
European Public Health Alliance (EPHA)
Fairwatch/ FDCL
Fédération syndicale unitaire (FSU)
Food & Water Europe
Foundation for a Free Information Infrastructure (FFII)
Fracking Free Ireland/ Golias
Greenpeace
Hegoa (Instituto de Estudios sobre Desarrollo y Cooperación Internacional)
International Trade Union Confederation (ITUC)
Le collectif "Gaz de Schiste Non Merci" de Clapiers (34)
Magyar Természetvédők Szövetsége (FoE Hungary)
Milieudefensie (FoE NL)
NOAH (FoE Denmark)
Oxfam-Magasins / Power-Shift
SOMO
Stichting Schaliegasvrij Nederland / Shale Gas Free Netherlands
Trade Union Congress (TUC)
Transnational Institute
UK Tar Sands Network
Union syndicale Solidaires
Vrijschrift / WIB Wasser in Bürgerhand
World Economy, Ecology & Development –WEED

32 Organisationen aus Canada, u.a.
Canadian Health Coalition
Canadian Union of Postal Workers
Canadian Union of Public Employees (CUPE)
Greenpeace Canada
National Council of Women of Canada
National Farmers Union
Northern Territories Federation of Labour
Ontario Federation of Labour
PEI Federation of Labour
Sierra Club Nuclear Free Campaign

21 Organisationen aus Québec, u.a.
ATTAC-Québec
Coalition québécoise pour une gestion responsable de l'eau Eau Secours!
Alliance du personnel professionnel et technique de la santé et des services sociaux (APTS)
Association canadienne des avocats du mouvement syndical
Confédération des syndicats nationaux (CSN)
Fédération des femmes du Québec (FFQ)
Fédération des travailleurs et travailleuses du Québec (FTQ)
Fédération étudiante collégiale du Québec (FECQ)
Réseau québécois des groupes écologistes (RQGE)
Union des consommateurs du Québec

9 Organisationen aus den USA, u.a.:
Citizens for Alternatives to Chemical Contamination (CACC)
Coalition for a Nuclear Free Great Lakes
Don't Waste Michigan
Frack Free IL
Citizens Against a Radioactive Environment

Detaillierte Informationen über CETA:
http://www.kanadischesrecht.de/wirtschafts-und-handelsabkommen-ceta-zwischen-kanada-und-der-europaeischen-union.html
Kritische Stellungnahmen zu CETA: http://www.labournet.de/politik/eu-politik/wipo-eu/ceta-freihandelsabkommen-zwischen-der-eu-und-kanada/
S. auch SiG 107, http://sandimgetriebe.attac.at/10722.html

Sven Hilbig

Mögliche Folgen des TTIP auf Entwicklungs- und Schwellenländer

TTIP ist eine (vielleicht letzte) Kraftanstrengung der Europäer und US-Amerikaner, ihre dominante weltpolitische Rolle gegenüber einer immer stärker werdenden multipolaren Welt zu erhalten, in dem China und zahlreiche führenden Regionalmächte verstärkt globale Mitsprache einfordern.

Mit dem Welthandel und dessen Auswirkungen auf Umwelt und Entwicklung beschäftigen sich entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) seit Mitte der 1990er Jahre. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag auf der kritischen Begleitung der auf WTO-Ebene verhandelten so genannten **Doha-**Entwicklungsrunde sowie auf der bilateralen Handelspolitik der Europäischen Union.
Im Zentrum der Kritik an der europäischen Handels- und Investitionspolitik stand das taktische Verhältnis, welches die Brüsseler Verhandlungsführer zum Prinzip des Freihandels unterhielten. Je nachdem ob die EU-Mitgliedstaaten in dem betreffenden Wirtschaftssektor Wettbewerbsvorteile gegenüber Nicht-EU-Staaten genießen oder nicht, hält die EU das Freihandelspostulat hoch oder runter. Während sie ihre (eigenen) Agrarmärkte mittels protektionistischer Maßnahmen gegen günstigere Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern und Schwellenländern schützte, forderte sie seit der **WTO-Ministerkonferenz 1995** in Singapore von den Ländern des globalen Südens eine Liberalisierung und Deregulierung ihrer nationalen Märkte in den Bereichen Investitionen, Dienstleistungen, geistiges Eigentum und öffentlichem Beschaffungswesen, um den europäischen Unternehmen einen besseren Zugang zu deren Märkten zu ermöglichen. An diesem Widerspruch scheiterten schließlich auch die Verhandlungen um den Abschluss der Doha-Runde. Die Entwicklungsländer konnten das in der WTO geltende Prinzip „Ein Land – eine Stimme" zu ihren Gunsten nutzen, um die in der Minderheit befindlichen Industrienationen an der Durchsetzung ihrer partikularen Interessen zu hindern. (1)

Seitdem die beiden WTO-Mitbegründer, EU und USA, ihre Handelsliberalisierungen auf multilateraler Ebene nicht mehr erfolgreich voranbringen (können), habe sie ihr strategisches Vorgehen neu ausgerichtet. Zum einen setzen sie auf plurilaterale Abkommen, wie zum Beispiel das Trade in Services Agreement (TiSA, (2)). Zum anderen forcieren sie den Abschluss von bilateralen Abkommen, wobei die EU neuerdings zunehmend Handelsabkommen mit führenden Industrienationen – erfolgreich – verhandelt. Im Oktober dieses Jahres wurde ein Freihandelsabkommen mit Kanada abgeschlossen. (3)
Mit der Aufnahme der Verhandlungen zum TTIP im Juni 2013 wird ein weiteres, neues Kapitel in dem Bemühen aufgeschlagen, das Freihandelsdiktat im Interesse der europäischen und US-Amerikanischen Konzerne und Wirtschaftsverbände in den Entwicklungs- und Schwellenländer durchsetzen – dieses mal allerdings durch die Hintertür. Seitdem die Verhandlungsdelegationen aus Brüssel und Washington ihre Arbeit aufgenommen haben, stellt sich für Brot für die Welt und andere in der internationalen Zusammenarbeit tätige Akteure die Frage, ob und inwieweit TTIP entwicklungspolitisch relevant ist.
Denn:
1) TTIP zielt nicht (nur) darauf, Handelshemmnisse diesseits und jenseits des Atlantiks abzubauen, um so mehr Wachstum und Wohlstand in Europa und den USA zu schaffen. Die hinter den Verhandlungspartnern stehenden Konzerne und Wirtschaftsverbände wollen weit mehr. Die Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone dient ihnen auch dazu, und möglicherweise sogar vornehmlich, ein neues handelspolitisches globales Paradigma zu schaffen, indem sie in dem mit Abstand größten Wirtschaftsblock der Welt Normen und Standards schaffen, um die Wettbewerbsvorteile, welche die USA und die EU in vielen Wirtschaftsbereichen genießen, weiter auszubauen und abzusichern. Sollte es zu der mit Abstand weltweit größte Freihandelszone kommen, deren Anteil am Welthandel sich auf 44 Prozent beliefe und deren Anteil des Weltsozialprodukts 47 Prozent betrüge, dann wird es für anderen Staaten und Staatengruppen schwer bis fast unmöglich sein, an den dort geltenden Regelungen über Investitionen, Dienstleistungen, Recht am geistigen Eigentum vorbeizukommen.

2) Ferner ist die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone zwischen den beiden Mitgründungsmitgliedern der WTO mit dem Ziel, dem Rest der Welt dadurch langfristig seine Regeln aufzuerlegen, nicht nur vor dem Hintergrund der gescheiterten WTO-Verhandlungen zu sehen, sondern auch im Kontext des sich von Jahr zu Jahr sowohl ökonomisch als auch politisch manifestierenden Aufstiegs der führenden Schwellenländer, allen voran Chinas, - und der damit einhergehende Abstieg der alten Großmächte, die seit Beginn der Neuzeit die weltpolitischen Geschicke (fast alleine) gelenkt haben.
Mit anderen Worten: TTIP ist eine (vielleicht letzte) Kraftanstrengung der Europäer und US-Amerikaner, ihre dominante weltpolitische Rolle gegenüber einer immer stärker werdenden multipolaren Welt zu erhalten, in dem China und zahlreiche führenden Regionalmächte verstärkt globale Mitsprache einfordern.

Die im folgenden angesprochenen potentiellen Folgen des TTIP auf die Länder des globalen Südens sind nicht das Ergebnis eingehender Untersuchungen, sondern eine erste Skizze ohne Anspruch auf thematische Vollständigkeit. Sie beschränkt sich auf einige Punkte und schließt z. B. die Frage aus, ob Länder des globalen Südens durch den Abbau der Handelsschranken zwischen der EU und den USA Marktanteile verlieren könnten. Denn der bejahenden Antwort der Bertelsmann-Stiftung stehen nicht nur die Zweifel an der Aussagekraft der Studie entgegen (vgl. Kapitel 1.4.), sondern ebenso fundierte Aussagen anderer Handelsexperten.

Investitionen
Die Förderung europäischer Direktinvestitionen sowie die Stärkung des Schutzes von Investoren im Ausland, regelmäßig verbunden mit der Anerkennung eines sog. Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahrens, genießen seit Jahren einen sehr hohen Stellenwert auf der handelspolitischen Agenda der EU. Diese Forderungen haben bei einigen der Verhandlungspartner im globalen Süden nicht nur heftigen Widerspruch, sondern inzwischen auch Widerstand hervorgerufen. Bolivien, Ecuador und Venezuela haben sich aus dem Streitschlichtungsgericht (International Centrefor Settlement of Investment Disputes, ICSID) zurückgezogen. Südafrika, Bolivien und Ecuador kündigten bereits mehrere Bilaterale Investitionsabkommen (BITs). Und die Mitglieder des Bündnisses Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA) planen die Gründung eines Observatoriums für internationale Investitionsstreitfälle, das gemeinsame Strategien für den Rechtsbeistand beklagter lateinamerikanischer Staaten entwickeln soll.

Die EU-Kommission will TTIP nun anscheinend dazu nutzen, Bestimmungen

zur Investitionsliberalisierung und zum Investitionsschutz auf der Basis des höchsten Liberalisierungs- und Schutzniveaus, einschließlich der besonders umstrittenen Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahrens, durchzuboxen. Eine Kombination der jeweils höchsten Standards hätte zur Folge, dass die Investitionsbestimmungen noch weitreichender ausfallen würden als bei allen bisherigen BITs. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen befürchten, dass die im TTIP getroffenen Investitionsbestimmungen in Zukunft als Muster für neue oder nachzuverhandelnde BITs zwischen ihnen und den beiden Wirtschaftsmächten der nördlichen Hemisphäre gelten. Diese Sorge ist mehr als berechtigt. Die Handelskammer der USA hat schon verlautbaren lassen, die Investitionsbestimmungen zu TTIP sei wichtig, „weniger aus Sorge um den aktuellen Zustand des Investitionsschutzes in den USA oder der EU, sondern als ein Symbol unseres gemeinsamen Engagements für einen weltweit starken Investitionsschutz".

Dienstleistungen
Hauptziel des WTO-Dienstleistungsabkommens **GATS** (General Agreement on Trade in Services) sowie nahezu aller bilateralen EU-Handelsabkommen ist die fortschreitende Liberalisierung sämtlicher Dienstleistungsmärkte. Geht es nach dem Willen der Europäer, so sollen auch die Regelungen über Dienstleistungen im Rahmen der TTIP nach der gleichen Maxime verfahren, wie ihre Forderungen beim Investitionsschutz: Das höchste Niveau der Liberalisierung in den existierenden Freihandelsabkommen beider Seiten soll unumkehrbar gebunden werden, um darauf aufbauend weitere Marktzugangsbarrieren zu beseitigen.

Auf Drittstaaten können sich TTIP-Regelungen zu Dienstleistungen auf verschiedene Weisen auswirken. Eine dieser möglichen Auswirkungen ist die Beeinflussung multilateraler Foren, in denen über Dienstleistungsliberalisierungen verhandelt wird, zugunsten europäischer und US-amerikanischer Interessen. Eines dieser Foren ist das eingangs erwähnte TISA. Aufgrund der erdrückenden wirtschaftlichen Dominanz der EU und der USA könnten beide, in einem ersten Schritt, versuchen, ihre im Rahmen des TTIP getroffenen Einigungen über Dienstleistungsliberalisierungen auch in dem mulitateralen TISA-Forum durchzusetzen. ***Die für Entwicklungsländer wichtigen und notwendigen Regulierungsspielräume wären damit erheblich einschränkt.***

Darüber hinaus könnten die EU und die USA, in einem zweiten Schritt, versucht sein, (gegenüber Nicht-TISA-Mitgliedstaaten) die Gewährung von Handelspräferenzen und andere Vergünstigungen, die mit bestimmten Entwicklungsländern immer wieder ausgehandelt werden, davon abhängig zu machen, ob sie diesem plurilateralen Dienstleistungsabkommen beitreten, um so die Zahl der Unterzeichnerstaaten und damit den Einflussbereich der Abkommen zu vergrößern. Damit hätten sie den Stillstand der Doha-Runde zumindest im Dienst-leistungsbereich partiell umgangen.

Recht am geistigen Eigentum
Seit langer Zeit versucht die EU in bilateralen Abkommen Bestimmungen zum Schutz geistigen Eigentums durchzusetzen, die über die WTO-Regelungen im Rahmen des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights, TRIPS) hinausgehen (sog. WTO-Plus-Bestimmungen), um die dominierende Stellungen der europäischen Pharmakonzerne weiter auszubauen.
Die Interessenlage der US-amerikanischen Konzerne ist ähnlich gelagert, weswegen sie im Bereich des geistigen Eigentumsschutzes seit langem mit den Europäern eng kooperieren. 2005 wurde die Transatlantic Intellectual Property Rights Working Group eingerichtet. Einer ihrer drei Arbeitsschwerpunkte liegt auf der Durchsetzung des geistigen Eigentumsschutzes in Drittländern.
Es ist davon auszugehen, dass die europäischen sowie US-amerikanischen Konzerne und Wirtschaftsverbände sich dafür stark machen, im TTIP Regelungen zu treffen, welche den Druck zur Durchsetzung des geistigen Eigentumsschutzes in Drittländern noch weiter erhöhen. So forderte der internationale Verband Biotechnology Industry Organisation bereits im Mai dieses Jahres, TTIP solle genutzt werden um u. a. gegen die Zwangslizenzierung in Indien, die Zulassungsverfahren für Pharmapatente in Brasilien sowie für den Schutz von Unternehmensdaten in Schwellenländern wie China und Mexiko vorzugehen.
Diese Forderungen sind aus entwicklungspolitischer Perspektive sehr relevant und mehr als bedenklich. Das Verbot der sog. Zwangslizenzierung würde Indien zukünftig untersagen im eigenen Land Generika - das heißt wirkstoffgleiche Kopien von Arzneimitteln, die im Vergleich zum Originalpräparat (sehr viel) preisgünstiger sind - herstellen zu lassen. Zurzeit ist es dem indischen Generikahersteller Nacto noch möglich, ein Krebsmedikament zu produzieren und zu verkaufen, welches die gleiche Wirkung entfaltet wie ein ihm zugrundeliegendes, patentgeschütztes Medikament gegen Krebs, welches von Bayer hergestellt wird. Der Preis des indischen Generikas beträgt nur einen Bruchteil des Bayer-Produkts: 160 US-Dollar statt 5.000 US-Dollar für eine Monatsdosis.

Koordiniertes Vorgehen, einschließlich Sanktionen
TTIP wird aufgrund seiner wirtschaftlich dominanten Größe den Europäern und US-Amerikanern eine Machtposition verlei-hen, die diese nutzen können, und wahrscheinlich auch werden, um in zahlreichen Bereichen koordinierter als in Vergangenheit zu agieren, und unter Umständen dabei auch Handelssanktionen gegen Drittstaaten abzustimmen und einzusetzen.
Dabei könnte die Geldpolitik eine entscheidende Rolle spielen. Die US-Regierung hat von den Europäern in der Vergangenheit schon mehrfach ein gemeinsames Vorgehen gegen die Wechselkurspolitik Chinas gefordert. Die USA bezichtigt die chinesische Regierung, den Renminbi absichtlich unterzubewerten, um sich durch preisgünstigere (chinesische Waren) Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Aus entwicklungspolitischer Sicht sind solche, von Entwicklungs- und Schwellenländern, vorgenommen Unterbewertungen, eine zulässige Strategie, um Exportüberschüsse und damit Devisenreserven zu erwirtschaften.

Ein weiterer aus entwicklungspolitischer Perspektive sehr wichtiger Bereich ist die von der EU formulierte Forderung, TIPP zu nutzen, um die Eliminierung von Exportbeschränkungen auf Rohstoffe durchzusetzen. Eine solche Regelung würde Staaten verbieten, Ausfuhrzölle oder sonstige Ausfuhrbeschränkungen auf die von ihnen exportierten Rohstoffe zu erheben. Ziel dieser Regelung ist, Unternehmen, welche die Rohstoffe für die Herstellung ihrer Industrieprodukte benötigen, einen freien und preisgünstigen Zugang zu den energetischen und mineralischen Rohstoffen sicherzustellen. Gilt eine solche Regelung erst einmal in der übermächtigen transatlantischen Freihandelszone, so könnten die EU und die USA bei zukünftigen Verhandlungen mit Entwicklungs- und Schwellenländer über den Abschluss von Handelsabkommen angehalten sein auch von diesen zu fordern, solche Exportbeschränkungen aufzuheben bzw. solche nicht einzuführen.
Regulierungen und Besteuerungen von Exporten können jedoch, wenn sie von den rohstoffexportorientierten Regierungen verantwortungsvoll und strategisch eingesetzt werden, ein wichtiges Instrument zur ökologischen und sozialen Reform ihres Rohstoffsektors sein und dazu beitragen, dass größere Teile der Bevölkerung vom Rohstoffreichtum profitieren.

Fazit
Der Versuch von EU und USA dem Rest der Welt mittels TTIP ihre Handelsregeln aufzuzwingen steht in einer sehr langen, im Falle der Europäer, sogar in einer fünfhundert Jahre alten Tradition. Dieses Vorhaben geschieht in einer Phase in der die beiden Protagonisten intern und extern geschwächt sind. Intern, da Banken-, Finanz- und Wirt-

schaftskrisen die Regierungen in Brüssel und Washington seit 2008 nachhaltig beschäftigen. Und Extern wegen des Aufstiegs der Schwellenländer. China ist auf dem besten Weg, die USA in den kommenden Jahrzehnten als größte Volkswirtschaft abzulösen. Damit würde das Reich der Mitte wieder den Platz einnehmen, den es bereits in den (ersten) achtzehn der vergangenen zwanzig Jahrhunderte innehatte. Auch Brasilien, Indien, Südafrika und die anderen in den G- 20 vereinigten Schwellenländer werden eine wachsende Rolle auf dem Parkett des Welthandels einnehmen.

Wer hierbei aller Wahrscheinlichkeit nach ins Hintertreffen geraten wird, sind die ärmsten Entwicklungsländer. TTIP birgt die Gefahr, die in der Vergangenheit gemachten Fortschritte in den Nord-Süd-Beziehungen zu unterminieren und möglicherweise neue Konfrontationen zu provozieren, anstatt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel sowie einer fairen und gerechten Verteilung von Rohstoffen und anderer natürlicher Güter für diese und kommende Generationen beizutragen.

Wir sind in den kommenden Jahren herausgefordert zum einen mit unseren Partnern im Süden die potentiellen entwicklungspolitischen Implikationen von TTIP genauer zu analysieren und unsere Positionen in enger Kooperation mit politischen Akteuren aus den USA in den Verhandlungsprozess erfolgreich einzubringen. Nicht nur die Menschen in Indonesien, Ghana und Peru, auch wir Europäer und US-Amerikaner haben etwas Besseres verdient als TTIP.

Anmerkungen der SiG-Redaktion:
(1) Zur WTO: SiG 78 und 100
(2) TISA: SiG 106, http://sandimgetriebe.attac.at/10693.html
(3) CETA: SiG 107, http://sandimgetriebe.attac.at/10722.html

Mit freundlicher Genehmigung des Autors in SiG veröffentlicht; der Beitrag steht im Buch:



http://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/folgen_von_ttip_auf_entwicklungs-_und_schwellenlaender.pdf

S. auch Sven Hilbig, Internationale Investitionspolitik und zukünftige Entwicklung (über Schiedsgerichte
http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/internationale-investitionspolitik-zukuenftige

TTIP-Kritiker vor Etappensieg – EU unterbricht Verhandlungen über Konzern-Klagerechte

Berlin, 21.01.2014.
Vorsichtig optimistisch reagierte heute das NGO-Bündnis TTIPunfairHandelbar in Berlin auf die angekündigte Verhandlungspause bei den umstrittenen Sonderklagerechten für internationale Konzerne. Die EU-Kommission wollte diese im Rahmen des EU-USA-Freihandelsabkommens (TTIP) einführen, schlägt nun aber angesichts breiten politischen Widerstandes eine teilweise Verhandlungspause und öffentliche Konsultationen vor.
„Die breite gesellschaftliche Protestbewegung gegen die gefährlichen Pläne der EU und USA im TTIP-Abkommen steht vor einem wichtigen ersten Etappensieg!“ erklärte Peter Fuchs, Handelsexperte der Organisation PowerShift. *„Die EU will zwar ihre Agenda noch retten, doch das wird nicht klappen. Die Sonderklagerechte für Investoren sind scharfe Waffen, mit denen Unternehmen vorbei an ordentlichen Gerichten gegen ganz normale demokra-tische Entscheidungen, z.B. im Umwelt-schutz, vorgehen!“*
Pia Eberhardt von der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory ergänzte: *„Die EU-Kommission wird nun versuchen, mit großem PR-Aufwand und völlig unzureichenden Reformen die umstrittenen Investor-Staat-Klagerechte zu verteidigen. Doch auch mit den reformierten Klagerechten à la Kommission würden internationale Konzerne und Kanzleien fette Geschäfte machen – auf Kosten der Demokratie und der Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks.“*
Alessa Hartmann, Koordinatorin des NGO-Bündnisses TTIPunfairHandelbar unterstrich, dass die NGOs jetzt nicht nur ein paar Wochen lang folgenlos diskutieren oder nur ein paar Teilauszüge der Verhandlungstexte sehen wollen. *„Wir brauchen endlich vollständige Offenle-gung der gefährlichen EU-Pläne bei internationalen Handelsabkommen. Die TTIP-kritische Bewegung wird den Europawahlkampf und die Konsultationsphase zum Investitionsschutz nutzen, um auf all die Gefahren von TTIP für Umweltschutz, Verbraucherinteressen und demokratische Regulierung hinzuweisen. Nicht nur beim TTIP, auch beim EU-Kanada-Abkommen (CETA) sowie weiteren Verträgen werden wir – und hoffentlich das Europäische Parlament solche konzernfreundlichen Vertragsinhalte nicht mehr durchgehen lassen.“*

http://www.ttip-unfairhandelbar.de/news/detailansicht/datum/2014/01//pressemitteilung-ttip-kritiker-vor-etappensieg-eu-unterbricht-verhandlungen-ueber-konzern-klage/

TTIP geht in die 4. Verhandlungsrunde:
Zwischen dem 10. und 14. März wird in Brüssel wieder miteinander verhandelt.
Dagegen sind Aktionen und eine Konferenz in Brüssel geplant (12.-13.März), s. http://www.d19-20.be/fr/
http://www.ttip-unfairhandelbar.de/news/detailansicht/datum/2014/01//eu-kommission-kuendigt-4-verhandlungrunde-an/

Kul.tour stoppt TTIP - Raus aus der Freihandelsfalle! http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/aktionen/kultour/
Im Mai 2014 wird die Kul.tour stattfinden, eine innovative Veranstaltungstour durch 14 Städte: Aktionen und Veranstaltungen mit Beiträgen prominenter KünstlerInnen zu verschiedenen Aspekten und Auswirkungen des Abkommens.

1 Stunde Debatte bei WDR5 (danke für ihre Beiträge an **Pia Eberhardt, Mitarbeiterin von CEO,** http://corporateeurope.org !) :
http://www1.wdr.de/radio/podcasts/wdr5/funkhausgespraeche136.html

S2B refutes European Commission's defense of controversial investor-to-state dispute settlement
http://www.tni.org/article/s2b-refutes-european-commissions-defense-controversial-investor-state-dispute-settlement?context=70931

Zu TTIP: Internet-Seiten http://www.ttip-unfairhandelbar.de http://know-ttip.eu/, http://know-ttip.eu/details/ttip-ceta-co-im-geopolitischen-kontext/ , http://www.exposethetpp.org/index.html , http://somo.nl/news-en/free-trade-agreement-will-give-banks-free-rein

Ver.di

TTIP = Angriff auf Löhne, Soziales und Umwelt

Nach einer Kritik an der Ideologie des freien Handels wird in der 15-seitigen Brochüre das geplante Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) vorgestellt. Die Verhandlungen (Gegenstand, Streitpunkte) werden kurz beschrieben, die großen Versprechen (Wachstumsgewinne?Beschäftigungsgewinne?) durchleuchtet. Ein Kapitel widmet sich den Gefahren und Risiken (Investorenschutz schlägt Demokratie? Transatlantisches Lohn- und Sozialdumping? Einschränkung des Umwelt-, Verbraucher- und Klimaschutzes? Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge? Angriff auf die Demokratie?). Zuletzt werden die Forderungen und Perspektiven von Verdi vorgestellt. Mit freundlicher Genehmigung von Verdi veröffentlichen wir hier einige Auszüge.

Die Ideologie des freien Handels

Der Glaube, durch den freien Welthandel Wachstum und Wohlstand für alle Menschen zu fördern, ist so alt wie der Kapitalismus. In den Modellwelten der Ökonominnen und Ökonomen lässt sich das auch wunderbar darstellen. Die Realität sieht aber anders aus. Die wirtschaftlich Mächtigeren ziehen in der Regel den größten Vorteil aus einem weitgehend unregulierten Handel. Deshalb unterstützen auch vor allem große Unternehmen und ihre Verbände den Abbau sogenannter Handelsschranken. Dass diese oft auch dem Schutz von Beschäftigten, Sozialstaat und Umwelt dienen, bleibt unerwähnt. Spezifische Einzelinteressen werden als Allgemeininteresse verkauft.

Vom unregulierten Freihandel profitieren vor allem die Starken und Mächtigen.

In der Geschichte wechselten sich Phasen von Freihandel und mehr oder weniger starken Eingriffen von Staaten zur Lenkung des Außenhandels (Protektionismus) ab. Nachdem die Weltwirtschaftskrise 1929 eine liberale Phase des Welthandels beendet hatte, reagierten die meisten Staaten mit einer Politik des nationalen Protektionismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zunächst im Rahmen der Bretton Woods-Verhandlungen ein System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Ankerwährung geschaffen. Hierbei ging es um die Wiederherstellung Europas als Wirtschaftszentrum und als wichtiger Handelspartner der USA. Eine allmähliche Liberalisierung des Welthandels sowie regionale Wirtschaftsgemeinschaften wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft förderten vor allem das Wachstum in Europa und den USA. In diesem Prozess blieben die ehemaligen Kolonien bzw. die Wirtschaften der asiatischen Länder, Lateinamerikas und Afrikas lange Zeit von der westlich dominierten Weltwirtschaft abhängig. Die Handelsbeziehungen waren von einseitigen Regeln zu ihren Lasten bestimmt.

Nach dem Ende der Systemkonfrontation und der Öffnung der Länder des „Ostblocks“ und Chinas für die kapitalistische Marktwirtschaft sollte durch die Welthandelsorganisation (WTO) der freie und unbegrenzte Handel mit Kapital, Waren und Dienstleistungen weltweit durchgesetzt werden. Allerdings blockierten sich die an den Verhandlungen beteiligten Länder lange Zeit und die WTO drohte in die Bedeutungslosigkeit abzusinken.
Ende 2013 ist es allerdings erstmals gelungen, im Rahmen der seit 2001 laufenden Doha-Runde zur Liberalisierung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen in Bali ein Abkommen zu verhandeln, das von fast 160 Staaten angenommen wurde. Das sogenannte **Bali-Paket** beinhaltet Handelserleichterungen, den Abbau von Agrarsubventionen sowie Hilfen für Entwicklungsländer. Die Internationale Handelskammer (ICC) lobt das Abkommen als „historisch“, während etwa Attac Deutschland es als „ein Desaster für eine gerechte Welthandelsordnung“ sieht. Dieses Urteil hängt damit zusammen, dass die WTO seit langem als „handelsverzerrend“ bezeichnete Agrarsubventionen beseitigen will. Viele Entwicklungsländer subventionieren Grundnahrungsmittel, um die Ernährung ihrer Bevölkerung sicherstellen. Eine vorgeschlagene Abschaffung innerhalb von vier Jahren stieß auf den Widerstand der G33-Entwicklungsländer. Ein erneutes Scheitern drohte. Vereinbart wurde schließlich, dass die Subventionen weiter möglich sind, aber nur solange, bis eine dauerhafte Anpassung des Agrarabkommens beschlossen ist. Das Thema bleibt also weiterhin auf der WTO-Tagesordnung.

Die WTO ist einseitig auf freien Handel ausgerichtet. Die Rechte der Menschen drohen zu kurz zu kommen.

Demgegenüber haben die großen Industriestaaten keine Probleme, weiterhin umfassende Subventionen zur Sicherung ihrer eigenen Exporte einzusetzen, obwohl diese aus entwicklungs- und handelspolitischer Sicht besonders problematisch sind. Auch in Bali blockierten die EU und die USA den Versuch, zumindest eine Verringerung von Obergrenzen festzulegen. Deshalb profitieren vor allem die wirtschaftlich starken Länder und Wirtschaftsgebiete (USA, EU, Japan) von diesem Abkommen, während die Interessen der aufstrebenden Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens kaum Gehör finden und ihre Politik immer wieder als „handelsverzerrend“ in Frage gestellt wird.
Soziale Rechte, wie sie in den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegt sind, sind bis heute nicht im WTO-Abkommen verankert und werden ebenso wie Umweltstandards den Handelsinteressen untergeordnet. Dazu gehören u.a. das Verbot der Kinderarbeit, von Zwangsarbeit und das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung. Die langanhaltende Blockade der WTO-Verhandlungen hatte in der Vergangenheit dazu geführt, dass u.a. von den USA aber auch von der EU mit einzelnen Ländern und Wirtschaftsregionen Freihandelsabkommen vereinbart worden waren – z.B. das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) der Länder USA, Kanada und Mexiko. Die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder drängen vor allem auf die Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen aber auch auf die Öffnung des jeweiligen öffentlichen Beschaffungswesens für Anbieter aus anderen Ländern. Soziale und ökologische Standards werden dabei kaum und wenn dann unzureichend verbindlich vereinbart.

Mit dem TTIP starten die USA und die EU nun einen weiteren Versuch, Liberalisierungen im Welthandel durchzusetzen. Handelserleichterungen, die bisher schon in der WTO sowie in anderen bilateralen Abkommen wie dem Nafta ausgehandelt wurden, sollen festgeschrieben und weiterentwickelt werden.

Transatlantisches Lohn- und Sozialdumping?

Hinsichtlich der Auswirkungen des TTIP auf Löhne und Sozialstaat ist alarmierend, dass die USA bisher nur zwei der acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert haben. In den USA ist deshalb die Vereinigungs- und Kollektivverhandlungsfreiheit teilweise beträchtlich eingeschränkt. Dadurch wird die Arbeit insbesondere von Gewerkschaften erheblich erschwert. Ein Beispiel dafür ist der Konzern T-Mobile USA, der gewerkschaftliche Interessenvertretung zu

verhindern versucht. In den USA gibt es in den Betrieben und Verwaltungen vordemokratische Verhältnisse.Zwar ist im Mandat der Kommission festgehalten, dass nationale Arbeits- und Sozialstandards erhalten bleiben sollen, nichtdestotrotz besteht die Gefahr, dass es im Rahmen einer transatlantischen Freihandelszone zu einer Abwärtsspirale bei den Standards kommt, und Konzerne die unterschiedlich hohen Standards so ausnutzen, dass für sie nur die niedrigsten angewandt werden. Auf diese Weise könnten nationale Regelungen ebenfalls umgangen werden.

Die Gefahr einer solchen Abwärtsspirale hat sich bei anderen Freihandelsabkommen bereits bestätigt. Mit Blick auf die EU wird beispielsweise sichtbar, wie schwache bzw. fehlende Sozialstandards im liberalisierten Binnenmarkt zu einem Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse, steigenden Einkommensunterschieden und verstärktem Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen führen. So gelten etwa gemäß der europäischen Dienstleistungsrichtlinie für Dienstleistungserbringer die rechtlichen Bestimmungen ihres Herkunftslandes (sog. Herkunftslandprinzip). Seitdem arbeiten in Deutschland Arbeiter aus Osteuropa in großer Zahl zu Billiglöhnen und unter miserablen sozialen Bedingungen u.a. in deutschen Schlachthöfen. Entweder sind sie bei ausländischen Leiharbeitsfirmen angestellt oder die deutschen Schlachthöfe haben Werkverträge mit ausländischen Subunternehmen abgeschlossen. In vielen Betrieben der deutschen Schlachtindustrie gibt es heute kaum noch fest angestellte Beschäftigte. Fehlende verbindliche Vorgaben im TTIP können zu einer Abwärtsspirale bei Arbeits- und Sozialstandards führen.

Werden also in den TTIP-Verhandlungen keine verbindlichen Absprachen zu Arbeitsstandards getroffen, besteht die Gefahr, dass Unternehmen die niedrigeren Standards einiger Länder ausnutzen. Lohndumping, Steuerflucht und die Aushöhlung gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten wären die Folge.

Forderungen und Perspektiven

Die Gewerkschaften haben sich von Beginn der Verhandlungen an klar positioniert. An erster Stelle steht die **Forderung nach völliger Transparenz und umfassender Beteiligung der Parlamente, der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften an den Verhandlungen.** Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten müssen ihren Parlamenten und den Organisationen der Zivilgesellschaft alle relevanten Dokumente zugänglichmachen und umfassend über die Verhandlungen informieren. Das gilt erst Recht für die EU-Kommission.

Im Einzelnen fordern ver.di, der DGB und die Europäischen Gewerkschaften:

Soziale und ökologische Ziele müssen gleichrangig mit den wirtschaftlichen Zielen verfolgt werden. Das heißt: Anpassung von Umweltvorschriften und Standards jeweils auf dem höchsten Niveau, vollständige Ratifizierung aller ILO-Sozialstandards in der EU wie in den USA, Sicherung von Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechten in transatlantischen Unternehmen auf höchsten Standard. Wenn Beschäftigten zur Arbeit in die USA oder nach Europa entsandt werden, dann muss das Ziellandprinzip gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Die **Rechte von Verbraucherinnen und Verbraucher** müssen ebenfalls auf höchstem Niveau geschützt werden. Der **Schutz von persönlichen Daten** und der Schutz von Urheberrechten muss gewährleistet werden.
Öffentliche Dienstleistungen sind aus dem Abkommen auszuklammern.
Bisherige EU-Vereinbarungen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen dürfen nicht durch die Hintertür durch das TTIP bedroht werden. Das in der EU geltende Subsidiaritätsprinzip, wonach Kommunen, Länder und Mitgliedsstaaten ihre Daseinsvorsorge weitgehend selbst gestalten, muss strikt beachtet werden. Auch für das öffentliche Beschaffungswesen dürfen keine Regelungen erfolgen, die zu weiterer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führen.
Investoren/Staat-Streitschlichtungsmechanismen sichern einseitig die Privilegien für Investoren. Sie schützen ihre Profite und bewahren sie vor den Kosten von notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen in den Vertragsstaaten.
Deshalb lehnen wir Investoren/Staat-Streitschlichtungsverfahren im TTIP ab.
Die Rechtsordnungen beider Wirtschaftsräume bieten ausreichenden Schutz für Investoren.
Die Entscheidung der EU nicht über **audiovisuelle** Dienstleistungen als Träger kultureller Vielfalt zu verhandeln, muss ebenso Bestand haben wie die UNESCO-Konvention zum Schutz der Vielfalt der Kultur.
Wenn diese Mindestanforderungen an ein transatlantisches Freihandelsabkommen nicht erfüllt werden, **dann bleibt nur die Ablehnung.** In den nächsten Monaten wird ver.di gemeinsam mit seinen Bündnispartnern das TTIP zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen machen.

http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische_informatione

Die geplante Wirtschaftszone des TTIP-Vertrages gefährdet grundlegende Arbeitsstandards.
Ein **Aufruf** zum Widerstand aus Arbeitnehmer-Perspektive. **Bitte unterschreiben**:

Wenn es um Arbeitnehmerrechte geht, sind die USA ein denkbar schlechter, ja ein gefährlicher Verhandlungspartner. Auf der Basis der Menschenrechte hat die Internationale Arbeitsorganisation ILO acht Kernnormen beschlossen.
Die USA haben die folgenden Normen NICHT ratifiziert:
Die Koalitionsfreiheit, also auch das Recht der Beschäftigten, sich frei zu organisieren, etwa in Gewerkschaften;
Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge;
Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit allgemein, vor allem wegen des Einsatzes von Häftlingen für private Unternehmen;
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau;
Mindestalter für den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis;
Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt wegen Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler und sozialer Herkunft.
Transatlantische Sonderzonen
In den USA haben inzwischen 24 von 50 Bundesstaaten so genannte "Right to work"-Gesetze implementiert, die Gewerkschaftsrechte z.T. drastisch einschränken. Deutsche und europäische Unternehmen lagern seit den 1990er Jahren verstärkt Produktionsstätten in eben diese Right-to-Work-Staaten aus, um von Tarif- und Mitbestimmungsfreiheit zu profitieren.
Die Staaten der EU haben zwar die meisten Normen der ILO ratifiziert, halten sich aber in abnehmendem Maße daran. Bei den „Rettungsmaßnahmen“ der EU für Griechenland, Spanien, Italien und Portugal setzt die EU zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Menschenrechtsnormen außer Kraft, etwa wenn Tarifverträge aufgelöst, Lohnsenkungen verordnet und Streiks erschwert werden.
Freihandelszone TTIP ohne mich!
Elementare Arbeitsrechte und gesicherte Arbeitsverhältnisse stehen in Europa wie den USA seit Jahren unter Druck. Dieser Trend würde sich durch das Transatlantische Freihandels und Investitionsabkommen weiter verschärfen.
Deshalb fordere ich den Stopp der Verhandlungen zur transatlantischen Freihandelszone!
http://arbeitsunrecht.de/ttip-stoppen/#more-3121

Esther Vivas

Spanien: Es lohnt sich zu kämpfen

Der Sieg über die geplante Privatisierung der Krankenhäuser in Madrid und Siege bei anderen Konflikten, die es in letzter Zeit in Spanien gab, zeigen, dass der Widerstand der Bevölkerung Erfolg hat.

"Widerstand ist sinnlos", hören wir immer wieder. *"Nach jahrelangen Protesten geht die Krise immer noch weiter – was soll die ganze Mühe?"* fragen andere und flößen uns so Gefühle der Apathie und Resignation ein. *"Proteste könnten zu etwas noch Schlimmerem führen"*, flüstert die Maschinerie der Angst. Wir sollen unterwürfig und demütig sein. Es ist verboten, von Veränderungen auch nur zu träumen. Aber die Geschichte zeigt, dass die Rebellion unbezwingbar ist und dass sich der Kampf lohnt, auch wenn die Pessimist_Innen etwas anderes behaupten. Der erfolgreiche Widerstand gegen die Privatisierung des öffentlichen Gesundheitswesens von Madrid, der Erfolg des Viertels Gamonal gegen Spekulant_Innen und Korruption, der Sieg der Reinigungskräfte im Kampf um Arbeit in der Hauptstadt und der Widerstand gegen Räumungen und gegen die Banken – all das sind gute Beispiele.

Es ist nicht leicht, konkrete Erfolge zu erringen, wenn die politische Klasse unsere Rechte ignoriert und uns an das Kapital verrät. Es ist schwer zu gewinnen, wenn der Staatsapparat die Reichen verteidigt und unsere demokratischen Rechte und Freiheiten beschneidet. Veränderungen zu erreichen, ist eine schwierige Aufgabe, wenn die Medien von privaten Interessen beherrscht werden. Trotzdem gibt es große und kleine Siege, die uns den richtigen Weg weisen.

Ein solcher Sieg ist die Kehrtwende der Regierung von Madrid, die ihren Plan, **sechs öffentliche Krankenhäuser** zu privatisieren, aufgegeben hat. Die [von der konservativen Partido Popular geleitete] Regierung in der Hauptstadt musste ihren Plan zum "Outsourcing" aufgeben, nachdem es 15 Monate lang Proteste dagegen gab und der Oberste Gerichtshof von Madrid angekündigt hatte, er würde den Privatisierungsprozess vorläufig einstellen, da dieser "ernste, irreparable Schäden verursachen könnte". Monatelang gab es Demonstrationen, Streiks, ein Referendum mit fast einer Million Stimmen gegen solche Maßnahmen, Krankenhausbesetzungen, Klagen. Der wichtigste Förderer des Privatisierungsplans, der regionale Berater für Gesundheitsfragen Javier Fernández-Lasquetty, konnte diesem triumphalen Erfolg nicht standhalten und musste zurücktreten.
Es lohnt sich zu kämpfen.

Gamonal, ein weiterer großer Sieg. In Burgos kam es zwischen dem 10. und dem 17. Januar zu intensiven Protesten gegen den Umbau einer Straße zum Boulevard im Viertel Gamonal. Nach kaum mehr als einer Woche war der Bürgermeister Javier Lacalle gezwungen, für unbegrenzte Zeit einen **Baustopp** zu verhängen.
Der Konflikt breitete sich weithin aus. Es ging um ein Projekt im Wert von mehreren Millionen Euro, das enorme Profite für Firmen und herrschende Politiker_Innen versprach - in einem Arbeiterviertel, dem Investitionen und Einrichtungen fehlten. Der "städtische" Konflikt in Gamonal wurde zur Speerspitze im Kampf gegen Korruption, Landspekulation und die Krise. In ganz Spanien gab es Demonstrationen der Solidarität mit der Gemeinschaft in Gamonal. Die Versuche, die Protestierenden zu kriminalisieren und falsche Informationen zu verbreiten, schlugen fehl.
Es lohnt sich zu kämpfen.

Ein 13tägiger Streik und tonnenweise Müll in Madrid waren nötig, um zu verhindern, dass **1.134 Straßenreinigungskräfte und Gärtner_Innen** der Stadt Madrid entlassen wurden. Ein zeitlich nicht begrenzter Streik brachte private Unternehmer_Innen, die nicht nur Hunderte Arbeitskräfte entlassen wollten, sondern auch Gehaltskürzungen von bis zu 43% planten, in eine ausweglose Situation. Es war kein uneingeschränkter Sieg, weil die ArbeitnehmerInnen je 45 Tage unbezahlten Zwangsurlaub pro Jahr für die nächsten vier Jahre und einen Lohnstopp bis 2017 akzeptieren mussten. Das ändert aber nichts daran, dass ein zeitlich nicht begrenzter Streik – heutzutage leider etwas fast Beispielloses – jeden einzelnen Arbeitsplatz gerettet hat. Es lohnt sich zu kämpfen.

Der Kampf gegen **Zwangsräumungen** war zweifellos der ultimative Ausdruck einer gemeinsamen Rebellion gegen die Krise – also gegen diesen Trick, mit dem wir betrogen werden sollen. Als Antwort auf den unbegrenzten Wucher der Banken organisierten sich die Menschen an der Basis. In einem Zeitraum von über vier Jahren schaffte es die Plattform von Hypotheken Betroffener (Plataforma de Afectados por la Hipoteca, PAH), 936 Zwangsräumungen zu verhindern, 712 Personen in leeren Gebäuden unterzubringen, die finanziellen Instititutionen gehören und jetzt im Rahmen der Obra-Social-Kampagne der PAH besetzt sind. Und sie hat viele Banken dazu gezwungen, über Hunderte von Wiederinbesitznahmen und Sozialmieten zu verhandeln. Manche werden jetzt sagen, im Vergleich zu der insgesamt existierenden Bedrohung sei das ein sehr kleiner Fortschritt, und das stimmt auch. Aber vielleicht sollten sie das denjenigen erzählen, die es der PAH zu verdanken haben, dass sie ein Dach über dem Kopf haben. Es lohnt sich zu kämpfen.

Seit der Entstehung der "Indignados", auch bekannt als Movimiento 15-M (Bewegung 15. Mai), hat sich unsere Einstellung von *"Sie repräsentieren uns nicht"* zu "*Ja, es geht"* geändert. Wir haben wieder Selbstvertrauen gewonnen. Die Offensive des Kapitals geht weiter, aber unsere Wut und unser Ungehorsam wachsen. Die Siege von heute sind Katalysatoren für die Siege von morgen. Der Kampf ist unbedingt nötig, um Veränderungen zu erzielen. Das müssen wir beachten. Und wenn wir das tun, können wir gewinnen.

Artikel erschien in Público.es, 30.01.2014.
Info: http://esthervivas.com/english/
Übersetzung: Stephanie LAIMER

Berichte über die 15-M Bewegung in Spanien:
http://www.labournet.de/internationales/spanien/spanische_krise

http://www.nonosvamosnosechan.net/



„Wir gehen nicht – wir werden herausgeworfen“:
In den letzten Jahren haben 700 000 Spanier ihr Land verlassen – vorwiegend junge Leute. (Quelle: http://www.placeaupeuple.fr/?p=22849)

Alexis Tsipras

Das Europa, das wir wollen

Alexis Tsipras ist der Kandidat der Europäischen Linke für die Europäische Kommissions-Präsidentschaft und Präsident von SYRIZA, der größten griechischen Oppositionspartei.

16 Januar 2014

Die anhaltende Wirtschaftskrise hat sowohl die Unzulänglichkeiten als auch die **Grenzen des Prozesses der neoliberalen europäischen Integration** aufgezeigt. Es ist eine Integration, die auf finanzieller Liberalisierung und einer Währungsunion basiert, die sich selbst im Würgegriff einer bloßen Kopie der Deutschen Bundesbank mit dem Namen „Europäische Zentralbank" befindet. Es ist dies ein rezessionsgeneigter Prozess, der die Ungleichheiten und Asymmetrien innerhalb von und zwischen Mitgliedsländern verschärft, zu Arbeitslosigkeit beiträgt und das Los der Armut auf die niedrigeren sozialen Schichten ausweitet. Es war mehr eine Stoß von Kapital gegen Arbeit denn ein ernsthaftes Vorhaben, die Krise schnell zu beenden.

Was tatsächlich passierte ist, dass das europäische politische Establishment in der Krise die Chance sah, **die gesamte politische Ökonomie Europas seit 1945 neu zu schreiben**. Die politisch Verantwortlichen der Eurozonen-Schuldenkrise selbst sind nunmehr am Prozess beteiligt, den Süden der Eurozone analog zum neoliberalen angelsächsischen Kapitalismus institutionell zu transformieren. (...) Europa wird in eine Zwangsjacke aus Austerität, Disziplinierung und Deregulierung gesteckt. Und noch schlimmer – eine ganze Generation junger Menschen geht davon aus, dass es ihr schlechter gehen wird als ihren Eltern.

Das ist nicht unser Europa. Das ist aber das Europa, das wir verändern wollen. Statt eines Europas der Angst vor Arbeitslosigkeit, Benachteiligung, Alter und Armut, statt eines Europas im alleinigen Dienste der Bedürfniserfüllung von Bankern wollen wir ein Europa, das sich den Bedürfnissen der Menschen verschreibt.

Wir wollen eine demokratische und fortschrittliche Neuorientierung der Europäischen Union. Wir wollen Neoliberalismus, Austerität und die sogenannten **Zweidrittel-Gesellschaften** Europas, in denen ein Drittel der Menschen tut, als gäbe es keine Krise, während die anderen zwei Drittel von Tag zu Tag mehr leiden, beseitigen. Die europäische Linke hat die politische Vision und den Mut, einen breiteren sozialen Konsens zu schaffen – mit dem programmatischen **Ziel, Europa auf demokratischer, sozialer und ökologischer Basis neu zu ordnen**.

Das ist der politische Kontext, in dem meine Kandidatur für die Präsidentschaft der EU-Kommission stellvertretend für die Partei der europäischen Linken zu verstehen ist. Er erklärt, warum es nicht einfach irgendeine Kandidatur ist. Stattdessen ist sie ein **Mandat für Hoffnung und Veränderung in Europa.** Sie ist ein Appell, die Austerität zu beenden, die Demokratie zu schützen und für Wachstum zu arbeiten. Sie ist ein Appell an die demokratischen und einfühlsamen BürgerInnen Europas, ungeachtet ihrer Ideologie und Parteizugehörigkeit.

Genauso wie Rezession, wirtschaftlicher Stillstand und substanzloses Wachstum ohne ausreichende Arbeitsplätze die gesamte Eurozone betreffen, betrifft auch die Austerität die Menschen im Norden und im Süden gleichermaßen. Daher **muss die Antwort auf die Austerität grenzüberschreitend sein** und soziale Kräfte auf EU-Ebene auf den Plan rufen. Austerität schadet den Arbeitenden unabhängig von ihren Wohnorten. Aus diesem Grund müssen wir **die unentbehrliche Anti-Memoranda-Allianz des Südens in eine breite europäische Anti-Austeritäts-Bewegung integrieren.** Eine Bewegung für den demokratischen Umbau der Währungsunion.

Die Europäische Linke ist die wichtigste politische Kraft für Veränderung in Europa.

Wir unterstützen die **sofortige Aufhebung der Memoranda** und die **koordinierte Konjunkturbelebung aller europäischer Wirtschaften.**

Wir wollen eine ernstzunehmende **Europäische Zentralbank**, die nicht nur für Banken, sondern auch Ländern gegenüber als **Kreditgeberin letzter Istanz** fungiert.

Wir glauben, dass Europa einen eigenen **Glass-Steagall Act** braucht, um realwirtschaftliche und Investment-Banking Aktivitäten zu trennen und damit die gefährliche Verschmelzung der Risken zu einem unkontrollierbaren Ganzen zu verhindern.

Wir wollen eine effektive europäische **Gesetzgebung, die wirtschaftliche und unternehmerische offshore-Aktivitäten besteuert.**

Wir befinden uns an der Front im **Kampf gegen jegliche Korruption.** Unsere Priorität ist es, betriebliche Korruption zu bekämpfen und die Möglichkeiten von Menschen und Organisationen auszuweiten, ihr zu widerstehen. Korruption von Seiten großer Konzerne mit Firmensitz in europäischen Ländern geht auf die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der darin lebenden Menschen.

Wir unterstützen die gemeinschaftliche, glaubwürdige und endgültige Lösung der Eurozonen-Schuldenkrise durch eine **europäische Schuldenkonferenz, basierend auf der Londoner Konferenz über Deutschlands Schulden im Jahr 1953**.

Wir wollen Faschismus und Nazismus in Europa beseitigen und nicht die Demokratie, wie es die Austerität tut.

Anstelle eines Europas, das Einkommen an die Reichen und Angst an die Armen verteilt, stellen wir das Bild eines **Europas der Solidarität, der ökonomischen und sozialen Sicherheit, der Beschäftigung und des Wohlstands.**

Übersetzung: transform! Original in englischer Sprache siehe: *http://www.neurope.eu/article/europe-we-want*

Offener Brief an den Präsidenten des Europaparlaments

Zu Beginn der griechischen Präsidentenschaft der EU haben sich eine Reihe von Organisationen der „Initiative de solidarité avec la Grèce qui résiste" (http://www.solidarity-greece.blogspot.be/) angeschlossen und einen Brief **an Herrn Schulz**, den EP-Präsidenten, mitunterzeichnet, in dem **der politische und soziale Niedergang in Griechenland angeprangert** und das Parlament aufgefordert wird, diese Situation zu untersuchen. Auch **das europäische attac-Netzwerk** hat diesen Brief unterschrieben.

Dieser Brief an den Präsidenten Schulz ist am 21. Januar in 4 verschiedenen Sprachversionen veröffentlicht worden; er ist von mehreren Parlamentariern im LIBE-Ausschuss zitiert worden. Es ist wichtig, dass weitere Organisationen ihn unterzeichnen: http://www.aedh.eu/Syndicats-et-ONG-demandent-au.html

Alexis Tsipras

Zeit für Wandel in Europa

10. Januar 2014 (…) **2014 wird ein wichtiges Wahljahr für Griechenland**. Außer den Europa- und Kommunalwahlen im Mai wird die gegenwärtige Regierung unter Ministerpräsident Samaras höchstwahrscheinlich zu vorzeitigen Neuwahlen gezwungen sein. Im Ergebnis kann man davon ausgehen, dass das griechische Volk **Syriza** zur stärksten Partei machen wird. Dies würde das sofortige Ende der Politik der Memoranden und der Troika für Griechenland bedeuten. Das wäre ein großer Sieg, der das Europa der Arbeitenden und das kultivierte Europa vereint, statt es, wie der Neoliberalismus, gegeneinander zu jagen.
Griechenland erlebt das sechste Jahr von Verarmung und Rezession. Und es erlebt das vierte Jahr einer Fremdbestimmung durch die Troika und die Memoranden.
Die griechische Bevölkerung zahlt einen hohen Preis für die Wirtschafts-Eliten unseres Landes, damit diese weiterhin ihre **Steuervermeidungs und Steuerhinterziehungs-Party** feiern können. Also die Party, die das ganze Land erst in die Krise und dann auf die Knie gezwungen hat.
Gleichzeitig erlebt Griechenland aufgrund der **Memoranden** eine für Friedenszeiten beispiellose **humanitäre Krise**, während der Schuldenstand - gemessen am Bruttoinlandsprodukt - sich weiter verschlechtert.
Die Verarmungspolitik, die dramatisch weiter steigenden Schulden Griechenlands und die niedrige Rate des Bruttoinlandsprodukts bilden zusammen ein explosives Gemisch, das wie eine **tickende Zeitbombe** das Land und die Gesellschaft ausfüllt und destabilisiert.
Ganz zu schweigen davon, dass mein Land durch **Auswanderung** nach anderen europäischen Staaten geradezu ausblutet. Viele der besten und talentiertesten haben Griechenland bereits verlassen, weil es sich ja auch zuvor von Ihnen abgewandt hat.
Die **Samaras-Regierung** steht am Rande des Zusammenbruchs. (…)
Es ist an der Zeit, für das griechische Volk und Syriza, den Weg für das neue Griechenland vorzubereiten: ein demokratisches, sozial solidarisches, eines, das den demokratischen Rechtsstaat achtet, eines der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit, des Wachstums und der Vollbeschäftigung.
Und jetzt ist auch die Zeit, Griechenland beizustehen, die Zeit für einen grundlegenden Wandel in Europa.

http://weltnetz.tv/video/519
Internationale Seite von Syriza:
http://www.syriza.gr/page/international.html

Michalis Pantelouris: Griechenland-Hetze von der BILD-Zeitung

Man muss kein Insider sein, um die Zeichen zu erkennen: Der Geruch von Rauch in der Luft, der Smog über Athen, der heute weniger vom Autoverkehr stammt als von den Kaminfeuern, in denen die Bewohner ihre Möbel verfeuern, um wenigstens ein bisschen Wärme in die Wohnungen zu bekommen. Heizöl ist längst viel zu teuer, der Strom bei vielen Familien längst von den Elektrizitätswerken abgeklemmt, weil die Rechnungen nicht bezahlt wurden. Nach dem Tod der 13-jährigen Sara in Thessaloniki durch eine Rauchvergiftung gibt es Pläne, Strom an bestimmten Tagen kostenlos an die ärmsten Haushalte abzugeben, um den Smog ein bisschen zu mildern. Das ist die Lage In Griechenland. Katastrophal.
Für ihre Geschichte hat die Bild eine manchmal "Studie" genannte Erhebung der EZB aus dem letzten Jahr ausgegraben, von der die EZB warnt, sie als Studie zu betrachten und deren fehlende Aussagekraft bereits ausführlich, auch von mir, besprochen wurde. Wer sie dennoch als Grundlage einer Geschichte benutzt, der lügt vorsätzlich. Wer sie als Vorlage zu einer Geschichte benutzt, die Vorurteile gegenüber anderen – in diesem Fall auch noch: notleidenden – Menschen zu schüren, der begeht meiner Meinung nach Volksverhetzung.
Die Bild-Hetze:
http://www.bild.de/politik/ausland/griechenland-krise/mehr-rente-weniger-steuer-griechen-sind-doppelt-so-reich-wie-wir-deutsche-34537770.bild.html
***Die Widerlegung der Bild-Lügen** hier:*
http://pantelouris.de/2014/02/05/luegen-wollen/

Netzwerke und Organisationen aus ganz Europa bereitet sich auf gemeinsame Aktionstage im Mai gegen die Politik der Troika vor. Die zentralen Aktionstage sind die Tage vom 15.05 bis 17.05.

*Die Verarmungs- und Privatisierungspolitik in der Europäischen Union will kein Ende nehmen. Unter dem Diktat der Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF werden insbesondere den Ländern Südeuropas Kürzungsprogramme auferlegt. Doch gegen das europäische (und deutsche) Krisenregime regt sich **Widerstand**: Bei einem internationalen Treffen in Frankfurt am 25.1., von Blockupy initiiert, verständigten sich die Anwesenden auf **mehrere größere Proteste im Rahmen einer europaweiten dezentralen Aktionsaktionswoche vom 15. bis 25. Mai,** um ihre Ablehnung der neoliberalen Sparpolitik und der Profitlogik des Kapitalismus zum Ausdruck bringen.*
*Der Schwerpunkt der Aktionswoche wird auf den ersten drei Tagen liegen:**Am 15. Mai** sind Proteste zum Jahrestag der spanischen 15M-Bewegung sowie gegen den EU-Gipfel in Brüssel geplant. **Am 16. Mai** soll es in zahlreichen Städten in Europa lokale Aktionen geben. Für den **17. Mai** sind größere Proteste europaweit geplant;die Blockupy-versammlung vom 26.1. plant in Deutschland eine starke Mobilisierung in den vier deutschen Städten Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart.*
Ebenfalls während der Aktionswoche geplant ist der Start eines Flüchtlings-Marschs nach Brüssel. Mehr: http://blockupy.org/

EGB -Demonstration in Brüssel am 4.April

Crisis cannot be solved without sound social basis - ETUC announces European demonstration for 4 April

Speaking ahead of the summit on 18 December, ETUC Secretary General, Bernadette Ségol, announced that a European trade union demonstration will take place in Brussels on 4 April 2014, as the European Parliament prepares to elect new members.
"We in the trade union movement do not believe that the crisis is over," said Bernadette Ségol. "What we have to ask is, who is out of trouble? The financial system or the people?"
"Europe is extremely weak on its social dimension. Citizens do not agree with the kind of path the EU is going down. Such a Europe will be not be regarded kindly by its citizens, if it doesn't change course."
"Political leaders have to show they will protect workers; it is not just about freedom of the market, but also about social protection. That is why we are having this campaign."

- A new path for Europe: ETUC plan for investment, sustainable growth and quality jobs: http://www.etuc.org/a/11715
- ETUC Manifesto on the European Parliament Elections: http://www.etuc.org/a/11820

http://www.etuc.org/a/11863

Lisa Mittendrein (Attac Österreich) und Andy Storey (Attac Irland)

Irland-„Rettung“:

67,5 Mrd. Hilfskredite, 89,5 Mrd. für die Banken

Attac-Recherche zeigt: Geldflüsse aus Irland in den Finanzsektor übersteigen Hilfskredite deutlich. EU-Krisenpolitik blutet Bevölkerung und Wirtschaft aus, um Milliarden ins Bankensystem zu schleusen

Am 15. Dezember beendete Irland als erstes Land das „Rettungs“-Programm der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF). Während die politischen Eliten Europas den Inselstaat als Erfolgsgeschichte verkaufen, hat Attac nachgerechnet: Den 67,5 Milliarden Euro an Hilfsgeldern, die Irland seit Ende 2010 erhielt, stehen 89,5 Milliarden Euro gegenüber, die im selben Zeitraum aus dem Land in den Finanzsektor flossen.

Die Ergebnisse im Detail:

- **18,1 Milliarden** flossen in die Rekapitalisierung irischer Banken.
- **55,8 Milliarden** kamen GläubigerInnen des irischen Staats zugute. Davon wurden 37,5 Milliarden für auslaufende Staatsanleihen und 18,3 Milliarden für Zinsen laufender Anleihen bezahlt.
- **1,6 Milliarden** verwendete die National Asset Management Agency (NAMA), die vom Staat garantierte Bad Bank, um Banken faule Immobilienpapiere abzukaufen.
- **14 Milliarden** kostete den Staat bisher die Abwicklung der Irish Bank Resolution Corporation (IBRC), einer Fusion zweier verstaatlichter Pleitebanken. Davon fielen 12,9 Milliarden bei NAMA an, die die verbleibenden IBRC-Anlagen aufkaufte. Weitere 1,1 Milliarden gingen als Folge einer staatlichen Garantie an GläubigerInnen der Bank.

„Irland hat während seiner angeblichen Rettung mehr Geld in den Finanzsektor gesteckt, als es an Hilfskrediten erhalten hat“, fasst Lisa Mittendrein von Attac Österreich die Ergebnisse zusammen, *„bezahlt hat dafür die irische Bevölkerung, die ausgepresst wird, um den europäischen Bankensektor am Leben zu erhalten.“*

Troika verschärft falschen Kurs der irischen Regierung

Der irischen Bevölkerung wurde im Vorfeld des „Rettungs“-Programms die mit Abstand **größte nationale Bankenrettung der gesamten Eurozone** aufgebürdet. 76,5 Milliarden Euro öffentlicher Mittel flossen zwischen 2008 und 2010 direkt oder indirekt in die irischen Finanzinstitute (...).

EZB erpresst Irland, Hedgefonds auszuzahlen

Der Einfluss der Troika zeigt sich auch in Details der irischen Krisenpolitik: Die verstaatlichten irischen Banken müssen sogar jene GläubigerInnen zur Gänze auszahlen, die nicht von der staatlichen Garantie erfasst sind. Wie ein Gutachten für das Europäische Parlament festhält, zwang die EZB die irische Regierung zu diesem Schritt. Als Druckmittel drohte die Zentralbank damit, Notkredite für irische Banken zu verteuern oder gänzlich zu streichen. Sie tat das, obwohl es im „Rettungs“-Programm keine Auflagen zur Rückzahlung ungarantierter Bankschulden gibt und der IWF sich für eine Kostenbeteiligung der GläubigerInnen ausgesprochen hatte. Die EZB schützt damit zu einem großen Teil hochspekulative AkteurInnen wie Hedgefonds. Sie hatten den irischen Banken zu einem Zeitpunkt Geld geliehen, als bereits klar war, dass diese kurz vor dem Zusammenbruch oder der Notverstaatlichung standen. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass die EZB damit möglicherweise ihr Mandat überschritten hat und empfiehlt, sie in Zukunft nicht mehr in eine Troika aufzunehmen. *„Die EZB sorgt mit erpresserischen Methoden dafür, dass nach fünf Jahren Bankenrettung weitere 16 Milliarden öffentlicher Mittel an SpekulantInnen fließen, die nicht ausbezahlt werden müssten“*, kommentiert Mittendrein. (4)

Auch österreichische Banken gerettet

Wer die geretteten GläubigerInnen sind, wird von den politischen Eliten geheim gehalten. Eine vom Ex-Broker und Blogger Paul Staines geleakte, unvollständige Liste der GläubigerInnen von Anglo Irish, der größten irischen Pleitebank, umfasst internationale Großbanken wie Allianz, Barclays, Crédit Suisse, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC oder Société Générale. Auch Töchter österreichischer Banken wie Erste und Raiffeisen gehörten laut Staines zu den ProfiteurInnen. (..)

Staatlicher Pensionsfonds geplündert

Tatsächlich bezahlt die Bevölkerung die mehrfache Rettung des Finanzsektors mit einer **brutalen Kürzungspolitik.** So musste Irland seine eigene „Rettung“ mit 17,5 Milliarden mitfinanzieren. Davon kamen **10 Milliarden aus dem staatlichen Pensionsfonds** NPRF, der irische Pensionen in der Zukunft absichern sollte. Die Gelder aus dem Pensionsfonds wurden für Bankenrekapitalisierungen verwendet . Ende 2013 entschied die Regierung, ihn vollständig in einen Investmentfonds umzuwandeln.

Zahlreiche weitere Austeritätsmaßnahmen trafen die Bevölkerung hart:

Die Mehrwertsteuer wurde auf 23 Prozent erhöht, das Kindergeld gekürzt, das Arbeitslosengeld für Jugendliche halbiert. Die Studiengebühren stiegen um das Dreifache auf 2.500 Euro. Insgesamt wurden der irischen Gesellschaft seit 2008 mit Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen 28 Milliarden Euro entzogen.

Höchste Auswanderungsrate in der EU

Die sozialen Folgen der Krisenpolitik sind desaströs: Knapp ein Drittel der irischen Bevölkerung ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, ein Zehntel leidet unter Hunger. Während das verfügbare Einkommen des einkommensschwächsten Zehntels der Bevölkerung innerhalb eines Jahrs um 26 Prozent fiel, stieg jenes des Zehntels mit den höchsten Einkommen um 8 Prozent. Inzwischen denkt die Hälfte der 18- bis 24-Jährigen darüber nach, den Inselstaat zu verlassen. Bereits 300.000 Menschen sind in den letzten vier Jahren emigriert. Irland erlebte 2012 die höchste Netto-Auswanderung der gesamten EU.

Staatsschulden steigen weiter

Auch die irische Wirtschaft hat sich als Folge der Kürzungspolitik keinesfalls erholt: Das Bruttoinlandsprodukt ist heute um 12,6 Prozent niedriger als vor der Krise. Die Arbeitslosigkeit ist mit 13 Prozent nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie vor der Krise, unter Jugendlichen beträgt sie sogar 27 Prozent.

Der Bankensektor erfüllt seine Kernaufgabe, die Versorgung der Realwirtschaft mit günstigen Krediten, weiterhin nur schlecht: Die Hälfte der Klein- und Mittelbetriebe, die sich im letzten Quartal um einen Kredit bemühten, wurden von den Banken abgewiesen. Die Staatsschulden, die als Folge der Bankenrettungen zwischen 2007 und 2010 von 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 91 Prozent explodiert waren, stiegen unter Troika-Kontrolle weiter und erreichen 2013 laut aktueller Prognose 124 Prozent.

Irland-Rettung ist in Wahrheit Reichen-Rettung

(…) Dass nicht die irische Bevölkerung, sondern europäische Finanzeliten gerettet wurden, bestätigt Andy Storey, Soziologe und Ökonom am University College Dublin und Aktivist von Attac Irland: *„Das Geld, das europäische SteuerzahlerInnen Irland*

geliehen haben, wurde großteils für die Rückzahlung sozialisierter Privatschulden verwendet. Diese hätte die Öffentlichkeit nie übernehmen dürfen, ob in Irland oder anderswo in Europa. Illegitime Schulden sind der Kern dieser Krise."

Krisenpolitik braucht radikalen Kurswechsel…

In der europäischen Krisenpolitik ist ein radikaler Kurswechsel überfällig. (...) Zu große und damit „systemrelevante" Banken müssen geteilt werden, um nicht länger ganze Gesellschaften in Geiselhaft nehmen zu können. Mittelfristig muss der gesamte Bankensektor auf seine Kernaufgabe – das Einlagen- und Kreditgeschäft – zurückgeführt und die Profit- durch Gemeinwohlorientierung ersetzt werden. Die brutale Kürzungspolitik, die Sozial- und Gesundheitssysteme zerstört und in Irland und Europa hunderte Millionen Menschen in Armut stürzt, muss ein Ende haben. Stattdessen braucht es europäische Investitionsprogramme und eine europäisch koordinierte Steuer- und Wirtschaftspolitik im Interesse der breiten Bevölkerung. An den bereits entstandenen Krisenlasten müssen GläubigerInnen und Vermögende mit Schuldenerlassen und europaweit koordinierten hohen Vermögenssteuern beteiligt werden. *„Die Kosten der Krise müssen endlich von jenen beglichen werden, die sie verursacht haben"*, sagt Mittendrein.

…und endgültiges Aus für den Wettbewerbspakt

(…) Tatsächlich planen die politischen Eliten den Beschluss des Wettbewerbspakts, der das irische Modell auf die gesamte EU ausdehnen soll: Alle Staaten sollen sich vertraglich verpflichten, neoliberale Maßnahmen wie den Abbau von Arbeitsrechten, Lohnsenkungen oder Privatisierungen durchzusetzen. Die EU-Kommission soll deren Umsetzung kontrollieren und mit Prämien bzw. Strafzahlungen durchsetzen können. *„Der geplante Wettbewerbspakt bedeutet ‚Troika für alle'"*, fasst Lisa Mittendrein zusammen, *„nach breiten europäischen Protesten wurde sein Beschluss von Mitte Dezember auf Juni 2014 verschoben. Diesen Verarmungspakt gilt es endgültig zu stoppen, um eine Trendwende in der europäischen Krisenpolitik einzuleiten."*

Lisa Mittendrein: Koordinatorin der Recherche, Vorstandsmitglied Attac Österreich
Andy Storey: Attac Irland, Dozent für Politik und internationale Beziehungen

Eine genaue Auflistung und Erläuterung der einzelnen Posten und die Angaben der benutzten Quellen finden Sie unter: http://www.attac.at/uploads/media/Hintergrundmaterial_Irland_deutsch-GESPERRT.pdf

http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/12/27/bailout-irland.html

Andreas Fischer-Lescano vom Zentrum für Europäische Rechtspolitik der Universität Bremen hat ein **Rechtsgutachten für die Arbeiterkammer Wien, den Österreichischen und den Europäischen Gewerkschaftsbund** erstellt, in dem er zu dem Ergebnis kommt, dass **die Politik der Troika sowohl gegen völkerrechtliche Menschenrechtsabkommen als auch gegen die EU-Grundrechte-Charta verstößt.** http://www.uni-kassel.de/uni/nc/universitaet/nachrichten/article/vortrag-wie-die-europaeische-sparpolitik-die-menschenrechte-verletzt.html

Wolfgang Lieb (NachDenkSeiten): Hollandes "Pakt der Verantwortung" – Eine neue Runde des „Rattenrennens" wird eröffnet

16. Januar 2014

Mit „Rattenrennen" bezeichnet man einen Wettbewerb, bei dem am Ende alle verlieren. Sei es gezwungenermaßen wie die Südeuropäer oder freiwillig wie jetzt die französische Regierung, alle rennen der deutschen Agenda-Politik hinterher. Am Ende des Rennens geht es allen Europäern schlechter und ein neuer Wettlauf um die Wettbewerbsfähigkeit wird beginnen. Glaubt **Hollande** tatsächlich, dass es die Deutschen tatenlos hinnehmen würden, wenn Frankreich oder auch andere europäische Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland verbesserten. Die Große Koalition in Deutschland würde mit Sicherheit ein neues Rennen um Lohnsenkungen, Sozialabbau und Unternehmenssteuersenkungen starten. Alle gleichzeitig können in Europa aber nicht wettbewerbsfähiger als die anderen sein.

Nachdem die „Sozialdemokraten" Tony **Blair** und Gerhard **Schröder** schon vor über 10 Jahren den Schwenk auf neoliberalen angebotsorientierten Wirtschaftskurs vollzogen hatten und die südeuropäischen Länder Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Zypern durch die **Troika** auf diesen Kurs gezwungen wurden, ist nun auch der „Sozialist" François Hollande umgefallen: *„Um zum Wachstum zurückzukehren, brauchen wir eine Angebotspolitik. Diese stimuliert auch die Nachfrage"*, sagte Hollande. Dem im „Rattenrennen" führenden Deutschlands folgend, will Frankreich nun gleichfalls die „Lohnnebenkosten" bis 2017 um 30 Milliarden senken und die Unternehmenssteuern sowieso. Die im Wettbewerb ohnehin schwächelnden Briten wollen gleich ganz offen mehr Ballast bei den „Sozialleistungen" abwerfen, um mithalten zu können.

Schulterklopfen erfährt Hollande vom Consigliere der Agenda 2010 und dem sich selbst nachahmenden sozialdemokratischen Außenminister Steinmeier: *"Auch in Deutschland haben wir einige Zeit gebraucht und Hürden überwinden müssen, bis ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Programm festlag, das eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation versprach"*, meinte der sich mehr und mehr zur eigenen Karikatur entwickelnde Oberdiplomat.

Aber Hollande sollte sich über das Lob der Bundesregierung und der marktkonformen EU-Bürokraten nicht zu früh freuen. Deutschland liegt mit 0,4% Wirtschaftswachstum in diesem Jahr nur wenig vor Frankreich mit 0,2% und deutliche hinter dem Vereinigten Königreich mit 1,3%. Es wird sicherlich nicht lange dauern, bis in Deutschland angebotspolitisch nachgelegt wird, damit „wir" unsere relative Führungsposition verteidigen können.

Man kann eigentlich nur darauf hoffen, dass die revolutionserfahrenen Franzosen erkennen, welcher wirtschaftspolitische Neofeudalismus nach Europa zurückgekehrt ist.

Da die Franzosen eigentlich einen „Sozialisten" gewählt haben und Hollande nun politisch das tut, was sich sein konservativer Vorgänger wohl nie getraut hätte, besteht allerdings die reale Gefahr, dass viele Franzosen nur noch den rechtsextreme Front National um Marine Le Pen als Ausweg wählen. Um die Europawahl im Mai muss man sich wirklich Sorgen machen.

http://www.nachdenkseiten.de/?p=19945

Frankreich: Einheitliche Gewerkschaftskampagne gegen Rechtsextremismus:
Angesichts des Aufkommens von Rechtsextremismus und dessen Gedankengut muss die Gewerkschaftsbewegung in die Offensive gehen. In Frankreich haben die CGT, die FSU und Solidaires mit den Studentenorganisationen beschlossen, gemeinsam eine Einheitskampagne gegen Rechtsextremismus zu starten. Am Mittwoch, den 29. Januar fand eine Tagung mit 600 GewerkschaftlerInnen **(CGT, FSU, Solidaires, UNEF, UNL et Fidl) statt. Video**: http://www.cgt.fr/spip.php?page=multimedia&id_article=41002
http://www.cgt.fr/-Extreme-droite-l-imposture-sociale-.html
http://www.cgt.fr/spip.php?page=multimedia&id_article=41002

Aktionstag der Gewerkschaft CGT in 150 französischen Städten am 6.2. „Dividendes formidables – Salaires fort minables" (ausgezeichnete Dividende – mickrige Löhne) http://www.cgt.fr/Les-salaries-exigent-d-etre.html

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (ISW) München

Die Krise und die Spaltung Europas – Europa am Scheideweg

*Im ersten Teil des 40-seitigen Reports Nr.95 untersucht **Fred Schmid** die "Krise und Spaltung Europas". Die industriellen Kapazitäten liegen in der EU-27 um 9,1 % niedriger als vor der Krise 2008. Besonders stark zeigt sich die **Deindustrialisierung** in den Peripherieländern, mit fast 30 % Rückgang in Griechenland und Spanien und 20 % in Italien. Die **Arbeitslosenquote** in der EU schoss von 6,9 % (2008) auf 11,0 % (2013) in die Höhe. Auch hier ist ein ständig stärkeres Auseinanderdriften zwischen Kernländern und Peripherie festzustellen.*
***Der Süden ist der Verlierer** der vor allem von Deutschland durchgesetzten Austerity-Politik. Der Norden, wieder vor allem Deutschland, ist der große Gewinner. Während die Zinslast für die Südländer immer drückender wird, hat Deutschland dank der für seine Staatsschulden niedrigeren Zinsen bis einschließlich 2012 fast 100 Milliarden Euro an Zinsen gespart, die es hätte zahlen müssen, wenn die Zinsen auf dem Niveau von 2007 geblieben wären.*
*Im zweiten Teil sieht **Leo Mayer** "Europa am Scheideweg". In acht untersuchten Staaten ist die Zustimmung zur EU von 2012 auf 2013 durchschnittlich von 60 % auf 45 % zurückgegangen. Die größten Rückgänge gibt es europaweit bei den jungen Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren, bislang die Champions einer gemeinsamen europäischen Zukunft.*

Zu einem progressiven Weg aus der Krise gehören für Leo Mayer nicht Vorstellungen eines Euro-Austritts von links, wie sie Oskar Lafontaine und Heiner Flassbeck entwickelt haben. Stattdessen plädiert Leo Mayer für den Aufbau einer europaweiten Front für ein solidarisches Europa.

Auszüge:
Es ist höchste Zeit, gemeinsame alternative Projekte - und Strategien zu ihrer Umsetzung - zu entwickeln, um geeint zu gewinnen, statt getrennt unterzugehen.
Auf der Ebene der Programme bestehen konkrete und realisierbare Vorschläge. Da sind die zahlreichen Bewegungen und Organisationen, die um Grundrechte kämpfen, die von EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer immer mehr ausgehöhlt werden: Würde, Arbeit, Einkommen, Dach über dem Kopf, Gesundheit, Bildung, ein sicheres Alter, Aufnahme von Flüchtlingen, Achtung vor dem Leben Aller. In diesen Forderungen steckt die Keimform eines gemeinsamen Programms. (…)
Der **Europäische Gewerkschaftsbund** (EGB) fordert einen Kurswechsel und ein europäisches Investitionsprogramm für nachhaltiges Wachstum in Höhe von 2 % des europäischen BIP zur Re-Industrialisierung Europas und zur Schaffung von anständigen Arbeitsplätzen. (…)
Der **Deutsche Gewerkschaftsbund** (DGB) fordert ein öffentliches Investitionsprogramm in *"nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien und Dienstleistungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in moderne Verkehrsinfrastruktur, emissionsarme Städte und Gemeinden, in die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen"* . (...). Die Finanzierung des Programms soll über einen *»Europäische Zukunftsfonds«* erfolgen, der einer *"strikten Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen"* muss. Zur Aufbringung der erforderlichen Finanzmittel heißt es beim DGB: *"Da bis heute ausschließlich Steuerzahler bzw. Arbeitnehmer die Hauptlast der Krisenbekämpfung tragen, ist es an der Zeit, dass die Gruppe der Vermögenden und Reichen an der einmaligen Finanzierung der Kapitalausstattung des Zukunftsfonds beteiligt werden. Für Deutschland schlagen wir eine noch zu konkretisierende einmalige Vermögensabgabe von 3 % auf alle privaten Vermögen ab 500.000 Euro bei Ledigen bzw. 1 Mio. Euro bei Verheirateten vor. Die anderen EU-Länder sollten ihre Vermögenden und Reichen ebenfalls mit vergleichbaren Maßnahmen heranziehen. Insgesamt könnten europaweit zwischen 200 und 250 Milliarden Euro mobilisiert werden.*"(...)
Natürlich wird mit diesem Programm die Ursache der Krise nicht beseitigt und der Kapitalismus nicht überwunden – Der DGB schreibt selbst: *"Es löst die Staatsschuldenkrise, die Banken- und Finanzkrise und die soziale Krise in Europa nicht, reduziert aber ihre krisenbedingte Verschärfung."* (…)
Weitergehend ist das **»Manifest von Athen«**, beschlossen im Juli 2013 von Vertreterinnen und Vertretern von 180 Gewerkschaften und gesellschaftlichen Bewegungen und unterstützt von einzelnen Europaabgeordneten der Sozialdemokraten und der Grünen sowie der Partei der Europäischen Linken. (...) Dieser »Alter Summit« ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Erstmals haben sich große Gewerkschaften und gesellschaftliche Bewegungen auf eine kurze Liste gemeinsamer und dringender Forderungen geeinigt, auf die sie ihre Kämpfe ausrichten wollen – unterstützt von Vertreterinnen und Vertretern der politischen Linken. Desweiteren wurde erstmals ein europäisches Treffen nicht einberufen, um ein Forderungspapier zu entwickeln, sondern um gemeinsam Aktionsstrategien zur Veränderung der Kräfteverhältnisse zu erarbeiten.
Die Partei der **Europäischen Linken (EL)** hat ein Programm für eine "linke Alternative in Europa" vorgelegt. (...)

Die Umrisse eines europäischen Aktionsprogramms von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der politischen Linken zeigen sich in der **Übereinstimmung in folgenden Punkten:**

- Widerstand gegen die neoliberale Offensive, den Sozialabbau und die Privatisierungen in möglichst vielen Ländern;
- Verteidigung von parlamentarischen, demokratischen und Arbeiterrechten;
- Die Einführung einer Steuer auf finanzielle Transaktionen und eine Steuerreform mit progressiv ansteigenden Steuersätzen;
- Beendigung der Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Güter;
- Eine öffentliche, transparente und demokratische Überprüfung der Staatsschulden (Schulden-Audit) im Hinblick auf ihren tatsächlichen Umfang und ihre Konditionen sowie auf die Umstände, die zu ihrer Aufnahme geführt haben. Erst eine solche Überprüfung kann zeigen, welcher Teil der Schulden anzuerkennen ist, und welcher von betrügerischen Spekulationen herrührt.
- Eine europäische Neuverhandlung der öffentlichen Schulden, einschließlich der Streichung eines beträchtlichen Teils von ihnen und der Verbesserung der Rückzahlungsbedingungen.
- Direkte und niedrig verzinste Kredite der Europäischen Zentralbank an die Staaten und die Ausgabe von europäischen Anleihen, die einem produktiven Wiederaufbau und nicht der Spekulation dienen;
- Aufbau eines Bankensystems, das den gesellschaftlichen Bedürfnissen dient; demokratische Kontrolle und Vergesellschaftung des Finanzsystems; Regulierung der internen Privatverschuldung, insbesondere der überschuldeten Haushalte;
- Öffentliche Investitionen zur Schaffung sinnvoller, humaner Arbeitsplätze und zum ökologischen Umbau, mit dem Ziel, ein neues europäisches Entwicklungsmodell aufzubauen;
- Ein tatsächliches Europäisches Budget, das auf einen Ausgleich zwischen den stärkeren und schwächeren Ökonomien in Europa zielt.

Aber das Hauptproblem ist nicht das Programm selbst; es ist die Kraft, die es endlich in Gang setzen könnte. Das erfordert die **Zusammenarbeit von vielen gesellschaftlichen Kräften**, die heute noch zum größten Teil versprengt und voneinander isoliert agieren.
Die entscheidende Frage heute ist, ob die sozialen Bewegungen und die linken Kräfte in der Lage sein werden, ihre historischen Abgrenzungen und eigenen Begrenzungen zu überwinden, und **eine gemeinsame europäische Front gegen die Austeritätspolitik und für ein solidarisches Europa** aufzubauen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2013 werden eine erste Gelegenheit dafür bieten.

"Was wir brauchen, ist ein europäischer Frühling des Widerstandes – vergleichbar dem arabischen Frühling –, um die Verhältnisse zu verändern. Wenn Syriza gewinnt, dann wird Europa nicht mehr so sein, wie es zuvor war."
Alexis Tsipras,
http://www.youtube.com/watch?v=aUh96oXYt18

Veröffentlichung dieser Auszüge mit freundlicher Genehmigung des ISW-Teams
http://www.isw-muenchen.de/report950.html

Hinweise der Redaktion:
EGB, A new path for Europe: ETUC plan for investment, sustainable growth and quality jobs, http://www.etuc.org/a/11715
DGB: http://www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422
Altersummit:
http://www.altersummit.eu/manifeste/article/manifest-71

Hinweis: EuroMemorandum

Es wurde von der Arbeitsgruppe „Europäische WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa“ (EuroMemo Gruppe) erstellt und wird von mehr als 300 Ökonom_innen unterstützt.
http://transform-network.net/de

Neu: Troika Watch

Wir wollen über die Troika, die Situation in den von ihrer Politik betroffenen Ländern und die Opposition und den Widerstand dagegen berichten. Wir hoffen, dass dies helfen kann, Kämpfe besser zu vernetzen und einen Beitrag dazu leistet, den Widerstands gegen die Sparpolitik zu stärken.
Wir sind eine Gruppe von Menschen, die sich überwiegend von Treffen und Prozessen wie dem Europäischen Sozialforum, Firenze 10+10, dem Altersummit, EU in crisis oder Blockupy kennen. Einige von uns arbeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen wie dem Bretton Woods Project, Corporate Europe Observatory, CADTM, Humanitas oder Transnational Institute; andere sind in Netzwerken wie Attac, ICAN, Forum per una Nuova Finanza Pubblica e Sociale oder die spanische 15M-Bewegung aktiv.
Wir planen, einen Newsletter einmal pro Monat auf Englisch, Französisch, Deutsch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Slowenisch und Spanisch herauszugeben.
http://www.troikawatch.net

Sandro Mezzadra und Antonio Negri

Den neoliberalen Zauber brechen: Kampffeld Europa

Wer wie wir keine Wahlinteressen hat, ist in der besten Position, um die große Wichtigkeit der Wahlen zum Europaparlement 2014 für Europa zu erkennen. Es ist leicht, in den meisten betroffenen Ländern eine hohe Wahlenthaltung und eine signifikante Stärkung der „euroskeptischen“ Kräfte vorherzusehen, die vereint sind in ihrer Rethorik über die Rückkehr zur „nationalen Souveränität“, der Feindschaft zum Euro und zu den „Technokraten in Brüssel“. Für uns ist das nichts Gutes.

Wir sind schon länger überzeugt, dass das **Europa Realität** ist, dass die Integration sowohl unter dem normativen Gesichtspunkt als auch dem gouvernementalen und kapitalistischen Handeln mittlerweile die Schwelle zur Irreversibilität überschritten hat. (…) Zwar ist es notwendig, gegen die Gewalt zu protestieren, mit der sie das kapitalistische Kommando ausdrückt; jedoch eine Rückkehr zu den nationalen Währungen herbeizusehnen bedeutet, nicht zu verstehen, was heute das Feld ist, auf dem sich die Klassenauseinandersetzung abspielt.

Gewiss, Europa ist heute ein „deutsches Europa“, dessen ökonomische und politische Geografie entlang bestimmter Kräfteverhältnisse und Abhängigkeiten reorganisiert wird, die sich auch auf der monetären Ebene ausdrücken. Aber nur der neoliberale Zauber bringt uns dazu, **die Unumkehrbarkeit des Integrationsprozesses mit der Unmöglichkeit zu verwechseln, dessen Inhalte und Richtungen zu verändern.** (…) Diesen Zauber zu brechen heißt heute, den europäischen Raum als Feld des Kampfes, des Experimentierens und der politischen Erfindung wieder zu entdecken: Als Feld, auf dem der erneute Zusammenschluss von ArbeiterInnen und Armen möglicherweise die Perspektive einer politischen Organisierung eröffnet.

(…) **Warum erscheinen uns die Europawahlen im nächsten Mai dann wichtig?**
In erster Linie weil sowohl die relative Stärkung der Befugnisse des Parlaments als auch die Aufstellung eines Kandidaten für die Kommissionspräsidentschaft vonseiten der Parteien notwendigerweise aus der Wahlkampagne einen Moment europäischer Debatte machen, in der die unterschiedlichen Kräfte gezwungen sind, den Entwurf eines europäischen politischen Programmes zu definieren und zumindest darzulegen. Uns scheint daher, dass sich hier für all jene die Gelegenheit einer politischen Intervention bietet, die sowohl für den Bruch des neoliberalen Zaubers als auch seines Anhangs kämpfen, nach dem die einzig mögliche Opposition zur gegenwärtigen Form der Europäischen Union der antieuropäische „Populismus“ sei.

(...) Ausschlaggebend ist heute die Wiederherstellung eines programmatischen Diskurses, und das ist nur innerhalb des europäischen Raums und gegen diesen möglich. Es wäre nicht das erste Mal auch in der jungen Geschichte der Kämpfe, dass so manche Bewegungen genötigt wären, sich an die sich ändernden politischen Rahmenbedingungen anzupassen. Es geht darum, unverzüglich einen allgemeinen Horizont der Veränderung zu schaffen, gemeinschaftlich eine neue politische Grammatik und ein Ensemble programmatischer Elemente auszuarbeiten, die Kraft und Macht aus dem Inneren der Kämpfe schöpfen und sich jenen Entgleisungen entgegenstellen können, die wir in den letzten Wochen in Italien gesehen haben und deren vereinigendes Symbol nicht zufällig die Trikolore war. Hier und heute, wir wiederholen es, erscheint uns Europa als der einzige Raum, in dem dies möglich ist.

Ganzer Text:
http://www.euronomade.info/?p=1371

Catherine SAMARY

Europa und der Euro: Welche Währung? Ist das die eigentliche Frage?

Innerhalb der sozialen Bewegungen und der linken Parteien läuft gerade eine Debatte über die Notwendigkeit an, „aus dem Euro rauszugehen“. Aber über die Währung hinaus, ist vor allem die herrschende Politik zu hinterfragen.

Es bräuchte eine gewisse Zeit, um die Kluft zwischen den Massenbewegungen, die notwendig wären, um ein anderes europäisches Projekt glaubwürdig zu machen, und dem derzeitigen Zustand der sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Bewegungen zu überbrücken. Diese Feststellung, wie auch die Tatsache, dass die Situation in den jeweiligen europäischen Ländern sehr unterschiedlich ist, könnten leicht zur Meinung führen, es sei wirklichkeitsgerechter und wirksamer, aus dem Euro auszuscheiden, um den „Sozialplänen“ Widerstand zu leisten. Es ist aber alles andere als offensichtlich. Um darüber reden zu können, müssen zuerst die falschen, unter einem Währungsfetischismus (sei es des Euro, des Franc oder einer Gemeinschaftswährung) versteckten Selbstverständlichkeiten unter die Lupe genommen werden.

Lohnt sich eine gemeinsame Währung nur bei gleichem Entwicklungsniveau ?

„Für eine gemeinsame Währung sind gleichmäßige Entwicklungsniveaus erforderlich“ heißt es. Aber wie alle "nationalen" Währungen hat auch der Franc ursprünglich heterogene Gebiete vereint: die Staatshaushalte (auch die im Rahmen des Wiederaufbaus nach dem 2.Weltkrieg mit öffentlichen Geldern geplanten Investitionen) haben versucht, die Ungleichkeiten zu vermin-dern ... Denn diese verschärfen sich zweifellos gerade dann, wenn in einem wirtschaftlich heterogenen Gebiet allein die Marktkonkurrenz herrscht: der freie Wettbewerb zwischen Ungleichen verstärkt ... die Stärksten.

Eben dies hat sich inzwischen in der Eurozone ereignet. Aber es war nicht unausweichlich: gerade das weit verbreitete Verständnis dafür, dass die Einheitswährung zu noch schwerwiegenderen Ungleichheiten führen könnte, hat 1994 die Regierungen der EU-Länder dazu gebracht, als Hilfe für die Mitgliedsstaaten , deren BIP unter 90 % des gemeinschaftlichen Durchschnitts lag (Griechenland, Portugal, Spanien und Irland), einen "Kohäsionsfonds" einzuführen. Diese Länder kamen auch in den Genuss eines 1975 angesichts der wachsenden Unterschiedlichkeit der europäischen Gemeinschaft erhöhten "Strukturfonds" (wie jedes Land unter 75 % des durchschnittlichen BIP). Aber die Einheitliche Europäische Akte von 1986 (ausgehandelt nach der neoliberalen Wende der französischen Linken) hat durch den freien Kapitalverkehr die Wettbewerbslogik verschärft, und wenig später erzeugte die Wiedervereinigung Deutschlands einen radikalen Schock. Im Gegenzug zur Aufgabe der Deutschen Mark handelte das deutsch-französische Paar das monetaristische Joch von Maast-richt und das Fehlen einer gegenseitigen finanziellen Unterstützung zwischen Staaten aus: Investitionsbedarf sollte nur aus privaten Mitteln gedeckt werden. Die neue Ost-Erweiterung der Union wurde dann auch von der Konkurrenz in Bezug auf die Steuer- und die Gehaltspolitik geprägt. Anstatt heraufgesetzt zu werden, wurden die Strukturfonds des europäischen Haushalts gedeckelt ... Es handelt sich um in bestimmten Situationen getroffene Entscheidungen. Nicht um den Euro als solchen.

Ist eine gemeinsame Währung als solche eine Gewähr für gegenseitiges Solidarität

„Eine gemeinsame Währung würde den Zusammenhalt und die Kooperation unter Ländern ermöglichen, die es wünschen“, heißt es. Gewiss. Aber Solidarität und Zusammenarbeit sind nicht immer nur eine Frage der Währung. Sie lassen sich in den Ländern der Eurozone genauso wie in Ländern mit unterschiedlichen Währungen umsetzen.
Aber umgekehrt würde leider diesselbe Währung es genauso "erlauben", eine sozial rückschrittliche Politik durchzuführen: so geschehen in den Jahren nach 1980. Mit dem Franc als "hoheitlicher" Währung und dem Ecu als gemeinschaftlicher Währung haben wir unter der Präsidentschaft von François Mitterand zwischen 1982 und 1983 die Wende hin zur Austerität und zu einer neoliberalen Politik erlebt. Innerhalb von kaum zehn Jahren ist der Anteil der Löhne am geschaffenen Mehrprodukt um zehn Punkte gesunken und hat sich der deutschen Austeritätspolitik angepasst ...

Und 1992 hat dieses europäische Geldsystem (SME) hat eine größere Krise erlebt (mit der beträchtlichen Spekulation auf die Währungen), mit dem Zwang, die Bandbreite in den Schwankungen der Wechselkursparitäten auf 15 % zu erweitern... was die Ausrichtung auf eine Einheitswährung beschleunigt hat. Es ist wenig überzeugend heute zu behaupten, dass ein Rückschritt stabilisierend oder leicht wäre und als solcher bereits eine Gewähr für gegenseitige Unterstützung wäre.

Jacques Sapir spricht sich für zwei Maßnahmen aus: eine Monetarisierung der Staatsschuld (Aufhebung der Maastricht-Klauseln, die den Zentralbanken verbieten, die öffentlichen Schulden zu finanzieren); und eine Kapitalverkehrskontrolle. Diese Maßnahmen sind für die Schaffung einer öffentlichen Kontrolle der Finanzierungen unerläßlich. Diese Maßnahmen können gefordert werden ohne aus dem Euro auszusteigen
Für sich genommen, setzen sie eine Infragestellung der derzeit gültigen europäischen Vereinbarungen voraus. Aber Ursache der Verunsicherung ("Krise" genannt) sind weder der Euro, noch die Höhe der Schulden, sondern die spekulativen Finanzfonds, die sich auf die geschwächten Kettenglieder innerhalb einer zusammenhangs- und haltlosen Union stürzen. Die europäischen Regierungen müssen sogenannte "solidarische" Finanzierungen einführen, um spekulativen Angriffen die Stirn zu bieten - und werden also gezwungenermaßen die Staatsverträge ändern müssen. Aber sie ziehen Schnitte in den Ausgaben vor, die die private Finanzierungslogik und die der Märkte unberührt lassen, obwohl es ungerechte, unwirksame und undemokratische Maßnahmen sind, die nur der Bevölkerung neue Lasten aufbürden.

Ein anderes Europa aufbauen

Die Zeit ist also reif, um demokratische und soziale Forderungen für den Aufbau eines anderen Europa einzuhämmern: europäische Sozialpläne ablehnen und mit nationalen und europäischen Massenbewegungen einen verfassunggebenden Prozess einfordern, der den Inhalt der Verträge neu aufrollt. Gestützt auf eine öffentliche Wirtschaftsprüfung zu den Staatsschulden und auf ein Zahlungsmoratorium, wären alle europäischen Finanzierungweisen einer öffentlichen, pluralistischen Kontrolle zu unterstellen.

Auf dem Spiel steht das Estarken eines "linken Nein" zu europäischen und nationalen antisozialen Wirtschaftsplänen. Es sollte sich als unnachgiebiger Gegner rassistischer Nationalismen und der Ethnisierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik Gehör verschaffen ... und namentlich in Bezug auf die Währungsfrage. Die sozialen und politischen Entscheidungen hinter der Währungsfrage sind in den Vordergrund zu rücken, solidarische und mobilisierende Ziele sind zu formulieren (wie soziale und ökologische Prioritäten, Prozesse demokratischer Entscheidungsfindung) und der vorherrschenden Politik entgegenzustellen - mit "veränderbarer Geometrie", was die ziemlich unvorhersehbaren Szenarien (in Politik und Währungsfragen) betrifft - aber auf jeden Fall sollte das Streben nach einem grenzfreien, solidarischen Europa, das dem rassistischen Denken den Schritt verstellt, hervorgehoben werden.

http://csamary.free.fr Übersetzt von Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerin von coorditrad,

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) und Berliner Wassertisch
Konzessionsrichtlinie trotz Proteste im EU-Parlament verabschiedet

17 Januar 2014
Das Europäische Parlament hat am Mittwoch, dem 15. Januar mit überwältigender Mehrheit die neue Konzessionsrichtlinie verabschiedet, wobei Wasser aus der Richtlinie herausgenommen worden ist.
Die neuen Richtlinientexte müssen noch vom Rat angenommen und dann im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Dies wird voraussichtlich im Februar oder März geschehen. Sie treten in der Regel am 20. Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und sind von den Mitgliedsstaaten dann innerhalb einer Frist von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. **Damit könnten die neuen Vergabe- und Konzessionsregeln bis spätestens Frühjahr 2016 in Deutschland geltendes Recht sein.**
Dorothea Härlin von GiB und Berliner Wassertisch dazu: *"Das EU-Parlament hat nun die von uns scharf kritisierte Konzessionsrichtlinie verabschiedet. Wir freuen uns zwar, dass es Dank einer breiten Bewegung aus BürgerInneninitiativen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und anderen Akteuren gelungen ist, das Wasser davon auszunehmen, aber wir wissen, dass diese Richtlinie verheerende Folgen für viele andere Bereiche der Daseinsvorsorge haben wird. Leider ist es nicht gelungen, im Bildungs-, Gesundheitswesen oder anderen Bereichen eine annähernd starke Bewegung von unten dagegen zu schaffen und so sind sie in der Richtlinie enthalten."*
http://www.gemeingut.org/2014/01/konzessionsrichtlinie-im-eu-parlament-verabschiedet/

Das europäische Netzwerk gegen Privatisierung und Kommerzialisierung von Gesundheit und sozialer Sicherung

Manifest: http://www.sante-solidarite.be/sites/default/files/manifeste_du_reseau_europeen.pdf





Energiewende retten!
Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom
22.03. 2014

Bei der ganzen, meist mit Verirrungen gespickten Debatte zur Energiewende tauchenbislang kaum Aspekte zur Atomkraft auf.
Stattdessen scheint das Ziel: Wie kann die Energiewende am besten gebremst werden.

Das muss sich ändern! Um Fukushima zu gedenken, finden Aktionen statt:
am **8. März** in **Jülich** (http://www.fukushima2014.nl) und **Berlin** (http://bit.ly/f3-berlin),
am **9. März** in **Neckarwestheim** (http://bit.ly/f3-gkn) und am **Oberrhein** (http://bit.ly/f3-oberrhein)
und am **10. März** bundesweit lokale **Mahnwachen**.

Nach der großen Energiewende-Demo im November 2013 in Berlin demonstrieren am **22. März** viele tausend Menschen **in sieben Landeshauptstädten**, um die jeweilige Landesregierung an ihre Verantwortung für die Umsetzung der Energiewende zu erinnern. Weiter:
18. April: Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage **Gronau** (NRW)
26. April: Protest- und Kulturmeile am 28. Tschernobyl-Jahrestag in **Brokdorf**
Zentrale **Großdemonstration in Berlin am 10. Mai.** Unter dem Motto *„Energiewende nicht kentern lassen"* soll der Protest nicht nur auf der Straße, sondern auch auf der durchs Regierungsviertel fließenden Spree in die Öffentlichkeit getragen werden.

Am 28. und 29. März veranstaltet .ausgestrahlt zusammen mit Umweltverbänden und Initiativen **in Berlin eine große Tagung zum Atommüll-Problem.**
http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/energiewende-demo.html

Kritik des Europäischen Gewerkschaftsbundes an das EU-Klima- und Energiepakets 2030
(http://ec.europa.eu/clima/policies/2030/documentation_en.htm .)
Der EGB vermißt das nötige Engagement in der Energieeffizienz, ebenfalls die Nichtbeachtung der sozialen Dimension der Energiewende; es muss gerecht und partizipativ gehen. Ein umfangreicher Investitionsplan wäre ein wesentliches Elkement einer anspruchsvollen Strategie.
*Der EGB hat seine Positionen in dem Papier **„ Investment, Sustainable Growth and Quality Jobs - A New Path For Europe"** dargelegt. Darin heißt es: „Wir schlagen vor, das zusätzliche Ziel einer Investitionshöhe von 2 % BSP der EU über einen Zeitraum von zehn Jahren zu setzen."*
http://www.etuc.org/a/11961

Attac / PowerShift / BUKO

„SCHON MAL ABSCHALTEN?!"
Wie können klimaschädliche Industriebereiche beendet werden?

Tagung am Samstag, 8.3.2014 10:00 – 18:30 im Pavillon Hannover - Kultur- und Kommunikationszentrum

Wenn wir gemeinsam den sofortigen Ausstieg aus der Atom- und Kohlekraft fordern, weil das zynische, menschenverachtende Technik ist, ausbeutend, unbeherrschbar, demokratisch nicht zu kontrollieren, dann müssen jetzt nicht nur Erneuerbare Energien ausgebaut, sondern muss massiv Energie eingespart werden.
Wenn es gleichzeitig stimmt, dass das nicht allein durch Effizienz zu erreichen ist und durch Änderungen im individuellen Lebensstil, dann geht es immer um strukturelle Fragen der konkurrenz- und wachstumsorientierten Wirtschaft, um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und damit um die Produktion.
Wir stellen deshalb im ersten Teil dieser Tagung die noch nicht so übliche Frage: **Welche klimaschädlichen Industriebereiche sind verzichtbar,** um Energiewende und Klimagerechtigkeit zu schaffen? „Was schalten wir schon mal ab?"
Und wenn wir diese Frage ernst nehmen, führt das zu nötigen und völlig berechtigten Nachfragen - das ist der zweite Teil der Tagung:
Was ist denn dann mit den Arbeitsplätzen, was nimmt die Angst?
Was verhindert eine bloße Auslagerung schmutziger Industrie?
Welche Schritte zur Postwachstumsökonomie zeigen konkrete, strukturelle Alternativen auf?
Und wie handeln wir das gesellschaftlich aus, während die Zeit drängt?

Anmeldung: bis zum 22.2.14 über die Tagungs-Homepage an. Mehr:
http://www.attac.de/tagung-abschalten

Oliver Kalusch

Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Fracking verhindern!

Vor vier Jahren kannte in Deutschland fast niemand den Begriff „Hydraulic Fracturing" (Fracking). Das gefährliche Gasbohren, mit dem durch das Aufbrechen von Schiefergestein oder Sandstein unter hohem Druck Gas gewonnen werden soll, kann durch eingesetzte Frackflüssigkeiten mit giftigen oder umweltgefährlichen Substanzen das Grundwasser vergiften. Und auch ohne diese Zusätze kann es aufgrund von aufsteigendem Lagerstättenwasser, das z.B. mit krebserregenden oder radioaktiven Substanzen belastet sein kann, zu Grundwasserkontaminationen kommen.
http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/wasser/trinkwasser/erdgas_fracking/
http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/pdfs/stellungnahme_fracking.pdf
Hinzu kommen potentielle Erdbeben, Störfälle mit bis zu 21 km weiten Auswirkungen, eine miserable Klimabilanz und eine ungelöste Entsorgungsproblematik.

Dagegen hat sich ab Ende 2010 der Widerstand entwickelt. Mit Bürgerversammlungen, Kundgebungen und Informationsständen machte die Anti-Fracking-Bewegung auf sich aufmerksam, s. bbu-Pressemitteilungen vom 6.4.2011 und 26.5.2011, http://www.bbu-online.de/Presse.htm
Von Anfang an war dabei die Internetseite „Gegen Gasbohren" eine wichtige Informationsquelle (http://www.gegen-gasbohren.de/)

Einen großen **Erfolg** konnte die Anti-Fracking-Bewegung im ersten Halbjahr 2013 erzielen. Etliche Male versuchte die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP, Entwürfe zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes und der UVP-Verordnung Bergbau im Bundeskabinett auf den Weg zu bringen, um so erstmals einen Rechtsrahmen zur Ermöglichung von Fracking zu schaffen. Parallel dazu versuchte insbesondere Umweltminister Altmaier, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, es würden Maßnahmen ergriffen, um Fracking zu verhindern (bbu- PM vom 11.02.13, 12.02.13, 26.02.13, 27.02.13, http://www.bbu-online.de/Presse.htm).
Jedesmal gelang es jedoch der Anti-Fracking-Bewegung mit fundierten Analysen der Rechtsänderungsentwürfe und einer umfassenden Information der Bundestagsabgeordneten und der Bevölkerung, eine **Verabschiedung im Kabinett zu verhindern**, s. http://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/Fracking-Stellungnahme-II-3-OK.pdf und viele bbu-PM von 2013
http://www.robinwood.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Magazin/2013-3/118-32-33-ener-fracking.pdf

Doch mit der neuen Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD ist das Thema wieder auf den Tisch gekommen. Statt die notwendigen Konsequenzen aus der breiten Ablehnung der Bevölkerung zu ziehen (bbu-PM vom 7.5.2013) lässt die neue Bundesregierung entgegen aller Medienberichte die Pläne von Altmaier und Rösler aus 2013 wieder aufleben (bbu-PM vom 27.11.2013).
Damit wird es in dieser Legislaturperiode bei Thema Fracking erneut zu einer harten Kontroverse um Fracking kommen. Die Anti-Fracking rechnet damit, dass CDU/CSU und FDP die Rechtsänderungsentwürfe im Sommer 2014 wieder vorlegen werden.
Die Bevölkerung ist aufgefordert, sich aktiv an **Aktionen der Fracking-Bewegung** zu beteiligen, damit kein Recht zur Ermöglichung von Fracking, sondern ein Fracking-Verbot auf Bundesebene verabschiedet wird. Bereits in der Vergangenheit hat die Anti-Fracking-Bewegung ihre Aktionsfähigkeit bewiesen, so auf dem bundesweiten Aktionstag am 31.8.2013 und am internationalen Aktionstag am 19.10.2013.

Auf dem zweiten bundesweiten Treffen der Bewegung am 4. und 5. Mai 2013 haben sich zudem in Korbach **26 Anti-Fracking-Initiativen aus Deutschland** zur stärkeren Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch getroffen und sich auf die Forderungen der Korbacher Resolution geeinigt:
- Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.
- Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten" fossilen Energieträgern.
- Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.
- Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
- Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

http://www.resolution-korbach.org/project/unterst-aus-de.php

Je mehr Unterzeichner die Resolution bekommt, desto stärker wird der **Druck auf die Politik**. Ein solcher Druck ist gerade angesichts der großen Koalition und des mangelnden Willens der Bundesländer, frühzeitig gegen Fracking vorzugehen, wichtig (bbu-PM vom 4.12.2013, 19.08.2013, 18.12.2013):
http://www.gegen-gasbohren.de/2013/12/20/immer-weiter-bohren-lizenzen-konstanz-biberach-verlaengert/
Nur mit vielen Unterschriften und einer starken außerparlamentarischen Opposition kann das gefährliche Gasbohren verhindert werden.

Alvaro García Linera

Das Europa der Aufklärung, der Revolten, der Revolutionen: nur Vergangenheit ?

Rede vom Vizepräsidenten Boliviens auf dem Kongress der Europäischen Linken, Dez. 2013

(…) Lasst mich offen und ehrlich sein...aber auch konstruktiv.

Was sehen wir Außenstehenden von Europa? Wir sehen ein Europa, das dahinsiecht, ein niedergeschlagenes Europa, ein selbstversunkenes und selbstzufriedenes Europa, das bis zu einem gewissen Grad apathisch und müde ist. Ich weiß, es sind sehr hässliche und sehr harte Worte, aber so sehen wir es. **Das Europa der Aufklärung, der Revolten, der Revolutionen ist Vergangenheit.** Weit, sehr weit zurück liegt das Europa der großen Universalismen, die die Welt bewegten, die die Welt bereicherten und die die Völker in vielen Teilen der Welt anspornten, Zuversicht zu schöpfen und sich von dieser Zuversicht tragen zu lassen.

Vorbei sind die großen intellektuellen Herausforderungen. Hinter dem, was von den Postmodernisten als das Ende der großen Erzählungen gedeutet wurde und gedeutet wird, scheint sich angesichts der jüngsten Ereignisse nichts weiter als der groß angelegte **Klüngel der Konzerne und des Finanzsystems** zu verbergen.

Es ist nicht das europäische Volk, das seine Tugend, das seine Hoffnung aufgegeben hat, denn das Europa, das ich meine, das müde, das erschöpfte Europa, das selbstversunkene Europa, ist **nicht das Europa der Völker – dieses wurde lediglich zum Schweigen gebracht, eingesperrt, erstickt.** Das einzige Europa, das wir in der Welt sehen, ist das Europa der großen Wirtschaftskonzerne, das neoliberale Europa, das Europa des groß angelegten Finanzklüngels, das Europa der Märkte – und nicht das Europa der Arbeit.

In Ermangelung großer Dilemmas, großer Perspektiven und großer Erwartungen hört man lediglich – um es frei nach Montesquieu zu sagen – den bedauerlichen Lärm der kleinen Ambitionen und des großen Appetits. **Demokratien ohne Hoffnung und ohne Glauben sind gescheiterte Demokratien.** Demokratien ohne Hoffnung und ohne Glauben sind verknöcherte Demokratien. Genau genommen sind es keine Demokratien. Es gibt keine echte Demokratie, die nichts weiter als **langweiliges Beiwerk verknöcherter Institutionen** ist, mit denen alle drei, alle vier oder alle fünf Jahre Rituale wiederholt werden, um diejenigen zu wählen, die künftig mehr schlecht als recht über unser Schicksal entscheiden werden. Wir alle wissen, und in der Linken sind wir uns einigermaßen einig darüber, wie es zu einer solchen Situation gekommen ist. Die Fachleute, Gelehrten und die politischen Debatten liefern uns eine ganze Reihe von Deutungsansätzen, warum es uns schlecht geht und wie es soweit kommen konnte.

Ein erstes gemeinsames Urteil zu der Frage, **wie es zu dieser Situation kommen konnte**, lautet, dass nach unserem Verständnis der **Kapitalismus** zweifelsohne eine **weltumspannende geopolitische Dimension** erreicht hat, die absolut ist. Die Welt ist nun im wahrsten Sinne eine runde Sache. Und die ganze Welt wird zu einer großen globalen Werkstatt. Ein Radio, ein Fernseher, ein Telefon hat keinen Entstehungsort mehr, vielmehr ist die Welt als Ganzes zu seinem Entstehungsort geworden. Ein Chip wird in Mexiko hergestellt, das Design in Deutschland entworfen, der Rohstoff stammt aus Lateinamerika, die Arbeitskräfte sind Asiaten, die Verpackung kommt aus Nordamerika und der Verkauf findet global statt.

Dies ist ein Wesensmerkmal des modernen Kapitalismus – daran besteht kein Zweifel – und genau hier muss man mit entsprechenden Maßnahmen ansetzen.

Ein zweites Charakteristikum der letzten zwanzig Jahre ist eine Art **Rückkehr zur fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation**. Die Texte von Karl Marx, der den Ursprung des Kapitalismus im 16. und 17. Jahrhundert beschrieb, sind heute wieder aktuell, ja gehören ins 21. Jahrhundert. Wir erleben eine permanente ursprüngliche Akkumulation, bei der sich die Mechanismen der Sklaverei, die Mechanismen der Unterordnung, der Verunsicherung, der Fragmentierung, die auf so außergewöhnliche Weise von Karl Marx dargestellt wurden, wiederholen. Nur dass der moderne Kapitalismus die ursprüngliche Akkumulation aktualisiert. Er aktualisiert sie, erweitert sie und dehnt sie auf neue Bereiche aus, um mehr Ressourcen und mehr Geld herauszuholen. Doch neben dieser fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation – die für die gegenwärtigen sozialen Klassen sowohl in unseren Ländern als auch weltweit kennzeichnend sein wird, weil durch sie die örtliche, d. h. territoriale Arbeitsteilung und die globale Arbeitsteilung neu organisiert werden – erleben wir eine Art Neoakkumulation durch Enteignung. Wir erleben einen **Raubtierkapitalismus**, der akkumuliert, indem er oftmals auf strategischen Gebieten produziert: Wissen, Telekommunikation, Biotechnologie, Automobilindustrie; doch in vielen unserer Länder **akkumuliert er durch Enteignung,** indem er nämlich die gemeinschaftlichen Sphären in Beschlag nimmt, wie etwa Artenvielfalt, Wasser, überliefertes Wissen, Wälder, natürliche Ressourcen... Hierbei handelt es sich um eine Akkumulation durch Enteignung, und zwar nicht durch Schaffung von Reichtum, sondern durch **Enteignung des gemeinsamen Reichtums, der in privaten Reichtum überführt wird.** Das ist die neoliberale Logik. Wenn wir den Neoliberalismus so sehr kritisieren, dann wegen seiner Verdrängungslogik und seines parasitären Charakters. Anstatt Reichtum zu schaffen, anstatt die Produktivkräfte zu entwickeln, enteignet der Neoliberalismus die kapitalistischen und nicht- kapitalistischen, kollektiven, örtlichen, ja gesellschaftlichen Produktivkräfte.

Doch auch das dritte Merkmal der modernen Wirtschaft ist nicht nur eine fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation, eine Akkumulation durch Enteignung, sondern auch durch **Unterordnung** – Marx würde es reelle Subsumtion des Wissens und der Wissenschaft unter die kapitalistische Akkumulation nennen. Einige Soziologen nennen dies Wissensgesellschaft. Es besteht kein Zweifel, dass es sich hierbei um die Bereiche handelt, die für die Produktionskapazitäten der modernen Gesellschaft am mächtigsten sind und die größte Tragweite besitzen.

Das vierte Merkmal wiederum, das immer mehr Konflikt- und Risikopotenzial birgt, ist der **Prozess der reellen Subsumtion des Lebenssystems Erde als Ganzes**, das heißt der Wechselwirkungsprozesse zwischen Mensch und Natur.

Diese vier Merkmale des modernen Kapitalismus sorgen für eine **Neubestimmung der Geopolitik** des Kapitals auf globaler Ebene, eine **Neubestimmung der Klassenstruktur** der Gesellschaften – eine Neubestimmung der Klassenstruktur und der sozialen Klassen weltweit.

Da ist nicht nur die Auslagerung der traditionellen Arbeiterklasse, die wir im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert entstehen sahen, vom kapitalistischen Rumpf in die Extremitäten, d. h. ihre Verlagerung in periphere Gebiete wie Brasilien, Mexiko, China, Indien oder die Philippinen, sondern es entsteht auch in den am weitesten entwickelten Gesellschaften eine neue Art des Proletariats. **Eine neue Art der Arbei-**

terklasse. Die Arbeiterklasse der Höherqualifizierten. Lehrer, Forscher, Wissenschaftler, Analysten, die sich selbst nicht als Arbeiterklasse sehen, sondern sich wahrscheinlich als Kleinunternehmer begreifen, die aber im Grunde die neue soziale Struktur der Arbeiterklasse des beginnenden 21. Jahrhunderts ausmachen.

Doch zugleich entsteht auf der Welt etwas, was wir als **„diffuses Proletariat“** bezeichnen könnten: nicht-kapitalistische Gesellschaften und Nationen, die der kapitalistischen Akkumulation förmlich untergeordnet werden. Lateinamerika, Afrika, Asien: Wir reden hier von Gesellschaften und Nationen, die im engeren Sinne nicht kapitalistisch sind, insgesamt aber in Erscheinung treten, als seien sie untergeordnet und als Formen der diffusen Proletarisierung ausgestaltet, und zwar nicht allein wegen ihrer wirtschaftlichen Eigenschaften, sondern auch wegen ihres fragmentierten Charakters selbst bzw. wegen der oftmals schwierigen Fragmentierung und aufgrund ihrer geographischen Streuung.

Wir haben es also nicht nur mit einer neuen Art und Weise zu tun, wie sich die kapitalistische Akkumulation ausbreitet, sondern auch mit einer **Neuordnung der Klassen und des Proletariats und der nichtproletarischen Klassen auf der Welt.** Die Welt von heute ist konfliktgeladener. Die Welt von heute ist stärker proletarisiert, nur dass sich die Formen der Proletarisierung von denen, die wir im 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts kennenlernten, unterscheiden.

Und die Proletarisierung dieses diffusen Proletariats, dieses Proletariats der Höherqualifizierten, nimmt nicht unbedingt die Gestalt von Gewerkschaften an. Das Modell Gewerkschaft hat in einigen Ländern seine zentrale Stellung verloren; es entstehen **andere Formen von Zusammenschlüssen** für die Belange der Bevölkerung, der Beschäftigten und der Arbeiter.

Was tun? – die alte Frage Lenins – Was sollen wir tun?

Wir sind uns einig bei der Erklärung, was nicht stimmt, wir sind uns einig bei der Erklärung, was sich in der Welt verändert, doch können wir auf diese Veränderungen nicht reagieren, oder besser: **Die Antworten, die wir früher hatten, sind unzureichend,** denn sonst würde hier in Europa nicht die Rechte regieren. Irgendetwas fehlte unseren Antworten und tut es auch heute noch. Irgendetwas fehlt unseren Vorschlägen. Erlaubt mir, **fünf bescheidene Anregungen** vorzubringen, wie sich die Aufgaben, vor der die europäische Linke steht, gemeinsam gestalten ließen.

Die europäische Linke kann sich nicht damit begnügen, einen Befund zu erstellen und sich zu beklagen. Befund und Klage dienen zwar dazu, moralische Empörung zu erzeugen, und die Verbreitung der moralischen Empörung ist wichtig, aber sie erzeugen keinen Willen zur Macht.

Die Klage ist kein Wille zur Macht. Sie kann die Vorstufe zum Willen zur Macht sein, aber sie ist kein Wille zur Macht. Die europäische Linke, die Linke weltweit muss angesichts dieses zerstörerischen, räube-rischen, Natur und Mensch mitreißenden Strudels, der vom zeitgenössischen Kapitalismus angetriebenen wird, **mit Vorschlägen oder Initiativen aufwarten.**

Die europäische Linke, ja die Linke in allen Teilen der Welt muss **einen neuen gesunden Menschenverstand entwickeln**. Im Grunde genommen ist der politische Kampf ein Kampf um den gesunden Menschenverstand. Um die Gesamtheit von Urteilen und von Vorurteilen. Um die Frage, wie die Leute – der junge Student, die Fachkraft, die Verkäuferin, der Angestellte, der Arbeiter – auf einfache Weise die Welt ordnen. Genau das ist gesunder Menschenverstand. Die grundlegende Weltauffassung, mit der wir unser tägliches Leben ordnen. Die Art und Weise, wie wir das Gerechte und das Ungerechte, das Wünschenswerte und das Mögliche, das Unmögliche und das Wahrscheinliche bewerten. Die Linke weltweit und die europäische Linke müssen deshalb für einen neuen gesunden Menschenverstand kämpfen, der **progressiv, revolutionär, universalistisch** ist, der in jedem Fall aber einen neuen gesunden Menschenverstand darstellt.

Zweitens müssen wir uns – wie vom ersten Redner so brillant dargelegt – den Begriff der **Demokratie** wieder ins Gedächtnis rufen. Die Linke hat immer die Fahne der Demokratie hochgehalten. Es ist unsere Fahne. **Es ist die Fahne der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung, der Partizipation**. Doch dafür müssen wir uns von der Vorstellung lösen, Demokratie sei eine rein institutionelle Tatsache. Demokratie – sind das Institutionen? Ja, das sind Institutionen, aber sie ist **viel mehr als nur Institutionen.** Bedeutet Demokratie, alle vier oder fünf Jahre zu wählen? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Bedeutet es, ein Parlament zu wählen? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Bedeutet es, das Prinzip des Machtwechsels einzuhalten? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Das ist das liberale, verknöcherte Verständnis von Demokratie, in dem wir manchmal steckenbleiben.

Demokratie – sind das **Werte**? Es sind Werte, Organisationsprinzipien für die Verständigung der Welt: Toleranz, Vielfältigkeit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit. Es sind also Prinzipien, es sind Werte, aber es sind nicht nur Prinzipien und Werte. Es sind Institutionen, aber es sind nicht nur Institutionen. Die Demokratie ist praktisch. Demokratie ist Handeln, gemeinsames Handeln. Demokratie ist im Grunde genommen wachsende Teilhabe an der Bewirtschaftung der gemeinschaftlichen Güter, die eine Gesellschaft besitzt. Demokratie herrscht dann, wenn wir an dem, was wir Bürger gemeinsam besitzen, **teilhaben**. Wenn wir als **Gemeingut** Wasser besitzen, dann bedeutet Demokratie, an der Bewirtschaftung des Wassers teilzuhaben. Wenn wir als Gemeingut die Sprache haben, dann bedeutet Demokratie die gemeinsame Pflege der Sprache. Wenn wir als Gemeingut die Wälder, den Boden, das Wissen haben, dann bedeutet Demokra-tie, dass die Bewirtschaftung, die Pflege gemeinsam stattfindet. Eine wachsende gemeinsame Teilhabe an der Bewirtschaftung des Waldes, des Wassers, der Luft, der natürlichen Ressourcen. Es bedarf einer Demokratie – und es gibt sie – im lebendigen und nicht im verknöcherten Sinn des Begriffs, und dies gelingt, wenn die Bevölkerung und die Linke die **gemeinsame Bewirtschaftung der gemeinsamen Ressourcen, Institutionen, Rechte und Güter** unterstützen und sich an ihr beteiligen.

Die alten Sozialisten der 70er Jahre sprachen davon, dass die Demokratie an die Tore der Fabriken klopfen müsse. Das ist eine gute Idee, aber es reicht nicht aus. Sie muss an die **Tore der Fabriken, die Tore der Banken, die Tore der Unternehmen**, die Tore der Institutionen, die Tore zu den Ressourcen, die Tore zu all dem klopfen, was den Menschen gemeinsam gehört. Unser Delegierter aus Griechenland fragte mich zum Thema Wasser, wie wir es in Bolivien angegangen seien, diese Grundfrage, diese Überlebensfrage, Wasser! Nun, was das Wasser betrifft, ein Gemeingut, das enteignet worden war, begab sich das Volk in einen „Krieg“, um so das Wasser für die Bevölkerung zurückzugewinnen, und danach gewannen wir nicht nur das Wasser zurück, sondern führten einen weiteren sozialen Krieg und gewannen das Gas und das Öl und die Minen und den Telekommunikationssektor zurück, wobei noch viel mehr zurückzugewinnen ist. Doch in jedem Fall war dies der Ausgangspunkt, die wachsende Beteiligung der Bürger an den gemeinschaftlichen Gütern, dem Allgemeingut, das eine Gesellschaft, eine Region besitzt.

An dritter Stelle muss die Linke auch wieder ihre **Forderungen nach dem Universellen, den universellen Leitbildern, den gemeinschaftlichen Gütern in den Vordergrund stellen.** Die Politik als Gemeingut, die Partizipation als eine Beteiligung an der Bewirtschaftung der gemeinsamen Güter. Die Wiedererlangung des Gemeinschaftlichen als **Recht**: das Recht auf Arbeit, das Recht auf Ruhestand,

das Recht auf kostenlose Bildung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf saubere Luft, das Recht auf den Schutz von Mutter Erde, das Recht auf den Schutz der Natur. Es sind Rechte. Aber es sind **universelle Gemeingüter**, angesichts derer sich die Linke, die revolutionäre Linke, überlegen muss, welche konkreten objektiven Maßnahmen sie ergreift und wie sie die Menschen mobilisiert. Ich las in der Zeitung, wie in Europa öffentliche Mittel eingesetzt wurden, um private Güter zu retten. Das ist absurd. Da wurde das Geld europäischer Sparer verwendet, um den Konkurs der Banken abzuwenden. Da wurde das Gemeinschaftliche verwendet, um das Private zu retten. Das ist doch verkehrte Welt! Es muss umgekehrt sein: die privaten Güter verwenden, um das Allgemeingut zu retten und zu fördern, und nicht das Allgemeingut, um die privaten Güter zu retten. Bei den **Banken** muss ein Prozess der Demokratisierung und der Vergesellschaftung ihrer Verwaltung stattfinden. Denn sonst werden die Banken Euch am Schluss nicht nur die Arbeit nehmen, sondern auch Eure Wohnung, Euer Leben, Eure Hoffnung, alles..., und das darf nicht zugelassen werden.

Dabei müssen wir aber auch – in unserem Konzept als Linke – **eine neue Wechselbeziehung zwischen dem Menschen und der Natur einfordern**. In Bolivien nennen wir dies aufgrund unseres indigenen Erbes „neue Beziehung zwischen Mensch und Natur". Präsident Morales sagt, die Natur kann ohne den Menschen existieren, der Mensch jedoch nicht ohne die Natur. Dabei darf man jedoch nicht der Logik der Green Economy verfallen, die eine scheinheilige Form des Umweltschutzes darstellt. Es gibt Unternehmen, die bei Euch Europäern als Naturschützer auftreten und für saubere Luft sorgen, doch dieselben Unternehmen liefern uns, dem Amazonasgebiet, Lateinamerika oder Afrika, die ganzen Abfälle, die hier erzeugt werden. Hier sind sie Umweltschützer, dort werden sie zu Umwelträubern. Die Natur haben sie in einen weiteren Geschäftszweig verwandelt. Dabei ist ein kompromissloser Schutz der Umwelt weder ein neuer Geschäftszweig noch ein neues Unternehmenskonzept. Es muss wieder ein neues Verhältnis aufgebaut werden, das zwangläufig gespannt ist. Denn für einen Reichtum, der Bedürfnisse befriedigen soll, muss die Natur verändert werden, und bei der Veränderung der Natur verändern wir ihre Existenz, verändern wir ihr BIOS. Doch mit der Veränderung des BIOS zerstören wir oftmals im Gegenzug den Menschen und auch die Natur. Den Kapitalismus stört das nicht, denn für ihn ist es ein Geschäft. Uns aber, die Linke, die Menschheit, ja die Menschheitsgeschichte stört es sehr wohl. **Wir müssen uns für eine neue Art der Beziehung stark machen, die vielleicht nicht unbedingt harmonisch, aber doch wechselseitig ist;** von der beide Seiten profitieren, der natürliche Lebensraum und der Mensch, seine Arbeit, seine Bedürfnisse.

Und schließlich müssen wir ohne Frage **die heroische Dimension der Politik einfordern**. Hegel sah die Politik in ihrer heroischen Dimension. Und wohl in Anlehnung an Hegel sagte **Gramsci**, dass in den modernen Gesellschaften die Philosophie und ein neuer Lebenshorizont sich in einen Glauben in die Gesellschaft verwandeln müssten bzw. nur als Glaube im Innern der Gesellschaft existieren könnten. Dies bedeutet, **dass wir wieder Hoffnung aufbauen müssen**. Dass die Linke eine flexible, immer stärker geeintere Organisationsstruktur bildet, die in der Lage ist, bei den Menschen die Hoffnung neu zu beleben. Ein neuer gesunder Menschenverstand, ein neuer Glaube – nicht im religiösen Sinne des Wortes, sondern eine neue allgemeine **Zuversicht**, aus der heraus die Menschen heroisch ihre Zeit, ihre Energie, ihr eigenes Reich aufs Spiel setzen und sich engagieren.

Ich begrüße, was meine Genossin vorhin ansprach, als sie sagte, dass wir hier 30 politische Organisationen zusammengebracht haben. Das ist toll!

Es ist also möglich, zusammenzufinden. Es ist also möglich, den Stillstand zu überwinden. **So geschwächt wie die Linke heute in Europa ist, kann sie sich den Luxus nicht leisten, zu ihren Gefährten auf Distanz zu gehen.**

Vielleicht gibt es Differenzen in 10 oder 20 Punkten, dafür aber Einigkeit in 100. An diesen 100 Punkten, in denen Übereinstimmung oder eine Berührung herrscht, sollte gearbeitet werden. Heben wir uns die restlichen 20 Punkte für später auf. Wir sind zu sehr geschwächt und können uns nicht den Luxus leisten, uns weiter Scharmützel zu liefern und zu befehden und uns dabei voneinander zu distanzieren. Wir sollten auch hier wieder einer **Logik Gramscis folgen: vereinigen, ausgestalten, fördern**. Man muss die Macht im Staat übernehmen, man muss für den Staat kämpfen, doch vergessen wir niemals, dass der Staat weniger eine Maschine, sondern eher eine Beziehung ist. Weniger Materie, sondern eher Idee. Der Staat ist in erster Linie Idee. Ein Teil von ihm ist Materie. Materie ist er, wenn es um soziale Beziehungen, um Stärke, um Druck, um den Haushalt, um Abkommen, um Vorschriften, um Gesetze geht. Doch in erster Linie ist er Idee im Sinne des Glaubens an eine gemeinsame Ordnung, an einen Gemeinschaftssinn. Im Grunde ist der Kampf um den Staat ein Kampf um eine neue Art und Weise, uns zu vereinen, um eine neue Universalität. Um eine Art Universalismus, der die Menschen freiwillig vereint.

Doch hierfür müssen wir zuvor **Überzeugungen** gewinnen. Hierfür müssen wir zuvor die Gegner mit Worten, mit gesundem Menschenverstand bezwungen haben. Hierfür müssen wir zuvor die herrschen-den Auffassungen der Rechten mit unseren Argumenten, unserer Weltsicht, unseren moralischen Einstellungen zu den Dingen bezwingen. Und hierfür wiederum ist **sehr harte Arbeit** nötig. Politik ist nicht allein eine Frage des Kräftemessens oder der Mobilisierungsfähigkeit – der Zeitpunkt dafür kommt später. **Politik ist zuerst und zuvörderst Überzeugung, Gestaltung, gesunder Menschenverstand, Glauben, eine gemeinsame Idee und gemeinsame Urteile und Vorurteile hinsichtlich der Weltordnung.** Und hier kann sich die Linke nicht allein mit der Einheit der linksgerichteten Organisationen begnügen. Sie muss sich **in den Bereich der Gewerkschaften ausdehnen**, die die Stütze der Arbeiterklasse und die organische Form ihres Zusammenschlusses bilden. Wir sollten jedoch auch, liebe Genossinnen und Genossen, die völlig n**euen Formen der gesellschaftlichen Organisation** genau im Auge behalten. Die Neuordnung der sozialen Klassen in Europa und weltweit wird zu anderen Formen von Zusammenschlüssen führen, flexibleren und weniger organischen Formen, die **vielleicht stärker gebiets- und weniger arbeitsstättenbezogen** sind.

Notwendig ist dabei alles: Zusammenschlüsse an den Arbeitsstätten, gebietsbezogene Zusammenschlüsse, Zusammenschlüsse je nach Thematik, je nach Ideologie usw. Es ist **eine Reihe flexibler Strukturen**, denen gegenüber die Linke in der Lage sein muss, sich gestalterisch einzubringen, Vorschläge zu unterbreiten, einend zu wirken und schließlich voranzukommen.

Lasst mich im Namen des Präsidenten und in meinem eigenen Namen Euch zu dieser besonderen Begegnung gratulieren und **mit allem Respekt und in aller Freundschaft den Wunsch bzw. Aufruf an Euch richten: kämpft, kämpft, kämpft! Lasst uns, die anderen Völker, die an manchen Orten wie in Syrien, teils in Spanien, in Venezuela, in Ecuador, in Bolivien, auf sich gestellt kämpfen, nicht allein. Lasst uns nicht allein, wir brauchen Euch,** und erst recht ein Europa, das nicht nur aus der Ferne sieht, was in anderen Teilen der Welt vor sich geht, sondern ein Europa, das wieder von Neuem beginnt, die Geschicke des Kontinents und die Geschicke der Welt mitzubestimmen.
Meine Glückwünsche und herzlichen Dank!

Video abrufbar unter http://rebelion-media.tumblr.com/post/70176556020/discurso-de-alvaro-garcia-linera-vicepresidente

---